

Das Parlament

Berlin, 06. Juli 2024

www.das-parlament.de

74. Jahrgang | Nr. 28-29 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Aus Grün wird Schwarz

Melis Sekmen Das passiert nicht oft: Die Entscheidung der Grünen-Bundestagsabgeordneten Melis Sekmen, zur Unionsfraktion zu wechseln, sorgte am Montag deshalb für viel mediale Aufmerksamkeit – und bei den betroffenen Fraktionen für unterschiedliche Reaktionen: Während die Unionsfraktion die 30-Jährige aus Mannheim bereits

am Dienstag mit begeistertem Applaus begrüßte, reagierten die Grünen schallpöppig. Man bedaure die Entscheidung, sagte Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann knapp. Aber: „Reisende soll man nicht aufhalten.“ Melis, die seit 2021 Mitglied des Bundestages ist, sprach von einem „Schritt nach vorne“, denn „meine Vorstellung darüber, wie und in welchem Stil Politik gemacht wird, hat sich weiterentwickelt“.

ZAHL DER WOCHE

117

Abgeordnete umfasst die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nach dem Wechsel von Melis Sekmen zur CDU/CSU-Fraktion. Diese wächst auf 196 Mitglieder. Im April war sie durch das Ausscheiden zweier CSU-Abgeordneter geschrumpft, die durch Nachrücker nicht ersetzt werden konnten.

ZITAT DER WOCHE

»Sie ist eine frei gewählte Abgeordnete.«

Friedrich Merz (CDU), Unionsfraktionschef, reagiert auf Forderungen aus dem baden-württembergischen Grünen-Verband, Melis Sekmen solle ihr Bundestagsmandat aufgeben. Sekmen sei nur ihrem Gewissen verpflichtet, so Merz.

IN DIESER WOCHE

EUROPA UND DIE WELT Großbritannien Labour löst Tories nach 14 Regierungsjahren ab Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN Energie Sorge um Strukturwandel in ostdeutschen Kohleregionen Seite 6

INNENPOLITIK Gesundheit Geheimhaltungsklauseln für Pharmafirmen entschärft Seite 10

INNENPOLITIK Bundestag Schärfere Sanktionen bei Ordnungsrufen im Gespräch Seite 11

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf

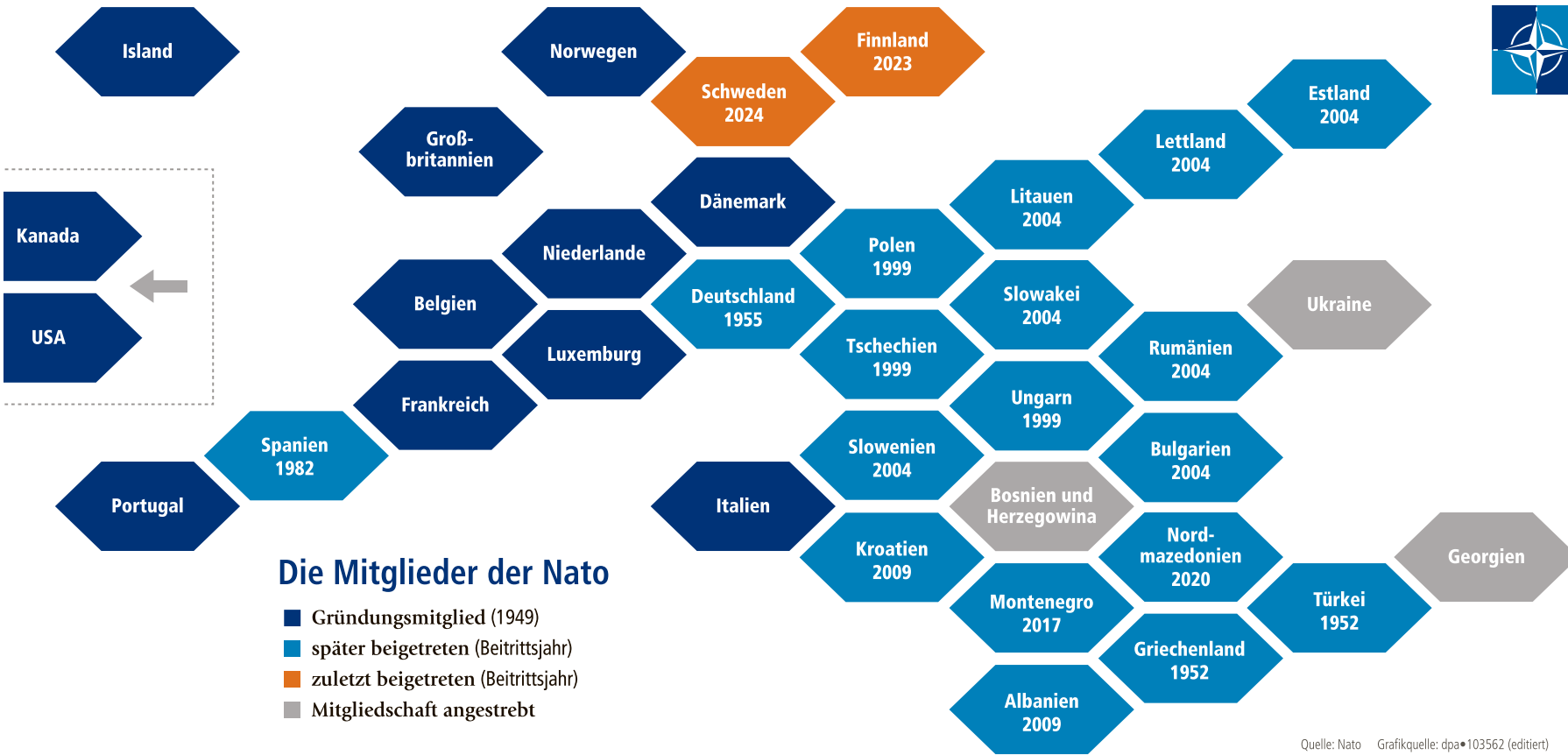


Streit um zwei Prozent

NATO Vor dem Jubiläumsgipfel debattiert der Bundestag über die Zukunft des Bündnisses

Europäischer werden, damit das Bündnis transatlantisch bleibt: Vor dem Nato-Gipfel in der nächsten Woche haben Vertreter mehrerer Fraktionen an die Bedeutung des Bündnisses für Deutschlands Sicherheit erinnert, das in diesem Jahr 75 Jahre alt wird. Während die Ampel-Parteien und die Union am Donnerstag in einer Vereinbarten Debatte angesichts russischer Aggression für mehr europäische Verteidigungsanstrengungen warben, kritisierten AfD, Linke und BSW die Rolle der Nato im Ukraine-Konflikt. Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) mahnte weitere Unterstützung der Ukraine durch die Nato an. Beim Gipfeltreffen nächste Woche in Washington müsse klar sein: „Putins Russland wird auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für unsere Sicherheit und Freiheit in Europa bleiben.“ Der Westen müsse etwas dagegen setzen, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. „Wir haben uns das nicht ausgesucht“, sagte sie. „Wir wollten das nicht.“ Deutschland investiere nun in die eigene Wehrhaftigkeit, wolle dauerhaft dem Zwei-Prozent-Ziel der Nato bei den Verteidigungsausgaben nachkommen, stärke die Ostflanke des Bündnisses mit einer Bundeswehr-Brigade in Litauen. Deutschland habe bei den östlichen Nato-Partnern wegen seiner früheren Russland-Politik verlorenes Vertrauen wieder zurückgewonnen. „Das dürfen wir gerade auch in den Haushaltsdebatten nicht verspielen“, sagte Baerbock.

»Sonntagsbekenntnisse« Jürgen Hardt (CDU) erinnerte daran, dass die Nato-Osterweiterung dem Fall des Eisernen Vorhangs „im völligen Einklang mit allen völkerrechtlichen Regeln, mit der UN-Charta, mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, mit der Pariser Charta der OSZE“ gestanden habe. Angesichts der russischen Aggression seien die Europäer heute viel stärker im Bündnis gefordert bei der „Verteidigung unserer gemeinsamen Werte und unserer gemeinsamen Territorien“. Es dürfe aber nicht bei einem „Sonntagsbekenntnis zu mehr Europa in der Nato“ bleiben. Hardt forderte mehr gemeinsame europäische Rüstungsanstrengungen, mehr Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Soldaten und Verbesserungen bei der Logistik für die Nato – „zum Beispiel beim Bau von Brücken und von Fernverbindungen in die Regionen, in die wir verlegungsfähig sein müssen“. Nils Schmidt (SPD) betonte, dass die Nato auch deshalb „zur zentralen europäischen Sicherheitsorganisation“ geworden sei, weil russische Aggression das gemeinsame Sys-



GASTKOMMENTARE

NATO-EINLADUNG AN DIE UKRAINE?

Konkrete Perspektive

PRO



Richard Herzinger, freier Publizist

© Matthias Girdano

Die Nato muss der Ukraine endlich eine konkrete Beitrittsperspektive bieten. Bleibt es bei unverbindlichen Beteuerungen, sie irgendwann einmal aufnehmen zu wollen, wird Russland dies als Zurückweichen vor seinen Drohgebärden werten. Das Argument, ein Land im Kriegszustand könne nicht in die Nato kommen, ist vorgeschoben und widersinnig. Dieses Prinzip ist nirgendwo festgeschrieben und lädt den Kreml geradezu ein, seinen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine endlos fortzusetzen. Kann er doch so ihre Aufnahme in das westliche Bündnis dauerhaft blockieren. Von der Propagandalüge, Russland fühle sich von der Nato bedroht, darf sich der Westen nicht beeinflussen lassen. In Wahrheit geht es dem Aggressor nicht nur darum, die Ukraine aus der Atlantischen Allianz herauszuhalten, sondern diese insgesamt zu zerstören, um so die Vorherrschaft über ganz Europa zu erlangen. Um dem einen Riegel vorzuschieben, sollte die Ukraine unverzüglich in den Mitgliedschafts-Aktionsplan (MAP) der Nato aufgenommen werden. In diesem Programm werden Anwärter an die Vollmitgliedschaft herangeführt, ohne sie zu präjudizieren. MAP umfasst neben der militärischen Anpassung an den Nato-Standard auch die Festigung rechtsstaatlicher Strukturen. Für Kiew wäre das ein weiterer Antrieb, innere Reformen voranzutreiben, namentlich die Korruptionsbekämpfung. Auch wenn sie die Ukraine aufnimmt, muss die Nato nicht zwangsläufig mit eigenen Truppen in den Krieg eingreifen. Sie würde dem Kreml damit jedoch unzweideutig signalisieren, dass sie eine ukrainische Niederlage auf keinen Fall zulassen wird. Nur das kann den Aggressor von weiterer Eskalation abschrecken.

Falsche Logik

CONTRA



Stephan Hebel, freier Journalist

© Alex Kraus

Es klingt einfach: Russland hat die Ukraine angegriffen, viele Nato-Staaten sehen sich dadurch bedroht, und um sich der fortwährenden Gefahr entgegenzustellen, kann es nur eines geben: Schulterchluss, offizielle Einladung an die Ukraine zum Eintritt ins westliche Bündnis, und zwar jetzt. Wenn die Welt so eindimensional wäre wie manche Debatten in diesem Land, dann wäre das, um die Formulierung einer ehemaligen Kanzlerin zu verwenden, alternativlos. Aber so ist es nicht, denn im Fall Ukraine gilt: Wer eine Tür öffnet, schließt andere Türen. Es stimmt, dass die Idee einer Friedensordnung unter Einschluss Moskaus derzeit illusionär erscheint. Dass Putin keine Bereitschaft zeigt, sein imperiales Konzept durch die Arbeit am Frieden zu ersetzen. Dass die Ukraine deshalb bei ihrer Verteidigung weiter unterstützt werden muss. Aber: Wer jetzt den Nato-Beitritt zur einzigen und unverhandelbaren Möglichkeit macht, beglaubigt damit auch die von Putin aufgezwungene Konfrontationslogik als alternativlos. Die noch so ferne Option, andere Möglichkeiten der Koexistenz zu finden als hochgerüstete Machtblöcke, wäre symbolisch beerdigt. Die Ukraine jetzt nicht einzuladen, heißt keineswegs, das brutal angegriffene Land allein zu lassen oder gar in die Rolle des dauerhaft bedrohten Puffers gegen Russland zu zwingen. Unterstützen lässt es sich, wie gesehen, auch ohne Nato-Mitgliedschaft. Aber mit der Einladung würde das Bündnis die Botschaft aussenden, dass es das unerschütterliche Bemühen um eine alternative Friedensordnung aufgibt. Ist es nicht genau dieses Bemühen, das „den Westen“ dem imperialen Gehabe Russlands überlegen macht?



Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Als vor 75 Jahren, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, die Nato gegründet wurde, galt es in den Worten eines britischen Politikers, die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten. Das mit den Deutschen ist Geschichte, aber wie wichtig ist es noch heute, die Amerikaner drinnen in Europa zu halten?

Das amerikanische Engagement in der Nato ist unersetzlich. Sie schultern etwa zwei Drittel der Ausgaben des Bündnisses und stellen zentrale Fähigkeiten. Es liegt auch im Interesse der USA, Stabilität und Frieden weltweit sicherzustellen und sich weiter in Europa zu engagieren. Dennoch muss man sehen, dass die USA nicht nur eine nordatlantische, sondern auch eine pazifische Macht sind. Es war nicht immer einfach für die USA, diese Balance zu halten, und angesichts der chinesischen Ambitionen im Westpazifik wird dies schwieriger werden.

Wie hoch schätzen Sie denn das Risiko ein, dass die USA sich aus der Nato und damit aus Europa zurückziehen könnten? Immerhin hat Donald Trump in seiner ersten Amtszeit auch nur den Mund gespitzt, aber nicht gepfeiffen. Wenn es darum ging, Russland in die Schranken zu verweisen und den Erfolg der Demokratie zu untermauern, haben sich die USA stets klar positioniert. Es sind heute mehr US-Truppen in Europa als noch vor zehn Jahren. Das ist deutlicher Ausdruck der Bündnissolidarität der USA. Unabhängig davon, wer die US-Präsidentenschaftswahlen gewinnt, ist die Forderung der USA nach mehr sicherheitspolitischer und finanzieller Eigenverantwortung der Europäer jedoch nachvollziehbar und vollkommen gerechtfertigt. Wir Europäer haben uns für die Stabilität in unserer Nachbarschaft zu lange auf das Engagement der Amerikaner verlassen.

Was genau sollten die Deutschen und Europäer tun, um einen Rückzug der USA, egal unter welchem Präsidenten, zu verhindern?

Es wird von uns klar erwartet, das auf dem Nato-Gipfel in Vilnius vereinbarte Ziel zu erfüllen, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung zu investieren. Und dies vor allem auch um unser selbst Willen, denn wir müssen uns von der Illusion lösen, dass Sicherheit nichts kostet, und endlich eine ehrliche Debatte über die notwendigen Investitionen in Verteidigung und dafür notwendige Priorisierungen im Haushalt führen. Deutschland erfüllt das Zwei-Prozent-Ziel zwar jetzt zum ersten Mal. Doch wir müssen darüber reden, wie wir dies auch zukünftig sicherstellen. Der Verteidigungsetat muss ansteigen. Ich will diese Debatte transparent führen, denn es braucht die gesellschaftliche Akzeptanz für gesteigerte Verteidigungsbemühungen.

Noch liegt kein Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 vor, aber wie zuverlässig sind Sie, dass mit ihm das Zwei-Prozent-Ziel der Nato wieder eingehalten wird?

Bundeskanzler Scholz hat in seiner Zeitenwende-Rede am 27. Februar 2022 angekündigt, dass Deutschland in Zukunft das Zwei-Prozent-Ziel erfüllen wird. Und Verteidigungsminister Boris Pistorius hat jüngst öffentlich versichert, dass die Bundesregierung das Ziel auch im kommenden Jahr einhalten wird. Es braucht nun einen Entwurf in der Haushalts, um dies zu untermauern und Planungssicherheit für die Bundeswehr zu garantieren. Die Bundesregierung muss jetzt ihre diesbezüglichen Zusagen und Aussagen schwarz auf weiß in die Haushaltsplanung für 2025 und in der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2028 umsetzen.

»Um unser selbst Willen«

JOHANN WADEPHUL Der Christdemokrat fordert ein klares Bekenntnis im Haushalt zum Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigung



© Tobias Koch

Sie sind deutscher Delegationsleiter in der parlamentarischen Versammlung der Nato. Wenn Sie dort mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern sprechen, wie bewerten diese die deutschen Bemühungen für eine stärkere Bundeswehr?

Deutschland ist die zentrale Drehscheibe der Nato in der Mitte Europas. Die Erwartungen, die heute an uns gerichtet werden, sind nachvollziehbar. Sie können eine Chance für uns sein, mehr Verantwortung zu übernehmen. Wir sind gut beraten, diese

Chance zu ergreifen und somit unserer Verantwortung in Nato und EU auch gerecht zu werden.

Und wenn Sie auf die Verteidigungsanstrengungen der Nato-Partner blicken: Die scheinen doch sehr vom Bedrohungsgefühl abzuhängen, und das in Italien ist nun mal anders als in Polen.

Die Nato verfolgt einen 360-Grad-Ansatz. Alle Bedrohungen oder Herausforderungen aus allen Himmelsrichtungen und damit die Belange aller 32 Mitglieder werden

ernst genommen und finden Eingang in Strategien und Planungen. Aber die russische Bedrohung an der Ostflanke ist derzeit die existentiellste. Verliert die Ukraine, sind die Folgen für Europa unkalkulierbar. Ich habe jedoch keine Zweifel, dass allen Partnern bewusst ist, was hier auf dem Spiel steht. Gleichzeitig müssen wir die Sorgen etwa Spaniens oder auch Italiens über die Entwicklungen in der Sahel-Region ernst nehmen.

Im Vorfeld des Nato-Gipfels am 11. Juli haben sich die Partner auf den Niederländer Mark Rutte als neuen Generalsekretär geeinigt. Viele östliche Partner hätten zunächst eigentlich gerne jemand aus ihren Reihen gesehen. Wie hoch bewerten Sie angesichts dessen die jetzige Einigung?

Mit Mark Rutte wurde ein sehr erfahrener Regierungschef als neuer Generalsekretär designiert. In einer historisch schwierigen Situation bringt er das Verhandlungsgeschick und die Entschlossenheit mit, um in den kommenden Jahren die Verteidigungsfähigkeit der Nato entscheidend zu stärken und den Zusammenhalt zu wahren.

Wichtiges Thema auf dem Nato-Gipfel wird die Beitrittsperspektive für die Ukraine sein. Bisher gilt die Direktive, dass ein Beitritt erst nach einem Ende des Krieges in Frage kommt, weil dieser sich sonst zu einem Weltkrieg weiten könnte. Damit hat es aber Russland in der Hand, einen Beitritt auf unabsehbare Zeit hinauszuzögern. Sollte die Nato trotzdem bei ihrer Linie bleiben?

Wir müssen der Ukraine eine klare Beitrittsperspektive geben. Man kann etwa diskutieren, ob zunächst nur der von der Ukraine kontrollierte Teil des Staatsgebietes dem Bündnis beitrifft. Zentral aber ist, dass wir nicht zulassen dürfen, dass Putin einen endlosen Krieg führt, um einen Nato-Beitritt der Ukraine unmöglich zu machen.

Bei dem Gipfel soll auch über die nukleare Abschreckungsstrategie der Nato gesprochen werden. Das letzte Dokument des Bündnisses dazu stammt aus dem Jahr 2012 und damit gewissermaßen aus einer anderen Welt. Worauf kommt es jetzt bei der nuklearen Abschreckung an? Die Nato hat immer klar erklärt, dass sie ein nukleares Bündnis bleiben muss, solange sie nuklear bedroht wird. Dies ist leider aufgrund der Nukleardrohungen Putins nötiger denn je. Für die nukleare Abschreckung gelten die gleichen Grundsätze wie für die konventionelle: sie muss glaubhaft sein, sie muss klar und transparent kommuniziert werden und sie muss in ein Gesamtkonzept eingebettet sein.

Zum Schluss noch ein Blick zurück: Was wurde in den vergangenen Jahrzehnten – und da muss man wohl schon bei den letzten Regierungsjahren von Helmut Kohl beginnen – in der deutschen und europäischen Verteidigungspolitik falsch gemacht?

So viel wurde nicht falsch gemacht. Der Angriff auf die Ukraine ist eine Zäsur, die uns in eine neue Situation katapultiert hat. Man hätte mehr in Verteidigung investieren können. Dafür gab es aber weder politischen Willen noch Verständnis in der Bevölkerung. Jede Entscheidung muss man aus ihrer Zeit heraus bewerten. Und die Zeiten waren in den ersten dreißig Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges anders als jetzt.

Das Gespräch führte Peter Stützel.

Johann Wadephul (CDU) ist seit 2009 Mitglied des Bundestags. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, zuständig für Auswärtiges, Verteidigung, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Europarat.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Unaufgeregte: Marcus Faber

Für einen Amtsinhaber in schwierigen Zeiten antwortet er meist schnell. Marcus Faber, laut eigener Website „40 Jahre jung“, bevorzugt klare und kurze Sätze. Lange Monologe sind seine Sache nicht. Dennoch sieht sich der Altmärker in der Rolle des Erklärs. „Die Zeitenwende ist zu erklären“, sagt er, „das ist eine Leerstelle, die es zu füllen gilt“. Zeitenwende? Da war doch was: Die verkündete Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit Blick auf den außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel der Bundesregierung im Schatten des russischen Angriffs auf die Ukraine. Faber fällt eine nicht unwichtige Rolle dabei zu, er ist seit knapp einem Monat Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundestag. Zwischen ihm und seiner Vorgängerin Agnes-Marie Strack-Zimmermann, die als Spitzenkandidatin der FDP bei der Europawahl nun nach Straßburg und Brüssel gewechselt ist, passt inhaltlich kein Blatt. „As fast as possible“ ist mir lieber als „As long as it takes“, sagt er – lieber so schnell wie möglich sei die Hilfe für die angegriffene Ukraine zu mobilisieren.

Dass es zum Überfall auf das Land gekommen ist, erklärt Faber mit einem Vergleich. „Die baltischen Staaten sind viel kleiner, aber sie haben eben Verbündete – und die Ukraine hatte sie nicht.“ Die Verbündeten, das ist die Nato, die in diesen Tagen 75 Jahre alt wird. „Es ist immer hilfreich, mit den Menschen im Baltikum zu sprechen“, sagt der Liberale, „deren Perspektive auf Russland ist wesentlich realistischer und pragmatischer“. Seit er Parlamentarier ist, reiste er fünfmal in die Ukraine und dreimal ins Baltikum.

Mit dem Erklären der Zeitenwende kennt sich Faber aus. Er stammt aus Sachsen-Anhalt, in der Bevölkerung ist die Sympathie für die Nato weniger ausgeprägt als in westlichen Landesteilen. Woran liegt das? „Die Nato ist halt noch nicht so lange da“, erläutert Faber knapp. Er selbst wuchs 500 Meter von einer Kaserne der Sowjettruppen auf. Was er also macht: viel reden. „Es geht oft darum, Vorbehalte zu adressieren, Ängste abzubauen.“ Je länger man rede, desto größer sei das Verständnis für seine Position.



© DBT/Photonek/L. Huter

»Die baltischen Staaten sind viel kleiner, aber sie haben eben Verbündete – und die Ukraine hatte sie nicht.«

Und es ist ja nicht so, dass die Altmärker ihn nicht kennen würden. Nach dem Abitur in Stendal leistete er seinen Grundwehrdienst ab, war vorher mit 17 der FDP beigetreten. Zuhause und unter Freunden war Politik kein Thema, aber der Sohn einer Kassiererin bei einem Möbelhaus und eines Taxifahrers merkte schnell, „dass vieles in meinem Lebensumfeld von Politik determiniert war“. Warum musste man so früh zur Schule? Warum

lernte man mit einem veralteten Geschichtsbuch? Kann man das nicht besser machen? Diese Fragen brachten ihn zur Politik. Faber studierte Politikwissenschaft in Potsdam und an der Western Sydney, forschte in seiner Promotion zu direkter Demokratie. Wäre mehr davon ratsam in Deutschland? „Das hängt vom Diskussionsprozess ab“, skizziert er. „Wenn eine Grundinformiertheit erreicht wird, kann das gut werden.“ Ein bisschen hat er sich das auch für den Verteidigungsausschuss vorgenommen. Er strebe eine konstruktive Kooperation unter den 38 Mitgliedern an. „Ich will integrierender wirken.“ Das klingt schon ein wenig anders als bei Strack-Zimmermann. Faber plant jedenfalls, die Berichterstattergespräche zur Aufstellung der Bundeswehr regelmäßig stattfinden zu lassen. Fragen an die Bundesregierung sollen nach Fraktionen gebündelt werden, damit alles übersichtlich werde, so Faber. Als er sein neues Amt antrat, traf er sich bilateral mit den verschiedenen Obleuten, um sich „Ideen abzuholen“; politische Arbeit kennt er von der Basis her: 2007 übernahm er den FDP-Kreisverbandsvorsitz, seit 2010 gehört er dem Stadtrat von Stendal an. 2017 dann der Einzug in den Bundestag. Das Interieur seines Büros spiegelt klare Kante – ein Bild mit Russlands Präsident Wladimir Putin in Handschellen überm Sofa, ein ukrainischer Morgenstern auf dem Tisch und drei große Fotos an der Wand gegenüber, alleamt Momentaufnahmen der innerdeutschen Grenze in Berlin. „Ich bin in einer Diktatur geboren“, sagt er, „ich möchte nicht in einer sterben“.

Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Redaktionsschluss
5. Juli 2024

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Redaktion
Dr. Stephan Balling (bal)
Lisa Brübler (lbr)
Carolin Hasse (cha) (Volontärin)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nki)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (mis)
Helmut Stollenberg (sto)
Alexander Weinlin (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de



„Das Parlament“ ist Mitglied
der Informationsgesellschaft
zur Feststellung der Verbrei-
tung von Werbeträgern e. V.
(IVV)

Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird Recycling-Papier
verwendet.



Wir vermeiden CO₂ durch den
Versand mit der Deutschen Post



Maritimes Großmanöver „Northern Coasts 23“ in der Ostsee vor der Küste Lettlands: Für Planung und Durchführung war 2023 die Deutsche Marine verantwortlich. An der Übung waren 3.200 Soldaten aus zwölf EU-Ländern, der USA und Kanada beteiligt. © picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka

Schattenkrieg im »Nato-Meer«

OSTSEE Marode Tanker und russische Störmanöver: Die Region ist zum sicherheitspolitischen Brennpunkt geworden

Sie sind uralt, rostig, kaum gewartet und oftmals ohne richtigen Versicherungsschutz unterwegs: Sogenannte Schattentanker, die russisches Erdöl durch die Ostsee etwa nach Indien oder China verschiffen. Wem die Schiffe gehören, ist völlig intransparent, die meisten fahren unter obskuren Flaggen von Ländern weit weg von Europa. Ein Drittel seiner Rohölexporte schickt Russland auf diese Weise von seinen Ostseehäfen in die Welt. Der Name Schattenflotte stammt daher, dass die Tanker absichtlich das automatische Schiffsidentifizierungssystem AIS abschalten – und sich unentdeckt wie im Schatten durch die Meere bewegen.

Schon seit Monaten sorgt die marode Flotte für Unruhe bei den Ostseeanrainern. Finnland hat die Kontrollen auf See verstärkt, da es Unfälle vor seiner Küste befürchtet. Vor der schwedischen Ostseeinsel Gotland befinden sich seit kurzem ständig ganze Gruppen dieser Schiffe. Dort tanken sie auf, pumpen auf See ihre Ladung von einem Schiff zum anderen – um die Herkunft des Öls zu verschleiern – oder dümpeln einfach nur herum. Schweden beobachtete Schattentanker in seiner 200-See-meilen-Wirtschaftszone, die mit Kommunikationsgeräten ausgestattet sind, die von normalen Handelsschiffen in keiner Weise benötigt werden. „Die russische Schattenflotte scheint gleichzeitig eine Spionageflotte zu sein“, schreibt Elisabeth Braw, Expertin für Grauzonen-Taktiken bei der US-Denkfabrik Atlantic Council. Ihre Anwesenheit vor Gotland sei „mit Sicherheit provokativ gemeint“.

Nun hat die EU in ihrem 14. Russland-Sanktionspaket erstmals gezielte Maßnahmen gegen diese Schiffe beschlossen, die zur Kriegführung Russlands gegen die Ukraine beitragen. Für diese gilt nun ein „Zugangsverbot zu Häfen und Dienstleistungen“, das explizit die Schattentanker mit einschließt.

Nadelöhr Auch Dänemark hat angekündigt, gegen die Tanker vorgehen zu wollen. Das Land ist das Nadelöhr zwischen Nord- und Ostsee, seine vielen Inseln verengen das Meer auf zwei schmale Fahrwasser im Großen Belt und dem Öresund zwischen Dänemark und Schweden. Die Gefahr von Unfällen und einer Ölpest ist groß, zumal die schrottreifen Schiffe dort trotz der Enge immer öfter Lotsendienste ablehnen. Dänemark habe eine Gruppe anderer Ostseeanrainer und EU-Mitglieder zusammengebracht, um Maßnahmen gegen die Schattentanker zu evaluieren, sagte Außenminister Lars Løkke Rasmussen: „Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass die Schattenflotte ein internationales Problem ist und dass internationale Lösungen erforderlich sind.“

Doch die rechtliche Lage ist durchaus knifflig, solange die Schattentanker die Gewässer nur passieren. Grund ist der noch immer gültige Kopenhagener Vertrag von 1857, in dem sich Dänemark „auf ewig“ einer freien Durchfahrt verpflichtete, etwa

gegenüber Großbritannien, Frankreich, Preußen – und dem russischen Zarenreich. Die dänischen Meerengen sind zwar europäische Gewässer, in denen theoretisch die Russland-Sanktionen gelten, die Einfuhr und Transit vieler russischer Waren verbieten. Doch in diesem Fall nützt das nichts. Der uralte Vertrag setzt laut der dänischen Anwaltskanzlei Gorrisen Federspiel das UN-Seerecht (UNCLOS) außer Kraft.

Moskau reicht sein begrenzter Zugang zu dem Meer am nordöstlichsten Ostseezipfel und von seiner Exklave Kaliningrad, um durch gezielte Schikane die Nervosität der Anrainer stetig hochzuhalten. Das zeigt, dass die Ostsee nach dem Nato-Beitritt Finnlands (2023) und Schwedens (2024) kein reines „Nato-Meer“ geworden ist, auch wenn an seinen Ufern außer Russland nur noch Mitglieder der Allianz liegen. Der Fall Dänemarks demonstriert zudem, wie schwierig es ist, rechtlich einwandfrei gegen russische Provokationen vorzugehen. Als Idee gegen die Tanker kursiert eine Versicherungspflicht für mögliche Umweltschäden.

Alarmrotten Seit Monaten nehmen im Ostseeraum GPS-Störungen, riskante Flugmanöver russischer Kampffjets und Sabotageakte zu. Hinzu kommen Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und gezielter Vandalismus in den drei – an Russland grenzenden – baltischen Staaten. Mehrere hundert Mal pro Jahr tauchen russische Kampffjets am Rand des Luftraums der Nato-Staaten auf – wie die Tanker gern mit ausgeschaltetem Transpondersignal. Sogenannte Alarmrotten müssen aufsteigen, etwa vom Flughafen Rostock-Laage aus: Nato-Kampfflugzeuge, die die russischen Piloten zurück in den internationalen Luftraum drängen. Gut ein Jahr nach der Explosion der beiden Nord Stream-Gaspipelines gab es im Oktober 2023 zeitgleich ominöse Schäden an mehreren Unterwasserleitungen zwischen Finnland, Schweden und Estland, die die betroffenen Staaten russischer Sabotage zuschreiben. Im Visier der Ermittler ist zugleich das chinesische Containerschiff NewNew Polar Bear, das zur fraglichen Zeit in der Nähe gewesen war.

Russland führe einen „Schattenkrieg“ gegen den Westen, sagte kürzlich die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas, die voraussichtlich nun neue EU-Außenbeauftragte wird. Der Westen müsse seine Reaktion darauf besser koordinieren, um der russischen Bedrohung zu begegnen. Gerade das kleine Estland steht immer wieder im Fokus russischer Störaktionen. Im Mai entnahm Russland aus dem Grenzfluss Narwa mehrere Leuchtbojen, die das Fahrwasser und die Landesgrenze markieren. Ende April verloren Finnair-Piloten kurz vor der Landung in Estlands zweitgrößter Stadt Tartu die Orientierung aufgrund digi-

taler Sabotage des GPS-Leitsystems am Flughafen der Stadt – mutmaßlich ausgehend aus der Region St. Petersburg. Seit Monaten weist die Website gpsjam.org über der Ostsee großflächig GPS-Störsignale aus, die in der Szene als „Baltic Jammer“ bekannt sind. Tartu stellte nach dem Vorfall eilig den Flughafen auf ein GPS-unabhängiges Leitsystem um.

Großmanöver Der „Schattenkrieg“ könnte Teil eines Plans sein, die Nato dauerhaft zu destabilisieren. Russland wolle einen konventionellen Krieg gegen die Nato wohl vermeiden, sagt Minna Älander, Sicherheitsexpertin am Finnish Institute for International Affairs in Helsinki. Stattdessen könnte es „versuchen, das Bündnis mit anderen Mitteln außer Gefecht zu setzen, nach dem Motto ‚den Krieg gewinnen, ohne den Krieg zu führen‘. Ansätze davon sehen wir bereits in der mannigfaltigen hybriden Kriegsführung Russlands gegen viele europäische Länder“, so Älander. Bislang reagieren die Anrainerstaaten besonnen auf die Provokationen. So etwa, als die amtliche russische Nachrich-

tenagentur Tass kürzlich meldete, Moskau erwäge, die in der Ostsee verlaufenden Grenzen vor der Exklave Kaliningrad zugunsten Russlands zu verschieben. Schweden, Finnland und andere Anrainerstaaten wiesen den Plan umgehend kühl zurück. Moskau ließ das Vorhaben daraufhin wieder verschwinden. Generell sei die Nato in der Lage, einen militärischen Angriff aus Russland abzuwehren, wenn sie sich mit ihren neuen Verteidigungsplänen richtig aufstelle und Moskau mit konventionellen Waffen überlegen bleibe, sagt Älander. Derzeit werden die Streitkräfte der Neu-Mitglieder Finnland und Schweden schrittweise in die Nato-Strukturen integriert, und gerade erst probte die Allianz mit dem Mega-Manöver „Steadfast Defender“ auch in der Ostseeregion die Reaktion auf einen Angriff Russlands. „In dieser Debatte wird oft vergessen, wie die Lage aus russischer Perspektive aussieht“, sagt Minna Älander. „Und von dort aus sieht sie für Russland gar nicht gut aus.“ Finnland und Schweden haben die Nato in der Region jedenfalls gestärkt: Schwe-

den liegt strategisch mitten in der Ostsee und verfügt über eine hochmoderne Rüstungsindustrie. Finnland ist das einzige westliche Land an der Ostsee, das auch nach Ende des Kalten Krieges nie abgerüstet hat. Es ist ein Modell für effektiven Zivilschutz und das Konzept der „totalen Verteidigung“, das die gesamte Bevölkerung für Konflikte wappnet. Im Falle einer akuten militärischen Bedrohung können die relativ kleinen finnischen Streitkräfte rasch ihre 280.000 Reservisten mobilisieren.

Iksander-Raketen Finnland bekommt seit seinem Nato-Beitritt allerdings den geballten Zorn Moskaus zu spüren. Nach Erkenntnissen des estnischen Auslandsgeheimdienstes bereitet sich Russland darauf vor, eine neue Einheit Bodenkampftruppen in die Nähe der finnischen Grenze zu verlegen, wo die russische Militärpräsenz bislang minimal sei. Auch gibt es Berichte, Moskau wolle Batterien seiner Iskander-Raketen an der finnischen Grenze installieren. Russland lässt seit Monaten zudem Geflüchtete an die 1.300 Kilometer lange Grenze schaffen, sodass Helsinki im No-

vember 2023 alle Grenzübergänge zu Russland schloss und die Kontrollen entlang der Grenze verstärkte. Auch das ist eine typische russische Grauzonen-Taktik, die man ab 2021 bereits an der Ostgrenze Polens gesehen hat.

Dennoch fühle man sich in Finnland durch die Nato-Mitgliedschaft sicherer als zuvor, sagt Minna Älander. „Die Hürden für einen Angriff auf uns sind gestiegen.“ Auch die Iskander-Raketen seien wenig beunruhigend. „Viele Finnen sagen dazu: Das macht militärisch doch überhaupt keinen Sinn. Es ist für uns dann doch viel einfacher, diese Raketenstationen zu eliminieren, wenn sie so dicht bei uns stehen. Bisher standen diese Raketen weiter entfernt, aber konnten Finnland trotzdem erreichen.“ Ähnlich pragmatisch gehe man mit Putins Atomdrohungen um, so Älander. „Die Angst vor Nuklearschlägen ist bei uns nicht so groß. Wenn Russland uns abschießen würde, wäre auch St. Petersburg weg. Das kann Moskau nicht wollen. Und wir haben viele Zivilschutzbunker, die auch Atomschläge und nuklearen Fallout abhalten können. Das gibt den Finnen ein sicheres Gefühl.“

Russland hat den Psychokrieg noch lange nicht gewonnen. *Christiane Kühl* ||

Die Autorin ist freie Journalistin.

»Es ist Konsens, dass die Schattenflotte ein internationales Problem ist.«

Lars Løkke Rasmussen, dänischer Außenminister

»Aus russischer Sicht sieht die Lage für Russland gar nicht gut aus.«

Minna Älander, Finnish Institute for International Affairs

Elefanten im Raum

NATO Der Gipfel zum 75. Jubiläum des Bündnisses steht im Zeichen sicherheitspolitischer Großkrisen

Wenn die 32 Staats- und Regierungschefs der Nato in der kommenden Woche in Washington die Sektgläser heben, um auf das 75-jährige Bestehen des Bündnisses anzustoßen, dürften sie aus den Augenwinkeln auch Schemen eines großen Elefanten im Raum wahrnehmen. In den Hauptstädten der Nato-Partner gibt es dafür einen eigenen Begriff: „Trump-proof“, also Trump-fest, sollen die transatlantischen Beziehungen werden, sollte der Bündnis-skeptische Kandidat im November Amtsinhaber Joe Biden schlagen und erneut als US-Präsident ins Weiße Haus einziehen. Mit einer Personalie hat sich das Bündnis bereits gewappnet: Mark Rutte soll Jens Stoltenberg als Nato-Generalsekretär nachfolgen. Der langjährige niederländische Premierminister hat mehrfach bewiesen, auch mit einem sprunghaft und exzentrisch auftretenden Donald Trump pragmatisch umgehen zu können.

hige Friedenslösung für das von Russland überfallene Land in Sicht ist. Der Nato-Vertrag enthält Bestimmungen, die die Aufnahme eines Kandidaten, der sich im Krieg befindet oder über umstrittene Territorien verfügt, nicht vorsehen. Vorstellbar ist aber, dass die Nato im Falle der Ukraine auf den Aktionsplan zur Mitgliedschaft (Membership Action Plan) verzichtet, um ein künftiges Aufnahmeverfahren zu beschleunigen. Diskutiert wird zudem die Einrichtung eines Nato-Ukraine-Rates. Der russische Präsident Wladimir Putin seinerseits hat mehrfach vorgetragen, dass sich Russland durch eine Nato-Annäherung der Ukraine bedroht sehe. Inzwischen hat sich die russische Seite auf eine Maximalforderung versteift, deren Unerfüllbarkeit ihr selbst klar sein dürfte: die Rückabwicklung der Nato-Erweiterungen seit 1997.



Mark Rutte, langjähriger niederländischer Premier, bald Nato-Generalsekretär

Abschreckung Ebenfalls mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eng verknüpft ist die Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Nato-Mitglieder im Sinne einer glaubwürdigen Abschreckung. Laut Selbstverpflichtung liegt das Ziel bei mindestens zwei Prozent des jeweiligen Nationaleinkommens. Mittlerweile melden zwei Drittel aller Nato-Staaten hier Vollzug, darunter auch Deutschland unter Anrechnung des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens als Zeichen der von Bundeskanzler Olaf Scholz

ausgerufenen „Zeitenwende“. Weitgehende Einigkeit besteht darin, die europäischen Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Eine Stärkung der „europäischen Säule“ der Nato wird nicht nur, aber vor allem deshalb als nötig erachtet, weil eine Verschärfung der Konfrontation mit China befürchtet wird und sich Aufmerksamkeit und Ressourcen insbesondere der USA noch stärker auf den indopazifischen Raum richten dürften. In diesem Lichte dürften weitere Tagesordnungspunkte des Nato-Gipfels stehen: Da-

zu gehört zum Beispiel die Nato-Partnerschaftspolitik insbesondere mit demokratischen Ländern. Angesichts russischer Atomdrohungen im Ukraine-Krieg könnten sich die Nato-Partner außerdem auf eine neues nukleares Strategiedokument verständigen oder ein solches zumindest vorbereiten. Das letzte Papier dieser Art wurde 2012 beim Gipfel in Chicago beschlossen: Damals hieß der US-Präsident noch Barack Obama, und Russlands Präsident hatte noch nicht im Handstreich mit der Krim-Besetzung und dem späteren Angriff auf das Nachbarland die europäische Friedensordnung über den Haufen geworfen. Die russische Seite arbeitete im Rahmen der Nato-Russland-Akte damals sogar noch mit dem Bündnis zusammen.

Rüstungskontrolle Der Nato-Gipfel zum 75. Jubiläum steht also im Zeichen einer Häufung sicherheitspolitischer Großkrisen. Wenig Platz haben da womöglich wieder einmal Überlegungen im Zusammenhang mit alter Kritik am Bündnis: wechselseitige Rüstungskontrolle, Transparenz, rote Telefonie. Auch wenn das nicht genuin die Bausteine der Nato ist – wichtige Verträge zur Rüstungskontrolle und -begrenzung der atomaren Großmächte USA und Russland sind ausgelaufen oder außer Kraft, neue, auch unter Einbeziehung Chinas, nicht in Sicht. Sie wären aber sinnvoll. *Alexander Heinrich* ||

Jordan Bardella, Chef des rechtspopulistischen Rassemblement National (RN), glaubt, dass die Franzosen ihn als Premierminister wollen. Aber das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Beim ersten Wahlgang erreichte der RN 33 Prozent, das Linksbündnis Nouveau Front Populaire (Neue Volksfront) 28 Prozent und das Mehrheitsbündnis von Präsident Emmanuel Macron 20 Prozent. Bardella erklärte, er wolle „Premierminister für alle Franzosen“ werden. Doch eine Ifop-Umfrage ergab, dass über 63 Prozent keine absolute Mehrheit für den RN wünscht. Entsprechend explosiv ist die Stimmung im Land. Viele Medien schreiben bereits über „Das Ende des Macronismus“ und spekulieren über die mögliche Sitzverteilung in der Nationalversammlung, dem französischen Parlament. Zurzeit gibt es kaum ein anderes Thema. Die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang lag bei 67 Prozent – und war damit viel höher als bei anderen Wahlen. Die Gewerkschaften rufen dazu auf, gegen den RN zu stimmen, ebenso zahlreiche Politiker, und auf der Straße wird protestiert. Der Präsident und das Nouveau Front Populaire (NFP) kämpfen vor dem zweiten Wahlgang am 7. Juli gemeinsam gegen den Mann von ganz rechts. Medien, Politiker und Arbeitgeberverbände wie Medef stellen die Programme von RN und NFP allerdings beide als unbezahlbar dar. Sie seien mit einer hohen Neuverschuldung verbunden, weil die Schuldengrenzen der Europäischen Union abgelehnt werden. Beide Programme haben eine nationalistische Sicht auf die Wirtschaft, sehen Freihandelsabkommen skeptisch und wurden als hohes Risiko für die Herabstufung Frankreichs durch Ratingagenturen gewertet. Aber 300 namhafte Ökonomen unterstützen in einem Brief das Linksbündnis. Das Programm beruhe im Wesentlichen „auf Steuermaßnahmen, die auf sehr hohe Einkommen und Vermögen konzentriert sind, was dazu führt, Ungleichheiten zu reduzieren“. Die Politik Präsident Macrons für Unternehmen und Reiche sei fehlgeschlagen. Das öffentliche Defizit in Frankreich sei eines der höchsten in Europa.

Gespaltenes Land Das Land ist seit Amtsantritt von Macron im Jahr 2017 noch stärker gespalten als jemals zuvor. Zwar lobten Arbeitgeberverbände seine Wirtschaftspolitik mit Reformen des Arbeitsmarktes und der Rente. Doch bei vielen Franzosen kamen die Streichungen im Sozialbereich schlecht an. Der Präsident sei elitär, hieß es oft. Seine Wählerschaft ist deshalb eher älter und wohlsituiert. Viele junge Leute wählten links, vor allem in den großen Städten. Die RN konnte überall aufholen und ist nicht mehr nur auf den Süden Frankreichs und ärmere Regionen beschränkt. Der 28-jährige Bardella hat die oberen Gesellschaftsschichten und mehr junge Leute gewonnen, Marine Le Pen fuhr eher einen sozialen Kurs für Menschen mit geringer Bildung und kleinem Gehalt. Bardella wirkt liberal-bürgerlich und beherrscht den Umgang mit den sozialen Medien. Doch nun könnten Macron und die Linke seine ehrgeizigen Pläne vereiteln. Konservative Politiker und Zeitungen wie „Le Figaro“ und „Le Point“ warnen vor einem Bündnis Macron-Mélenchon. Zum NFP gehören neben den Sozialisten auch Grüne, die Kommunisten sowie die Linkspartei La France Insoumise von Jean-Luc Mélenchon – jenem Politiker, den Präsident Macron stets als „undemokratisch“ kritisiert hatte. Premierminister Gabriel Attal stellte Anfang dieser Woche jedoch klar: „Es wird nie eine Allianz zwischen uns und La France Insoumise (LFI) geben.“ Was aber die gemeinsame Strategie für die Stichwahl gegen den RN nicht ausschließe. Die Parteien des linken Nouveau Front Po-



In Frankreich protestieren vor allem junge Menschen gegen eine mögliche Regierung aus Rechtsnationalisten. © picture-alliance/AP/Takuya Matsumoto

pulaire und Macron haben entschieden, sich in Wahlkreisen zurückzuziehen, in denen drei Kandidaten für die Stichwahl qualifiziert sind und ihr Kandidat im ersten Wahlgang nur auf Platz drei gelangte. Das sind die sogenannten „triangulaires“. In diesem Jahr waren es über 300 nach dem ersten Wahlgang, so viele wie noch nie. Auch Mélenchon schloss sich an: „Unsere Empfehlung ist einfach, direkt und klar.“ Es dürfe keine zusätzliche Stimme und keinen zusätzlichen Sitz für den RN geben. Nun hat sich zwar ein lagerübergreifendes Zweckbündnis formiert, doch nicht alle waren einverstanden. Macron rief zu einem „breiten Zusammenschluss“ gegen den RN auf, machte allerdings die Einschränkung, dieser müsse „klar demokratisch und republikanisch“ sein. Einige Politiker aus seinen Reihen, darunter Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und Ex-Premierminister Edouard Philippe, betonten, keinen Rückzug für einen LFI-Kandidaten zu empfehlen. 221 Kandidaten haben verzichtet, darunter 132 aus dem Linksbund, 81 aus

dem Lager des Präsidenten – auch in Wahlkreisen von LFI. In Frankreich gibt es 577 Wahlkreise für die Nationalversammlung, die absolute Mehrheit liegt bei 289 Sitzen. Nur 76 Kandidaten wurden im ersten Wahlgang gewählt, davon 38 RN-Abgeordnete. Bisher stellt der RN 88 Sitze. **Pakt mit Linken** Damit verringert sich die Wahrscheinlichkeit, dass die Rechtspopulisten am Sonntag eine absolute Mehrheit der Sitze erlangen. In der Stichwahl gewinnt der Kandidat, der die meisten Stimmen erreicht, die relative Mehrheit genügt. Allerdings schließt Macrons Pakt mit den Linken eine rechtsextreme Regierung noch nicht vollständig aus: Wähler aus Macrons Reihen müssten nämlich links wählen, um den RN zu verhindern. Bardella erklärte zu Beginn der Woche, er wolle nur Premierminister werden, wenn er die absolute Mehrheit von 289 Sitzen erzielt. Die Partei scheint davon nun abzurücken und zieht es laut Marine Le Pen auch bei der relativen Mehrheit von 270 Sitzen in Erwägung.

Für die EU und die deutsch-französischen Beziehungen wäre eine rechtspopulistische Regierung eine Belastung, der Präsident, der bis 2027 gewählt ist, hätte kaum noch Macht. Bei einer sogenannten Kohabitation müsste Präsident Macron in innen- und wirtschaftspolitischen Fragen die Macht an eine Regierung abgeben, die die Parlamentsmehrheit hat. Der Präsident ernennt den Premierminister nach den Mehrheitsverhältnissen. Mit dem linken Lager könnte Macron sich arrangieren, außer mit dem LFI. Es ist unwahrscheinlich, dass eine Partei die absolute Mehrheit erreicht. Nur eins ist sicher: Selbst wenn der Rassemblement National nicht die Regierung stellt, wird es in der Nationalversammlung so viele RN-Abgeordnete geben wie noch nie. Aufgrund der drei starken Blöcke könnten Entscheidungen blockiert werden, mehr noch als bisher, als Macron mit seiner Partei die relative Mehrheit hatte. **Tanja Kuchenbecker** ■

Die Autorin ist Korrespondentin in Paris.

EU-Parlament hat sich neu sortiert

EUROPA Erste Sitzung nach den Wahlen ist am 16. Juli

Vier Wochen nach der Europawahl hat sich das EU-Parlament für die neue Wahlperiode weitgehend sortiert. Nur am rechten Rand gab es zuletzt noch Organisationsprobleme, ansonsten war die Fraktionsbildung abgeschlossen – rechtzeitig für die Zuteilung von Ämtern in Ausschüssen und im Präsidium. Alles blickt nun auf die konstituierende Parlamentsitzung am 16. Juli, bei der zunächst Roberta Metsola (EVP) als Präsidentin im Amt bestätigen werden dürfte, bevor die Abgeordneten am 18. Juli auch über eine zweite Amtszeit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen abstimmen. Für ihre Wiederwahl zeichnet sich erneut ein informelles Mitte-Bündnis ab, das von der Leyens Europäische Volkspartei (EVP) mit den Sozialdemokraten (S&D) und den Liberalen (Renew) bildet. Um handlungs- und gesprächsfähig zu sein, haben die drei Fraktionen ihre Neuaufstellung zügig abgeschlossen. Als erste hatte sich die EVP-Fraktion konstituiert, die mit 188 Abgeordneten ihren Status als stärkste Fraktion noch ausgebaut hat. 14 Mandatsträger aus Parteien jenseits der EVP-Familie hatte Fraktionschef Manfred Weber (CSU) noch ins Boot geholt, darunter die sieben ungarischen Abgeordneten der neuen Tisza-Partei von Peter Magyar. Weber wurde mit sehr großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt, das er seit zehn Jahren und damit ungewöhnlich lange ausübt. Die Sozialdemokraten, mit 136 Mandaten zweitstärkste Fraktion, bestätigte die spanische Abgeordnete Iratxe García als Vorsitzende. Deren Stellung ist allerdings geschwächt, nur ein Deal rettete ihr das Amt: Ein italienischer Abgeordneter soll García nach zweieinhalb Jahren ablösen oder den Posten des Parlamentspräsidenten erhalten. Unter Druck geraten war auch die Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Valérie Hayer, deren französische Delegation massiv Sitze eingebüßt hatte. Am Ende zogen mögliche Konkurrenten zurück, Hayer wurde wiedergewählt. Ihre Fraktion zählt jetzt nur noch 75 Abgeordnete, in der vergangenen Wahlperiode waren es 102. So ist auch die Mehrheit des informellen Mitte-Bündnisses auf 399 der 720 Sitze geschrumpft.

720 Abgeordnete entscheiden, ob Ursula von der Leyen ihre zweite Amtszeit antritt.

Die Fraktionen verhandeln nun über inhaltliche Eckpunkte, auf deren Grundlage sich von der Leyen zur Wahl stellen will. Weil das Mitte-Bündnis die notwendige absolute Mehrheit von 361 Stimmen zwar rechnerisch zusammenbringt, in der Praxis aber nicht garantieren kann, führt von der Leyen auch Gespräche mit den Grünen/EFA – und hofft wohl auch auf Stimmen von Abgeordneten der Rechtsausleger-Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR). Die Grünen wählten die beiden Spitzenkandidaten zur Europawahl, Terry Reintke aus Deutschland und Bas Eickhout aus den Niederlanden, zu Vorsitzenden. Die Fraktion kämpft mit Bedeutungsverlust, statt wie bisher 71 stellt sie nur noch 54 Abgeordnete. Doch kann sie immerhin vom Erfolg der Partei Volt profitieren – deren fünf Mandats-

träger widerstanden Abwerberversuchen der Liberalen und bleiben den Grünen treu. Im Aufwind sieht sich dagegen die rechtspopulistische EKR-Fraktion, die mit 83 Abgeordneten zur drittstärksten Kraft aufsteigt. Die größte Gruppe stellen hier die Fratelli d'Italia von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, doch pochte die polnische PiS-Delegation auf gleichberechtigte Teilhabe. Geführt wird die Fraktion nun vom Italiener Nicola Procaccini und dem Polen Joachim Brudziński. Der zwischenzeitlich erwogene Beitritt der elf Abgeordneten der ungarischen Fidesz-Partei zur EKR ist gescheitert. Der ungarische Premier Viktor Orbán versucht nun die Gründung einer neuen rechtspopulistischen Fraktion „Patrioten für Europa“ gemeinsam mit der tschechischen ANO-Partei des früheren Regierungschefs Andrej Babiš und der österreichischen FPÖ von Herbert Kickl. Die Vorbereitungen zogen sich zunächst hin – zur Fraktionsgründung braucht es mindestens 23 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten.

ID stellt sich später auf Für einen Erfolg ist die Truppe wohl auf Unterstützung von Parteien angewiesen, die bislang die rechtsextreme Fraktion Identität und Demokratie (ID) bilden. Dort zieht die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen mit den Abgeordneten der Rassemblement National die Fäden; die Entscheidung, wie sich die ID-Fraktion aufstellt, wurde auf Le Pens Betreiben vertagt und sollte erst nach den französischen Parlamentswahlen fallen. Im Vorfeld kursierten Spekulationen, dass vor allem die rechtsextreme Lega von Italiens Vize-Premier Matteo Salvini von der ID zu Orbans neuer Gruppe wechseln könnte. Die AfD, die kurz vor der Wahl aus der ID-Fraktion geworfen worden war, schloss aus, dass sie Teil der Patrioten werden könne. Die AfD-Abgeordneten sondieren stattdessen – vorerst erfolglos – die Bildung einer weiteren Fraktion mit Rechtsextremisten diverser Kleinstparteien aus Osteuropa, Griechenland und Spanien.

Die Mehrheit des Mitte-Bündnisses ist auf 399 Sitze geschrumpft. Einige Unruhe gab es auch auf der linken Seite des Parlaments. Dort versuchte das deutsche Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) mit seinen sechs Sitzen die Gründung einer neuen Fraktion. Rund 20 Abgeordnete aus sechs Ländern sollen Interesse bekundet haben, auch solche aus der bisherigen Linken-Fraktion. Aber am Ende reichte es nicht. So kann die bisherige Linke-Fraktion unbeschadet in die Wahlperiode starten: Sie wählte den deutschen Linken-Chef Martin Schirdewan und die Französin Manon Aubry erneut zu Vorsitzenden. Was der Co-Vorsitzende Schirdewan anschließend zur Parlamentsarbeit ankündigte, ähnelte allerdings der Erklärung, die BSW-Spitzenkandidat Fabio De Masi abgab: Die gemeinsame Gegnerin, machten beide deutlich, heißt Ursula von der Leyen. **Christian Kerll**

Der Autor ist Korrespondent der Funke Mediengruppe in Brüssel.

Eine Bühne für den Rechtspopulisten

EU-RAT Viktor Orbán übernimmt den Vorsitz ausgerechnet in einer Zeit, in der Europa nach rechts rückt. Was ist vom ungarischen Ministerpräsidenten zu erwarten?

Wenige Tage vor Beginn der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli gab der belgische Premier Alexander De Croo dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen Tipp mit auf den Weg: „Dieser Posten bedeutet nicht, dass man der Boss in der EU ist“, sagte De Croo, dessen Land seit Jahresbeginn die EU-Präsidentschaft innehatte. In der EU seien Kompromisse unabdinglich. Darin müsse sich auch Orbán üben. Inwieweit der ungarische Ministerpräsident dem Rat folgt, wird sich zeigen. In Brüssel und den europäischen Hauptstädten wird erwartet, dass Orbán die kommenden sechs Monate nutzen wird, um sich und seine illiberale Politik zu inszenieren. Gleichzeitig hoffen viele, dass die Auswirkungen gering bleiben. Der Einfluss einer Ratspräsidentschaft sei groß, wenn sie Dinge vorantreiben will, argumentiert etwa der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Er ist nicht groß, wenn sie blockieren will.“

»Institutionelles Korsett« Ungarn wird in diesem Halbjahr die Tagesordnung im Rat gestalten. Auf dem Programm stehen 37 offizielle Ratssitzungen inklusive zwei EU-Gipfeln und rund 1500 Sitzungen von Arbeitsgruppen. Aber die Ratspräsident-

schaft agiere dabei „in einem engen institutionellen Korsett“, argumentiert Thu Nguyen von der Denkfabrik Jacques Delors Centre. Über die großen Linien bestimmen die EU-Kommission und die Staats- und Regierungschefs. Ohnehin wird das zweite Halbjahr 2024 eine Periode des Übergangs sein nach der Europawahl im Juni und dem Start einer neuen EU-Kommission, die wohl frühestens im November ihre Arbeit aufnehmen wird. In den Ratspräsidentschaften, die einer Europawahl folgen, wird wegen des Personalwechsels traditionell wenig entschieden. Nach der Europawahl 2019 erzielte die finnische Ratspräsidentschaft gerade einmal bei 18 Gesetzestexten eine Einigung. Zum Vergleich: Die französische Ratspräsidentschaft 2023 konnte dagegen 130 Gesetzesvorhaben zu einem Abschluss bringen. „Wenn es eine Zeit geben sollte, in der die ungarische Ratspräsidentschaft so wenig Schaden wie möglich anrichten kann, dann ist das in diesem Halbjahr“, prognostiziert Europarechtlehrin Nguyen. Allein mit dem Motto der Präsidentschaft hat Orbán aber deutlich gemacht, dass er die erhöhte Aufmerksamkeit maximal nutzen will. „Make Europe great again“ lautet der ungarische Leitsatz, angelehnt an den Slogan, mit dem Donald Trump im Jahr



Viktor Orbán, hier bei einem Nato-Gipfel im vergangenen Sommer, hat turnusmäßig am 1. Juli für sechs Monate den Vorsitz des EU-Rats übernommen. © picture alliance / N. Economou

2016 die Wahl zum US-Präsidenten gewann. Viktor Orbán hat seiner Bewunderung für Trump nie verhehlt. Im März besuchte er den Kontrahenten von US-Präsident Joe Biden in Florida – ein Schritt, der viele in Washington und auch Europa verwunderte. Eine mögliche Wiederwahl Trumps am 5. November würde nun in die ungarische Ratspräsidentschaft fallen.

Nicht nur mit seiner Begeisterung für Trump unterscheidet sich Orbán von anderen Staats- und Regierungschefs in der EU. Auch seine Nähe zu Russlands Präsident Wladimir Putin irritiert viele. Immer wieder hat Orbán Sanktionen gegen Russland verzögert und verwässert, zuletzt allerdings das 14. Sanktionspaket der EU mitgetragen. Wegen seiner Haltung sei es wahr-

scheinlich, „dass die Gespräche zu weiteren Russland-Sanktionen ins Stocken geraten“, erwartet der grüne Europa-Abgeordnete Daniel Freund. Als einer der letzten EU-Staats- und Regierungschefs ist Orbán in dieser Woche nach Kiew gereist. Fast alle anderen hatten schon zuvor vor Ort ihre Solidarität mit der Ukraine bekundet, die gegen eine russische Invasion kämpft. Orbán dagegen drängte in Kiew auf einen schnellen Waffenstillstand. Speziell ist die ungarische Ratspräsidentschaft auch, weil erstmals ein Land sie innehat, das massiv gegen EU-Recht verstößt. Die EU-Kommission hält wegen Problemen mit der Rechtsstaatlichkeit 19 Milliarden Euro an Fördergeldern zurück. Konkret geht es um Mängel im Justizsystem, Einschränkung der Medienfreiheit und Korruption. Schon seit Jahren klagen ausländische Unternehmen über Schikanen der Regierung. Orbán hat offen zugegeben, dass er bestimmte Branchen in ungarischen Besitz bekommen möchte. Zuletzt hat die Regierung die Zivilgesellschaft und Journalisten mit einer eigens geschaffenen Behörde ins Visier genommen. Der Ministerpräsident stört sich an regierungskritischen Organisationen wie Transparency International, die auf die systematische Korruption hinweisen. Angesichts dieser Defizite hatte

das Europäische Parlament im vergangenen Jahr in einer Resolution angezweifelt, dass Ungarn den Ratsvorsitz „glaubwürdig“ ausüben kann. Dies blieb aber folgenlos.

Rechtsruck nutzen Viktor Orbán wird während der EU-Ratspräsidentschaft versuchen, Kapital aus dem Rechtsruck in der EU zu schlagen. Bei der Europawahl haben rechte Parteien deutliche Zuwächse erzielt, genauso bei der Parlamentswahl in Frankreich. In den Niederlanden regiert erstmals eine Koalition, in der die rechte Partei für die Freiheit die stärkste Kraft ist. „Der politische Wandel hat begonnen“, unterstreicht Orbán, der sogar so weit geht zu behaupten, dass eine Ära, die 1989 mit dem Mauerfall begonnen habe, nun ende. Orbán hat gemeinsam mit den Parteichefs der österreichischen FPÖ und der tschechischen ANO eine neue Allianz gegründet. Die „Patrioten für Europa“ sollen die stärkste rechte Fraktion im Europäischen Parlament werden und sollen Europa in den Worten von Orbán verändern. „Der Sternenhimmel ist die Grenze“, sagte er bei einer Pressekonferenz. An diese Stimmlage wird sich Europa in den kommenden Monaten gewöhnen müssen. **Silke Wettach**

Die Autorin ist EU-Korrespondentin. ■



Nach dem Wahlsieg hat der neue britische Premier Keir Starmer einen Neustart für das Land angekündigt. „Der Wandel beginnt jetzt“, sagte er in seiner ersten Rede vor Anhängern am Freitag. Nach 14 Jahren Tory-Regierung könne Großbritannien wieder nach vorne schauen. © picture-alliance/empics/Jeff Moore

Triumph für Labour

GROSSBRITANNIEN Keir Starmer wird Premier. Tories erleben schwerste Niederlage seit 1906

Wohl kein anderes Bauwerk in London steht so sehr für die Aufbruchstimmung Großbritanniens unter Premier Tony Blair (1997-2007) zur Jahrhundertwende wie die Tate Modern am Südufer der Themse. Die gewaltige Turbinenhalle diente am Freitagmorgen als Schauplatz für die erste längere Rede eines Mannes, der in die Fußstapfen des erfolgreichsten Labour-Premiers aller Zeiten treten will: Keir Starmer, der neue britische Regierungschef, dem die Briten am Donnerstag einen ähnlichen Erdrutschsieg bescherten wie dem Vorgänger bei dessen Wahl 1997. Unter dem Jubel jugendlicher Anhänger sprach der 61-Jährige von der „Bürde, die von den Schultern unseres Landes genommen“ worden sei. Gemeint war die 14 Jahre andauernde Regierungszeit der Konservativen, in der die Realeinkommen sanken, die öffentliche Infrastruktur verkam und die Partei fünf Premierminister verschliss. Jetzt beginne, so Starmer, eine Veränderung: „Wir wollen allen hart arbeitenden Menschen in unserem Land die

»Wir wollen allen hart arbeitenden Menschen die Hoffnung zurückgeben.«

Keir Starmer, neuer britischer Premier

Hoffnung zurückgeben.“ Dafür sei nichts weniger nötig als „die Ideale zu erneuern, die das Land zusammenhalten“.

Hohe Erwartungen Die Last auf Starmers Schultern besteht nun vor allem in den hochgespannten Erwartungen seiner Partei nach 14 schwierigen Oppositionsjahren. Im Vergleich dazu halten sich die Erwartungen der Bevölkerung, so schien es jedenfalls im Wahlkampf, in engen Grenzen. Dass die Briten dazu entschlossen waren, die Tories aus dem Amt zu jagen, stand zu keinem Zeitpunkt in Zweifel. Das Vorhaben setzten sie am Donnerstag diszipliniert in die Tat um: Eingefleischte Konservative blieben entweder zu Hause oder votierten für die Reform-Bewegung des Nationalpopulisten Nigel Farage; Gegner der bisherigen Regierungspartei gaben ihre Stimme nach taktischen Gesichtspunkten dem jeweils aussichtsreichsten Konkurrenten in den 632 Wahlkreisen auf der britischen Insel. Wie gehabt standen in den 18 Bezirken Nordirlands ausschließlich die dortigen Regionalparteien zur Wahl. Engländer, Schotten und Waliser besicherten den Tories die schwerste Niederlage seit

1906. Den noch inoffiziellen Ergebnissen vom Freitagmittag zufolge brachte es die einst stolze Regierungspartei mit etwa 24 Prozent der Stimmen gerade noch auf 120 Mandate, etwa ein Drittel der 2019 unter Boris Johnson gewonnenen Sitze. Dagegen konnte Labour (34 Prozent) die Sitzzahl auf 412 verdoppeln. Ehe der scheidende Regierungschef zur Abschiedsaudienz bei König Charles III in den Buckingham-Palast aufbrach, nutzte er seine letzte Rede vor dem Amtssitz in der Downing Street für eine Entschuldigung: „Ich habe Ihre Wut und Ihre Enttäuschung vernommen und übernehme die Verantwortung für diese Niederlage.“ Starmer wünsche er alles Gute: „Seine Erfolge werden unser aller Erfolge sein“, so Sunak und lobte das „beste Land der Welt“, in das seine Großeltern im vergangenen Jahrhundert eingewandert waren. Es bleibe erstaunlich, wie wenig bemerkenswert seine Berufung zum Premierminister gewesen sei. Schon vor der Wahl hatten Parteirechte wie die von Sunak gefeuerte Ex-Innenministerin Suella Braverman den Chef heftig kritisiert. Ihren Sitz im Unterhaus haben vor allem Politiker vom gemäßigten Flügel der Partei verloren: Kabinettsmitglieder wie

»Ich übernehme die Verantwortung für diese Niederlage.«

Rishi Sunak, scheidender Premier

Justizminister Alex Chalk, seine Kolleginnen Lucy Frazer (Kultur), Gillian Keegan (Bildung). Prominentestes Opfer ist Kurzzeit-Premierministerin Liz Truss. Besonders deutlich hob das britische Ergebnis die eklatante Ungerechtigkeit des Mehrheitswahlrechts hervor – oder, je nach Lesart, die Brillanz jener Wahlstrategen, welche die Anstrengungen ihrer jeweiligen Partei auf aussichtsreiche Bezirke konzentrierten. Mit 3,5 Millionen Wählerstimmen gewannen die Liberaldemokraten 71 Sitze; hingegen brauchten die Grünen für jeden ihrer vier Sitze je eine halbe Million Stimmen, Reform sogar jeweils eine Million Stimmen. Dem neuen Unterhaus gehört auch eine Handvoll Unabhängiger an. Alle waren sie gegen amtierende Labour-Abgeordnete in Wahlkreisen mit großen muslimischen Minderheiten angetreten und hatten sich den Zorn über Israels Gaza-Krieg und Labours angeblich zu lasche Reaktion darauf zunutze gemacht. Dieser Bewegung fiel auch einer von Labours wichtigsten Wahlkampf-Strategen, Jonathan Ashworth, zum Opfer. Ein Überlebender des gewaltigen Tory-Gemetzels erinnerte die Briten an

den täglichen Überlebenskampf in der Ukraine. „Wir haben das unglaubliche Glück, in einem Land zu leben, in dem Machtwechsel nicht mit Bomben und Granaten, sondern mit Millionen von Wahlzetteln entschieden werden“, so der bisherige Finanzminister Jeremy Hunt, der mit viel Einsatz, nicht zuletzt auch seines eigenen Ersparnis, seinen Sitz hatte retten können. „Das ist die Magie der Demokratie.“

Erste Parlamentssitzung Und wie es die Briten gewohnt sind, geht die neue Regierung ohne jede Verzögerung ans Werk. Noch am Freitag wollte der neue Premier in Einzelgesprächen seine Ministerinnen und Minister auf die bevorstehenden Aufgaben einschwören. Am Dienstag tritt das Unterhaus zum ersten Mal zusammen; Starmer reist dann bereits zu seinem ersten internationalen Zusammentreffen, nämlich dem Nato-Gipfel in Washington. Das wird dem bisher außenpolitisch eher unerfahrenen Politiker Gelegenheit geben, mit vielen seiner wichtigsten Partner erste Kontakte zu knüpfen. Mit dem deutschen Kanzler Olaf Scholz (SPD) steht der Sozialdemokrat längst in angeregtem Dialog. Womöglich schon im August will das Duo eine neue Sicherheitsvereinbarung unterzeichnen.

Sebastian Borger

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus London.

Kooperation mit Indopazifik

AUSWÄRTIGES Die Bundesregierung soll die Zusammenarbeit mit den Partnerländern des Indopazifiks vertiefen. Ein entsprechender Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP (20/12086) ist am Donnerstag mit deren Stimmen gegen das Votum von Union, AfD und BSW angenommen worden. Die Koalition tritt darin unter anderem für die Vertiefung der bestehenden politischen, wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und kulturellen Partnerschaften mit den Gesellschaften des Indopazifiks und den „ASEAN als zentralem multilateralem Akteur in der Region“ ein. Die Bundesregierung solle militärische Transparenzmaßnahmen und Rüstungskontrolle sowohl mit Partnern im Indopazifik als auch mit China ausbauen und gegen einseitige Änderungen des Status quo in der Straße von Taiwan eintreten. Mit Blick China solle sie sich zudem „für einen regelbasierten Freihandel und faire Handelspraktiken einsetzen“. Außerdem werben die Abgeordneten für EU-Verhandlungen beziehungsweise den Abschluss einer Reihe von Handelsabkommen, darunter mit Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Australien. Ein Antrag der AfD-Fraktion (20/9843) zur Entwicklung einer neuen Indopazifik-Strategie wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen: Deutschland solle sich weder an einer explizit sinozentrischen Neustrukturierung der regionalen Sicherheitsarchitektur noch an der US-geführten Ausweitung westlicher Sicherheitsstrukturen im Indopazifik beteiligen. ahe II

BND-Chef im Ausschuss

AFGHANISTAN Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) Bruno Kahl hat sich bei seiner Befragung durch den 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan des Bundestages am Donnerstag schützend vor seine Mitarbeiter gestellt. Zugleich gestand er ein, dass der BND die schnelle und kampfbefähigte Übernahme Kabuls durch die Taliban nicht vorausgesehen habe. Über Jahrzehnte habe der BND mit seiner Arbeit geholfen, Menschenleben zu retten. Außerdem habe er frühzeitig die Wiederherstellung des Emirats 2.0 richtig und präzise beschrieben. Was man nicht vorgesehen hätten, sei die Geschwindigkeit der Ereignisse „in den letzten Zentimeter“, so Kahl. Der BND habe fünf Kippunkte ausgemacht, um diese Entwicklung zu beobachten. Auch im Nachhinein betrachtet erscheine es für den damaligen Zeitpunkt wenig wahrscheinlich, dass mehrere dieser Kippunkte gleichzeitig und nur Stunden nach der Krisenstabsitzung in Berlin zwei Tage vor dem Fall Kabuls eintreten würden. Die ehemalige Vizepräsidentin des BND Tania Frein von Uslar-Gleichen wies in ihrer Befragung den Vorwurf zurück, sie hätten die Warnungen des deutschen Gesandten in Kabul, Jan van Thiel, nicht ernst genommen. Sein Widerspruch gegen die BND-Prognosen sei abstrakt gewesen, sagte sie. Dennoch seien sie van Thiels Hinweise sofort nachgegangen. Doch die Ereignisse hätten diese Prüfung zur Makulatur gemacht. Cem Sey II

FÜNF FRAGEN ZUM: DEUTSCH -POLNISCHEN VERHÄLTNIS



Herr Nietan, nach sechs Jahren haben am Dienstag in Warschau wieder deutsch-polnische Regierungskonsultationen stattgefunden. Welche Bedeutung hat das Treffen?

Es war ein ganz wichtiges Treffen – nicht nur für die bilateralen Beziehungen, sondern auch für die Zukunft Europas. Denn wie es mit der Entwicklung der EU und dem Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde der Freiheit weitergeht, hängt stark davon ab, wie vertrauensvoll Deutschland und Polen zusammenarbeiten.

Das Verhältnis der beiden Nachbarn galt zuletzt als zerrüttet - auch weil die ehemalige PiS-Regierung offen anti-deutsche Ressentiments schürte. Das Treffen zwischen Kanzler Scholz und seinem Amtskollegen Tusk soll einen Neustart markieren. Ist nun alles wieder gut?

Es ist ein Neuanfang. Die deutsche und die polnische Regierung haben wieder ein ernsthaftes Interesse, zusammenzuarbeiten – Ausdruck dessen ist eine gemeinsame politische Agenda, der sogenannte Aktionsplan. Dadurch ist natürlich noch nicht wieder alles gut in den deutsch-polnischen Beziehungen: Die Verbrechen, die Deutsche in Polen in der Zeit des Nationalsozialismus verübt haben, sind nicht vergessen. Das gilt auch für die lange vorherrschende Naivität der deutschen Russlandpolitik. Aber jetzt sind Deutschland und Polen auf einem guten Weg, die Beziehungen deutlich zu verbessern.

Im Aktionsplan bekunden die Regierungen den Willen zur Zusammenarbeit, etwa im Bereich der Verteidigung. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat Polen begonnen, aufzurüsten. Wird sich Deutschland beteiligen?

Deutsche und Polen wollen bei der Verteidigung mehr zusammenarbeiten. Uns ist klar, dass Deutschland liefern muss. Denkbar ist, dass wir uns zum Beispiel stärker finanziell an einer besseren Luftverteidigung beteiligen oder in Zukunft mit der Bundeswehr im Osten – über die Brigade in Litauen hinaus – mehr Verantwortung übernehmen.

Polen erwartet auch ein Zeichen der Wiedergutmachung für deutsche Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg. Scholz hat Hilfen für die noch lebenden Opfer angekündigt – ohne aber eine konkrete Summe zu nennen. Wieso?

Beide Regierungen hatten die Ambition, ein fertiges Konzept zu präsentieren. Doch Einzelheiten sind noch offen. Die Frage einer humanitären Geste ist eine sensible, in Polen emotional diskutierte Frage. Umso wichtiger ist, dass alle Details stimmen. Ich bin guter Dinge, dass das bis Jahresende klappt.

Rechtsruck in Europa, die mögliche Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus: Was kommt da auf das Duo Polen-Deutschland zu?

Unklar ist, wie die Wahl in Frankreich ausgeht. Doch es zeichnet sich ab, dass Deutschland und Polen künftig gemeinsam mehr Verantwortung für die Verteidigung von Frieden und Freiheit in Europa übernehmen müssen.

Das Gespräch führte Sandra Schmid.

Auf der Suche nach neuem Vertrauen

EUROPA Erstmals seit 2018 wieder deutsch-polnische Regierungskonsultationen

Nach sechs Jahren Pause fanden am Dienstag in Warschau wieder deutsch-polnischen Regierungskonsultationen statt. Aus dem von den Regierungen verabschiedeten Aktionsplan geht unter anderem hervor, dass Deutschland und Polen die konkrete Unterstützung der Ukraine fortsetzen werden, insbesondere auf politischer, finanzieller, militärischer und humanitärer Ebene. Man sei sich zudem bewusst, dass Erinnerung und Aussöhnung in den deutsch-polnischen Beziehungen ihren festen Platz haben müssen. „Aussöhnung ist ein Prozess, der keinen Schlussstrich erlaubt“, heißt es in der Vorlage. Auf Antrag von SPD, Grünen und FDP hat sich der Bundestag am Donnerstag in einer aktuellen Stunde mit den Ergebnissen beschäftigt. Koalition und Union zeigten sich erleichtert, dass es nach der Abwahl der PiS-Regierung in Polen im Herbst 2023 wieder zu deutsch-polnischen Regierungskonsultationen gekommen ist. Ein enges Verhältnis der Nachbarländer sei aktuell angesichts der schwierigen politischen Lage in Frankreich, dem dritten Mitglied des Weimarer Dreiecks, einem außenpolitischen Gesprächsforum, umso wichtiger, hieß es. Anders bewertete das die AfD, die der Bundesregierung vorwarf, jahrelang die polnische Regierung mit Dreck beworfen zu haben. Für Nyke Slawik (Grüne) kamen die Regierungskonsultationen „genau zum richtigen Zeitpunkt“. Auch zwischen den Parlamenten gebe es einen regen Austausch, so Slawik. In dieser Woche sei eine Delegation

des polnischen Sejms im Bundestag zu Gast. Die Grünenabgeordnete regte an, eine Deutsch-Polnische Parlamentarische Versammlung einzurichten, „ähnlich, wie wir es bereits mit Frankreich haben“. Nach den „bleiernen Jahren der PiS, mit dem Gift der Reparationsforderungen in Billionenhöhe“, sei es gut und nötig, wieder am Vertrauensaufbau zu arbeiten, befand Knut Abraham (CDU). Deutschland dürfe keine Zweifel daran lassen, „dass wir genauso entschlossen wie Polen die Ukraine aus Überzeugung unterstützen“. Von einem befreienden Aufbruch sprach Dietmar Nietan (SPD). Es gebe nun die Chance auf eine neue Ära in den deutsch-



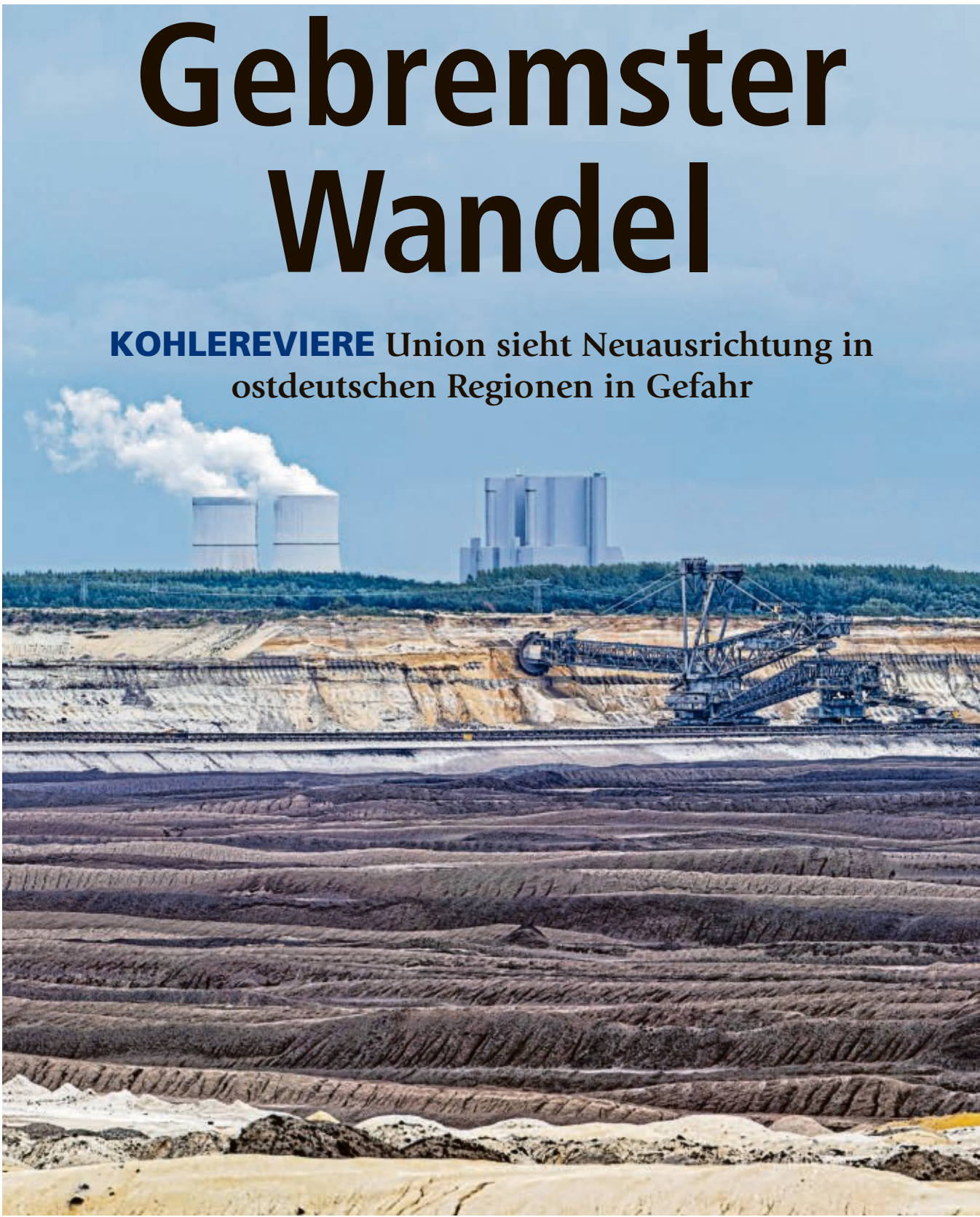
Kanzler Olaf Scholz (links) und Polens Premier Donald Tusk in Warschau. © picture-alliance/Michael Kappeler

polnischen Beziehungen. Während Europa sowohl von innen als auch von außen gefährdet werde, schauten die Menschen ganz besonders auf Deutschland und Polen. „Hier, im Zentrum Europa, werden die Weichen für unsere Zukunft gestellt“, sagte Nietan (siehe auch Interview links). Norbert Kleinwächter (AfD) warf der Bundesregierung vor, jahrelang mit Dreck auf die polnische Regierung und das polnische Volk geworfen zu haben. Sanktionen und Geldsperrn seien über die EU verhängt worden, „weil man die polnische Regierung verleumdet hat, sie sei nicht rechtsstaatlich und nicht akzeptabel“, sagte er. Mit dem Aktionsplan, so Anikó Glogowski-Merten (FDP), setzten die polnische und die deutsche Regierung einen „Meilenstein für die Zusammenarbeit unserer Länder“. Der Plan sei ein starkes Signal für die Zukunft Europas. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe gezeigt, wie wichtig es ist, zusammenzustehen. Deutschland und Polen würden die Ukraine weiterhin auf allen Ebenen unterstützen, machte Glogowski-Merten deutlich. Auch die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Anna Lührmann (Grüne), betonte, Deutschland und Polen stünden fest an der Seite der Ukraine. Zugleich verwies sie auf die deutsch-polnische Geschichte und forderte ein deutsch-polnisches Haus „hier im Herzen von Berlin“. Es könne beim Erinnern keinen Schlussstrich geben. „Wir müssen das Gedenken an diese dunkle Seite der Geschichte wachhalten“, forderte Lührmann. Götz Hausding II

Für Überraschungen ist der Osten Deutschlands immer gut. In den letzten Tagen waren es Wirtschaftsprognosen, die Erstaunen auslösten: So berichtete das Ifo-Institut, dass die ostdeutsche Wirtschaft stärker wachse als die Wirtschaft in Gesamtdeutschland. Die Leistung der ostdeutschen Wirtschaft soll danach im Jahre 2024 um 1,1 Prozent steigen, während in Deutschland insgesamt mit 0,4 Prozent gerechnet wird. Die Prognose der Bundesregierung liegt derzeit sogar bei nur 0,3 Prozent.

Absicherung in Gefahr Doch befürchtet die Unionsfraktion, dass einige Regionen im Osten zurückbleiben könnten. Dabei geht es vor allem um die Strukturwandgebiete – also jene Regionen, in denen die Nutzung der Braunkohlevorkommen bereits eingestellt wurde oder im Rahmen des beschlossenen Kohleausstiegs bis 2038 beendet werden soll. Die Kohleregionen Lausitzer Revier in Brandenburg und Sachsen, das mitteldeutsche Revier in Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie das ehemalige Braunkohlerevier Altenburger Land erhalten bis 2038 Mittel aus dem Investitionsgesetz Kohleregionen. Doch inzwischen zeige sich deutlich, dass die finanzielle Absicherung des Strukturwandels gefährdet sei, heißt es in einem Antrag der Fraktion (20/12102), der am Freitag vom Bundestag an den Wirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen wurde. Großprojekte mit langem Planungs- und Genehmigungsvorlauf würden das Problem mit sich bringen, dass die Bundesmittel aus der ersten Förderperiode nicht mehr rechtzeitig bis zum Ende des Jahres 2026 abgerufen werden könnten, befürchtet die Unionsfraktion. Bisher sei unklar, wie die Bundesregierung dem Problem entgegenwirken wolle. „Diese Unsicherheit behindert die Projektentwicklung und hemmt den Strukturwandel in den Kohlerevieren“, schreibt die Unionsfraktion in ihrem Antrag. Außerdem würden Fragen zur angespannten Fachkräftesituation, zu den wasserwirtschaftlichen Folgen des Braunkohleausstiegs und der Energieversorgungssicherheit unbeantwortet bleiben. Daher erhebt die Union in ihrem Antrag eine Reihe von Forderungen, zum Beispiel nach einer Flexibilisierung der Verwendung der Mittel in den Förderperioden. Außerdem müssten Investitionen in die Bildungs- und soziale Infrastruktur als Investitionen des Strukturwandels anerkannt werden.

Zudem soll die Forschungslandschaft in den Kohleregionen weiter gestärkt werden. „Die soziale Abfederung des Kohleausstiegs kann nur gelingen, wenn wirtschaftliche, infrastrukturelle und kulturelle Projekte gleichermaßen effizient umgesetzt werden können“, stellt die Union fest. Abgelehnt wurde vom Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und AfD ein weiterer Antrag der Union (20/9141, 20/12056) zur Absicherung des Kohleausstiegs. Union und Linke stimmten zu. Darin hatte die Union gefordert, die finanzielle Absicherung des Kohleausstiegs sicherzustellen. Gefordert wird außerdem, „die Verunsicherung der Menschen in den Regionen durch widersprüchliche politische Signale innerhalb der Bundesregie-



Noch wird gebaggert: Tagebau Welzow-Süd und Kohle-Kraftwerk Schwarze Pumpe

© picture-alliance/imageBROKER/Norbert Neetz

rung zu beenden, die auf einen überhasteten Kohleausstieg in Ostdeutschland abzielen“. Das Ausstiegsdatum 2038 als Ergebnis der Kohlekommission sei „durch eine vorherige sorgfältig austarierte Einigung zwischen Wirtschaft, Politik, Klimaschutzern und Wissenschaftlern“ vereinbart worden. In der Debatte des Bundestages warf Sepp Müller (CDU) der Ampel-Koalition vor, beim Strukturwandel das Pferd von hinten aufzuzäumen. Erst werde aus der Kohle ausgestiegen, und dann komme der Strukturwandel. Richtig wäre es umgekehrt. Die Union setze besonders auf weniger Bürokratie, damit die Fördermittel effektiv eingesetzt werden könnten. Die Infrastrukturprojekte sollten zügig umgesetzt werden, zum Beispiel die Bahnlinie von Dresden

nach Prag. „Erst Arbeitsplätze und dann der Kohleausstieg“, forderte Müller. Carsten Schneider (SPD), Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, erklärte: „Die Koalition steht zu ihrem Wort.“ Er verwies auf geplante Großinvestitionen. Magdeburg und Dresden würden Zentren für Halbleitertechnologie werden. Hannes Walter (SPD-Fraktion) versicherte, die Maßnahmen zum Strukturwandel kämen bei den Menschen an und nannte als Beispiel Berufsausbildungsprojekte. Michael Kellner (Grüne), Parlamentarischer Staatssekretär für Wirtschaft und Klimaschutz, wies darauf hin, dass bereits jetzt mehr Arbeitsplätze in anderen Branchen entstehen würden als in der Kohlewirtschaft verloren gehen würden. Bern-

hard Herrmann (Grüne) sagte, ein genaues Datum für den Kohleausstieg könne nicht festgelegt werden. Wenn die Kohleverstromung unwirtschaftlich werde, werde sie abrupt enden. Und das werde vor 2038 der Fall sein, gab sich Herrmann angesichts der wachsenden Stromerzeugung durch erneuerbare Energien überzeugt. „Es gibt keinen gesamtgesellschaftlichen Konsens zum Kohleausstieg“, sagte dagegen Enrico Komning (AfD). „Sie transformieren Deutschland zurück in die Steinzeit“, so Komning. „Lassen Sie den Menschen ihre Kohle“, forderte er. Gerald Ullrich (FDP) sagte, mehr Geld allein sei keine Lösung für den Strukturwandel: „Wir brauchen einen sinnvollen Einsatz der Mittel.“ *Hans-Jürgen Leersch* ■

So kommt der Strom von Nord nach Süd

NETZAUSBAU Bundestag stimmt Aufnahme von neun weiteren Projekten zu

Auf der Tagesordnung des Bundestages am Freitagmorgen stand die zweite und dritte Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfs „zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze und zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes“ (20/11226). Debattiert werden sollte dann nur noch über letzteres. Dabei kam sehr vieles zur Sprache, vom Haushalt über Kraftwerks- und Wasserstoffstrategien bis hin zum Ergebnis der Wahl in Großbritannien.

Was war da los? Der Gesetzentwurf der Bundesregierung war nach der ersten Lesung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen worden. Dieser hatte dann am Mittwoch aber beschlossen, einen Teil der Vorlage mit der Bezeichnung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes“ in geänderter Fassung anzunehmen und den übrigen Teil des Entwurfs späteren Beschlussfassungen vorzubehalten.

Zu diesem Teil gehört die EU-Erneuerbaren-Richtlinie, die darauf ausgelegt ist, das Erreichen des Ziels einer Steigerung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Quellen in der EU auf mindestens 42,5 Prozent bis zum Jahr 2030 möglich zu machen. Das umfasst vor allem Maßnahmen für beschleunigte Genehmigungsverfahren. So sollen durch die Mitgliedstaaten Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energien ausgewiesen werden, in denen Vorhaben in einem vereinfachten Verfahren genehmigt werden.

Getrennte Entscheidung Zur Begründung der Abtrennung der Entscheidung über den Bundesbedarfsplan und dessen Änderung hieß es: „In den Bundesbedarfsplan wer-



Freileitungen für den Stromtransport

© picture-alliance/dpa/Andreas Beck

den weitere Vorhaben losgelöst von der folgenden turnusmäßigen Novelle des Bundesbedarfsplangesetzes vorgelagert aufgenommen.“ Die Entscheidung wurde verzögert, um weitere Verzögerungen im Stromnetzausbau zu vermeiden. Die neu in den Plan aufgenommenen Vorhaben werden mit den bereits in Planung befindlichen Vorhaben 81 und 82 gebündelt. Die Bundesnetzagentur habe im Rahmen der Prüfung des Netzentwicklungsplans Strom die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und den vordringlichen Bedarf der Vorhaben geprüft. Insgesamt sollen neun weitere Stromnetzausbauvorhaben aufgenommen werden.

Für den so geänderten Gesetzentwurf stimmten die Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, dagegen die Unionsfraktion die AfD-Fraktion, die

beiden Gruppen Die Linke und BSW sowie der fraktionslose Abgeordnete Robert Farle. Das Hauptziel der ganzen Operation dabei sei, wie Ingrid Nestle (Grüne) eingangs der Debatte erkennen ließ, den Strom vor allem aus Windkraft, der im Norden Deutschlands produziert wird, künftig schneller in den Süden und Westen des Landes zu transportieren, wo die großen Industrien ansässig sind. Von Bedeutung seien in diesem Kontext vor allem der Rhein-Main-Link und der Nord-Ost-Link.

Erdkabel oder Freileitung Andreas Jung (Union) machte sich dafür stark, nochmals darüber nachzudenken „ob der beschlossene Vorrang von Erdkabeln gegenüber Freileitungen auch angesichts der Kosten – Freileitungen sind sehr viel günstiger – beibehalten werden sollte, zumal die erhoffte Steigerung der Akzeptanz bei der Bevölkerung, anders als gedacht, nicht eingetreten sei.

Nina Scheer (SPD) äußerte dennoch Bedenken: Es hingen Netzplanungen und Investitionen an dieser Vorgabe – eine Änderung würde Zeit und Geld kosten. Rainer Kraft (AfD) kritisierte, der Gesetzentwurf diene einzig dazu, die planwirtschaftlichen Klimaziele der EU zu erreichen, und das auf Kosten der Umwelt, der Gesundheit, und der Sicherheit.

Der Michael Kruse (FDP) fragte: „Wir bauen Netze aus – wer kann etwas dagegen haben?“ Das Stromnetz hinke hinterher, der Netzausbau halte nicht Schritt mit der Produktion der Erneuerbaren. Eine Beschleunigung helfe allen, denn Haushalte brauchten ein vernünftiges Netz, die Industrie brauche ein vernünftiges Netz – alle brauchten ein vernünftiges Netz. Und deshalb baue man jetzt ein vernünftiges Netz. *Michael Schmidt* ■

Union fordert bezahlbare Energiewende

CDU/CSU-ANTRÄGE Der Bundestag debattiert über Netzausbau und Energiespeicher

„Wir wollen, dass die Energiewende gelingt. Doch Energiewende heißt nicht nur möglichst viel grünen Strom herzustellen, nein, sie muss ein Dreiklang sein: Energie soll zunehmend erneuerbar sein, Energie soll immer verfügbar sein, und der dritte, ebenso wichtige Punkt: Energie muss für alle bezahlbar sein.“ Mit diesem Statement im Namen der Unionsfraktion eröffnete Mark Helfrich (CDU) am Donnerstag eine Plenumsdebatte, in der es um gleich zwei Anträge der Union ging. Zum einen um den Antrag mit dem Titel „Die Energiewende bezahlbar gestalten – Kosten sparen beim Netzausbau“ (20/11967). Darin legt die Union dar, dass nach ihrer Auffassung der weitere Erfolg der Energiewende in hohem Maße von Kosteneffizienz und Akzeptanz abhängen und es zu verhindern gelte, dass die Kostenfrage zu einer Akzeptanzfrage werde. Über diesen Antrag hätte die Union gerne direkt abstimmen lassen wollen, doch mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der beiden Gruppen Die Linke und BSW wurde er zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Darüber hinaus ging es um den Antrag mit dem Titel „Energiespeicher jetzt ausbauen“ (20/8525), in dem die Unionsabgeordneten die Bundesregierung auffordern, das Energiemarktdesign auf die Entwicklungen der Energiewende und damit auch auf den Einsatz von Energiespeichern auszurichten, um die hohen Energiesystemkosten zu senken und Effizienz in die Energiewende zu bringen. Dazu brauche es verlässliche Rahmenbedingungen für den Betrieb und die Investition in Speichertechnologien. Energiespeicher sollten als regulatorisch eigenständige Säule des Energiesystems eingeordnet und die Errichtung von Speichern

Strom vom Balkon

RECHT Balkonkraftwerke werden privilegiert

Die Installation von Steckdosen-Solaranlagen für Mieter und Wohnungseigentümer wird erleichtert. Künftig gilt die Installation eines solchen Balkonkraftwerks im Miet- und Wohneigentumsgesetz als „privilegierte Maßnahme“. Das bedeutet, dass Mieter gegenüber ihrem Vermieter und Wohnungseigentümer gegenüber der Wohnungseigentümergeinschaft grundsätzlich einen Anspruch auf Gestattung der Errichtung und Nutzung solcher Anlagen haben. Bisher bedurfte es dazu der Zustimmung des Vermieters oder eines Mehrheitsbeschlusses der Eigentümergeinschaft. Als privilegierte Maßnahmen gelten bislang beispielsweise Umbauten für Barrierefreiheit und Einbruchschutz oder der Einbau von E-Ladestationen. Die entsprechende Gesetzesänderung hat der Bundestag am Donnerstag beschlossen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/9890) passierte das Parlament mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion. Ein Antrag der Union (20/6905) zu dem Thema fand keine Mehrheit. Der Gesetzentwurf ermöglicht künftig auch virtuelle Eigentümergeinschaften. Gegenüber dem Regierungsentwurf nahmen die Koalitionsfraktionen eine einschränkende Änderung (20/12146) vor. Danach ist bis 2028 mindestens eine Eigentümergeinschaft pro Jahr in Präsenz erforderlich, auch wenn sich die Wohnungseigentümer mit Dreiviertelmehrheit auf virtuelle Versammlungen geeinigt haben. Von dieser Regelung, die dem Schutz technisch nicht versierter Eigentümer dienen soll, kann nur einstimmig abgewichen werden. *scr* ■

Für mehr Energieeffizienz

UNTERNEHMEN Regierung will hochwertige Energieaudits

Die EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) ist im Oktober 2023 in Kraft getreten und verpflichtet alle Mitgliedstaaten, zahlreiche Regelungen zum Beispiel zum Endenergieverbrauch bis 2030 umzusetzen. Mit dem Energieeffizienzgesetz hat Deutschland im November 2023 bereits wesentliche Anforderungen in nationales Recht umgesetzt. Mit dem Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Effizienzmaßnahmen, zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes und zur Änderung des Energieverbrauchs-kennzeichnungsgesetzes“ (20/11852) will die Bundesregierung jetzt in einem weiteren Schritt wesentliche Änderungen im Bereich der Energieauditpflicht für Unternehmen in nationales Recht umsetzen. Der Entwurf wurde am Mittwoch erst-

mals im Bundestag beraten und im Anschluss an die Ausschüsse überwiesen. Die Federführung übernimmt der Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Richtete sich bisher die Pflicht zur Durchführung von Energieaudits nach der Unternehmensgröße, so sieht der Gesetzentwurf jetzt vor, dass alle Unternehmen mit hohen Energieverbräuchen zur Durchführung von Energieaudits verpflichtet werden. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Audits „hochwertig sind und von qualifizierten und akkreditierten Experten durchgeführt werden“. Hierdurch solle den Unternehmen eine fundierte Entscheidungsgrundlage für anschließende Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz und Reduzierung ihres Treibhausgasausstoßes geboten werden. *mis* ■

Doppelte Förderung

SANIERUNG Regeln im Steuerrecht werden angepasst

Investitionen in die energetische Sanierung von Gebäuden werden gleich doppelt gefördert: So gibt es nicht nur Zuschüsse aus der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG), sondern auch bei der Einkommensteuer winken Entlastungen. Allerdings waren zuletzt Änderungen an der BEG im Einkommensteuerrecht nicht mehr nachvollzogen worden. Dies holte die Bundesregierung jetzt mit der Dritten Verordnung zur Änderung der Energetische Sanierungsmaßnahmen-Verordnung (20/11646, 20/11839 Nr. 2, 20/12055) nach. Der Bundestag stimmte den Änderungen am Donnerstag mit Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen der AfD zu. Die Union enthielt sich. Anzuwenden sind die Bestimmungen der Verordnung für Maßnahmen, die nach

dem 31. Dezember 2024 begonnen wurden. Für Neubauten gilt die Verordnung nicht. In der Verordnung geht es unter anderem um den sommerlichen Wärmeschutz, die Erneuerung der Heizungsanlage und den Einbau von digitalen Systemen zur energetischen Betriebs- und Verbrauchsoptimierung. Die Ausführungen zu Heizungsoptimierungen wurden gestrafft und um Maßnahmen zur Umstellung von wasserstofffähigen Heizungen auf hundertprozentigen Wasserstoffbetrieb sowie zur Emissionsminderung von Biomasseheizungen erweitert. Die Steuerermäßigung beträgt 20 Prozent der entsprechenden Aufwendungen bis zu einer Grenze von 200.000 Euro. Die maximale steuerliche Förderung kann 40.000 Euro betragen. *hle* ■

grundsätzlich als „im überragenden öffentlichen Interesse liegend“ in den Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Diesen Antrag lehnte der Bundestag auf Empfehlung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen und der AfD-Fraktion ab. Für den Antrag stimmte neben der Unionsfraktion auch die Gruppe BSW. Die Gruppe Die Linke enthielt sich. Die Redner der Regierungskoalitionen nutzten die Debatte, um der Union nachzuweisen, dass die Ampel die meisten ihrer Forderungen bereits umgesetzt habe. Markus Hümpfer (SPD) zum Beispiel reagierte auf die Forderung, die Solarenergie deutlich schneller auszubauen um die Zielmarke bis 2030 zu erreichen, mit dem Hinweis, dass im Jahr 2023 16 Gigawatt an Photovoltaik zugebaut worden seien und damit das Ausbauziel deutlich übertroffen wurde

- und dass ab 2026 jährlich über 20 Gigawatt zugebaut würden. „Ihr Antrag ist gut gemeint, aber zu spät“, sagte Hümpfer in Richtung der Unionskollegen.

»Sie reden, wir machen« Ingrid Nestle (Grüne) sagte an Mark Helfrich gewandt: Im Antrag werde festgestellt, dass, wer die erneuerbaren Energien sehr schnell ausbaue, - „was wir tun“ - der brauche auch Speicher und Netze. Was er offensichtlich nicht festgestellt habe, so Nestle, sei, „dass die Ampel längst gehandelt habe. Stichwort Speicher: „Die Hälfte der Speicher, die in Deutschland installiert sind, wurden im letzten Jahr zugebaut.“ Stichwort Stromnetze: Der Ausbau in fertiggestellten Kilometern im Jahr 2024 werde sich gegenüber 2021 verdoppeln, die im Bau befindlichen vervierfachen, die genehmigten vervinfachfachen. „Sie reden, wir machen“ rief Nestle der Union zu. Michael Kruse (FDP) sagte, er habe sich über beide Anträge gefreut, denn in der Tat sei die Frage, wie schnell und zu welchen Kosten Netze ausgebaut werden könnten „eine ganz entscheidende“. Auf die Forderung der Union, dass Speicher regulatorisch eine eigene Säule des Energiesystems werden sollten, verwies er darauf, dass die Ampelkoalition schon zum Beginn der Legislaturperiode durch eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes dafür gesorgt habe, dass es diese eigenständige Definition im Recht gebe. Karsten Hilse (AfD) hielt der Union vor, es kümmere sie offenbar nicht, „dass die Deutschen unter der finanziellen Last der Energiewende zusammenbrechen“. Sie spreche von Kosteneffizienz, führe dann in ihrem Antrag aber aus, „welche irren Kosten die Energiewende bisher verursacht hat und noch verursachen wird“. *mis* ■



© picture-alliance/dpa

Ohne Speicher keine Energiewende

KURZ NOTIERT

Bundesrat lehnt neues Düngegesetz ab

Das neue Düngegesetz ist am Freitagvorerst am Widerstand der Bundesländer gescheitert: Der Bundesrat lehnte die Gesetzesänderung ab. Die Bundesländer stören sich ebenso wie der Bauernverband vor allem an der sogenannten Stoffstrombilanz – die Gegenüberstellung von Zufuhr und Abfuhr von Nährstoffen auf landwirtschaftlich genutzte Flächen. Mehr Betriebe sollen demnach Aufzeichnungen darüber führen, wie viele Nährstoffe dem Boden durch die Bewirtschaftung entzogen werden und wie viele ihm durch Düngen zugeführt werden, um so das Verursacherprinzip bei der Nitratbelastung umzusetzen. Das wird als zusätzliche Bürokratie ohne erkennbaren Nutzen kritisiert. Der Bundestag hatte das Düngegesetz erst Anfang Juni verabschiedet. Hintergrund sind Auseinandersetzungen Deutschlands mit der Europäischen Union wegen hoher Nitratbelastungen im Grundwasser. Dafür waren Düngevorgaben verschärft worden.

nki ||

AfD scheitert mit Vorstoß zu Open Source KI-Lösungen

Keine Mehrheit hat am Donnerstag ein Antrag der AfD-Fraktion (20/10393) gefunden, in dem diese die Bundesregierung auffordert, zu prüfen, wo Open-Source-Produkte in der öffentlichen Verwaltung über den bestehenden Rahmen hinaus eingesetzt werden können. Das Gremium lehnte die Initiative mit den Stimmen aller Fraktionen und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der AfD ab. In dem Antrag hatte die Fraktion dafür plädiert, dass neben den Kosten, auch Abhängigkeiten von einzelnen Unternehmen reduziert werden müssen. Weiter wollten die Abgeordneten, dass die Bundesregierung über die punktuelle Förderung von Open Source KI-Lösungen hinaus eine Open Source-Strategie erarbeitet, deren „primäres Ziel die Schaffung und Bewahrung einer deutschen digitalen Souveränität“ sein solle.

lbr ||

Beirat bei Koordinierungsstelle für Digitale Dienste gewählt

Knapp einen Monat nach Inkrafttreten des Digitale-Dienste-Gesetzes (DDG) im Mai hat der Bundestag am Donnerstag Mitglieder des Beirats der deutschen Aufsichtsstelle über Onlineplattformen, des Digital Services Coordinator (DSC) bei der Bundesnetzagentur gewählt. Laut DDG soll der Beirat aus 16 Mitgliedern bestehen. Angenommen wurde ein gemeinsamer Vorschlag der Ampel, die als Vertreter der Wissenschaft Tobias Mast, Christina Elmer und Henrike Weiden, als Vertreter der Zivilgesellschaft Lina Ehrig, Svea Windwehr, Josephine Ballon, Matthias Spielkamp und Teresa Widlok sowie als Vertreter von Wirtschaftsverbänden Susanne Dehmel und Alexander Rabe vorgeschlagen hatten. Eine Mehrheit fand auch der Vorschlag der Unionsfraktion, die als Vertreter der Wissenschaft Ulrike Klinger, als Vertreter der Zivilgesellschaft Markus Hartmann und Siegfried Schneider sowie als Vertreter von Wirtschaftsverbänden Dirk Freytag nominiert hatten. Die AfD-Fraktion scheiterte mit ihrem Wahlvorschlag, in dem sie als Vertreter der Zivilgesellschaft Hadmut Danisch vorgeschlagen hatte.

lbr ||



Landwirtschaftliche Betriebe sollen von dem Maßnahmenpaket, das der Bundestag am letzten Sitzungstag vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet hat, profitieren.

© picture-alliance/dpa/Patrick Pleul

Agrarpaket verabschiedet

AGRAR Bundestag stimmte über mehrere Gesetze zur Entlastung der Landwirtschaft ab

Anfang des Jahres waren Bauern wochenlang auf die Strafe gegangen, um gegen die Landwirtschaftspolitik von Europäischer Union und Bundesregierung zu demonstrieren. Die Ampel-Frak-tionen hatten daraufhin versprochen, Verbesserungen für den Berufsstand auf den Weg zu bringen und präsentierten insge-samt sieben Vorschläge (20/10057). Als wichtigste Ziele waren dort Bürokratieabbau und die Verbesse-rung der Wettbewerbsfähig-keit landwirtschaftlicher Betriebe genannt. Bis zur Sommerpause sollten „ent-sprechende Maßnahmen“ beschlossen werden, hieß es damals. Ende Juni verkündeten die Fraktions-chefs der Ampel dann eine Einigung auf Teile der Vor-haben und stellten ein „Agrarpaket“ (20/11947, 20/11948, 20/10819) vor.

Kritik vom Bauernverband Die Ankündigung kam pünktlich zum Bauerntag und stieß dort auf heftige Kritik. Bauernpräsi-dent Joachim Rukwied sprach von einem „Päckchen“, die Bundesregierung sei „Licht-jahre entfernt von dem, was in der Land-wirtschaft notwendig ist“, es brauche Reformen, die den Landwirtschaftsstandort

Deutschland zukunftsfähig machen. Trotz aller Kritik passierten die Maßnahmen nun im Schnelldurchgang den Gesetzgebungs-prozess. Der Bundestag hat am Freitag das Agrarpaket der Bundesregierung mit der Mehrheit der Ampel-Frak-tionen verabschie-det. Das Paket beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen wie die Wiedereinführung der Gewinnglättung (20/11947), die Stärkung von Landwirten in der Wertschöpfungskette

(20/11948) sowie die Än-derungen bei der Konditiona-lität und den Öko-Regelun-gen (20/10819) im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpoli-tik (GAP) der Europäi-schen Union. Die Änderungen des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes sehen unter anderem zwei neue Öko-Regelungen vor. Demnach soll es neben ein Angebot für Milch-viehbetriebe mit Weidehal-tung eine weitere Öko-Re-

gelung für Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität geben. Die genaue Ausge-staltung der beiden Öko-Regelungen soll in einer Rechtsverordnung geregelt werden. Die Öko-Regelungen sollen, anders als ur-sprünglich vorgesehen, nicht aus Kürzun-gen der Flächenprämie, sondern aus freien Mitteln finanziert werden. Betriebe sollen die Hilfen dafür im nächsten Jahr für 2026 beantragen können. Ein weiterer Punkt be-trifft den Bürokratieabbau: Durch Erleich-

terungen im GAP-Konditionalitäten-Gesetz wird auf die Pflicht zur Stillelegung von vier Prozent der Ackerfläche ab 2025 verzichtet. Zudem werden die Zahlungen aus der Ge-meinsamen Agrarpolitik (GAP) der Euro-päischen Union zukünftig an die Einhal-tung bestimmter arbeitsschutzrechtlicher sowie arbeitsrechtlicher Vorschriften aus den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Sicherheit geknüpft. Ziel der sozialen Konditionalität sei, die Ein-haltung arbeitsrechtlicher Vorschriften unionsweit zu fördern und so zur Ent-wicklung einer sozialver-träglichen Landwirtschaft beizutragen. Das Ge-setz enthält auch Regelungen zur Datenübermittlung zwischen den jeweils zu-ständigen Stellen. Dazu sollen die Mitgliedstaaten die geltenden Kontroll- und Durchsetzungssysteme im Bereich des Sozial- und Arbeitsrechts nutzen.

Stellung verbessern Mit der Reform des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Ge-setzes (20/11948) soll die Stellung der Landwirte gegenüber dem Handel in der Wertschöpfungskette verbessert werden. So ist beispielsweise ein dauerhafter Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken, wie Zahlungsziele von über 30 Tagen für ver-derbliche und von über 60 Tagen für ande-

re Agrar-, Fischerei- und Lebensmittel, so-wie ein Verbot von Retouren dieser Waren vorgesehen. Eine weitere Maßnahme ist die Wiederein-führung der steuerlichen Gewinnglättung für die Einkünfte aus der Land- und Fort-wirtschaft (20/11947). Damit sollen Ge-winnschwankungen aufgrund von Wetter-bedingungen abgefedert werden. Die Ge-winnglättung (eigentlich Tarifiermäßigung) ist rückwirkend ab 2023 vorgesehen und soll für drei Jahre gelten. Landwirte könnten so rund 50 Millio-nen Euro Steuern sparen, schätzt die Bundesregie-rung. Renate Künast (Grüne) kri-tisierte in der Debatte die Position des Deutschen Bauernverbands. Anstatt zurückzublicken, sollten die Fragen einer zukunfts-fähigen Landwirtschaft und Ernährungssicherheit dis-

kutiert werden, das habe die Ampel getan. „Was wir heute abstimmen, ist ein guter Vorschlag und ein guter Start“, sagte sie. Dem schloss sich Susanne Mittag (SPD) an und sprach von „einem großartigen Paket“. Landwirte, Angestellte und Verbraucher würden von den Maßnahmen profitieren. Die Opposition übte heftige Kritik. Her-mann Färber (CDU) nannte das Paket „ei-ne Enttäuschung“. Der Vorsitzende des Aus-schusses für Ernährung und Landwirtschaft

verwies auf die Erwartungen, die nach den Protesten entstanden seien, und unter-strich, dass „das Vertrauen in die Politik“ bei den Landwirten mit diesem Vorhaben nicht gestärkt worden sei. Auch Stephan Protschka (AfD) kritisierte das Vorhaben: „Das sogenannte Agrarpaket ist eine Mo-gelpackung und nicht einmal ansatzweise geeignet, um Bauernfamilien spürbar zu entlasten“, sagte er. Die Ampel drücke sich leider davor, die eigentlichen Probleme, wie die zu hohen Energiekosten, die Dum-ping-Importe und die immensen bürokrati-schen Belastungen, anzugehen. Ina Laten-dorf (Linke) bemängelte, dass die Ampel sich erst in der vergangenen Woche auf die Reformen geeinigt habe, für eine gründli-che Auseinandersetzung damit sei leider keine Zeit gewesen. Gero Hocker (FDP) relativierte die Kritik und verwies auf Erfolge wie Tarifglättung, Wegfall der Flächenstilllegung und Stär-kung der Erzeuger in der Wertschöpfungs-kette. Die Liberalen seien „die treibende Kraft bei den Reformen gewesen“. Zudem stimmten die Abgeordneten über zwei Agrar-Anträge der Opposition ab. Die Union hatte einen eigenen Antrag (20/11951) vorgelegt und vor allem finan-zielle und steuerliche Entlastungen für landwirtschaftliche Betriebe gefordert. Die Vorschläge (20/11958) der AfD-Fraktion sahen die Rücknahme der Abschaffung der Agrardieselerückstattung vor. Beide Anträge wurden mehrheitlich abge-lehnt.

Nina Jeglinski ||

Anzeige

Mehr Geschwindigkeit

INTERNET Verbesserung der Mindestversorgung kommt

Das sogenannte Recht auf schnelles Internet wird aller Voraussicht nach verschärft. Der Digitalausschuss des Bundestages hat am Mittwoch für einen Prüfbericht der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur Evaluati-on der TK-Mindestversorgungsverordnung (TKMV) und einen Entschließungsantrag der Ampelfrak-tionen gestimmt, wonach künftig alle Haushalte in Deutschland mit mindestens 15 Megabit pro Sekunde im Download im Internet surfen können sol-len. Das sind fünf Megabit mehr als bisher. Der Upload soll von 1,7 auf fünf Megabit steigen und sich damit verdreifachen. Die Latenz soll bei 150 Millisekunden bleiben. Bislang galten nach einer Schätzung der BNetzA bundesweit 400.000 Haushalte mit der alten Minimalvorgabe als unterver-sorgt, mit der Erhöhung steigt die Anzahl der Adressen weiter. Die Fälle einer festge-stellten Unterversorgung aus den etwa 5.500 Eingaben zwischen Juni 2022 und Februar 2024 halten sich bislang allerdings in Grenzen.

Für den Bericht und den Antrag stimmte neben der Koalition die AfD-Fraktion. Da-gegen stimmte die Union bei Enthaltung der Gruppe Die Linke. In dem Antrag for-dern die Ampelfrak-tionen, die Inanspruch-nahme des Rechtsanspruchs auf schnelles Internet zu vereinfachen. Unter anderem

soll die Bundesregierung prüfen, ob eine Feststellung von Unterversorgung inner-halb von sechs Monaten erfolgen könne. Weiter sollen Softwareprodukte zur Mes-sung der Bandbreite so überarbeitet wer-den, dass die Durchführung der Messun-gen einfacher und weniger zeitaufwendig werde. In der Diskussion verwiesen Redner der Koalition darauf, dass die Verbraucher um-fassend über das Recht auf schnelles Inter-net und die Möglichkeiten, das Recht gel-tend zu machen, informiert werden müs-sen. Dazu gehöre auch, dass das Kontakt-formular auf der Webseite der BNetzA nut-zerorientierter gestaltet werden müsse. Auf eine Frage aus der SPD-Fraktion nach dem weiteren Zeitplan sagte Bundesnetzagen-tur-Präsident Klaus Müller, man wolle das Verfahren noch in diesem Jahr abschlie-ßen. Unter anderem muss dafür eine Ver-ordnung geändert werden, für die grünes Licht vom Bundesrat und vom Digitalaus-schuss nötig ist.

Kritik kam aus den Reihen der Gruppe Die Linke, die die Anpassung „nicht zeitge-mäß“ für eine ausreichende Teilhabe an der digitalen Gesellschaft nannte. Es sei zu-dem unklar, wann eine Kampagne zum Rechtsanspruch komme und ob es dafür Ressourcen gebe.

Lisa Bräübler ||

»Ungeliebtes Stiefkind«

VERBRAUCHERSCHUTZ Union fordert größeren Einsatz

Öko-Design-Richtlinie, Recht auf Repara-tur, Datenschutz in der Werbung, Verbot von Mogelpackungen – bei all diesen Vor-haben sei die Ampel vorangekommen, lis-tete Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke (Grüne) anlässlich des Verbraucher-schutztages Ende November auf. Für die Union jedoch nicht genug: Ihr An-trag (20/11965), den der Bundestag am Donnerstag erstmalig beriet und in die



© picture alliance / S. Hoppe

Eine der Unionsforderungen: EU-einheitli-che Handgepäckregeln im Flugverkehr

Ausschüsse überwies, enthält einen fast 25 Punkte langen Forderungskatalog, da-runter die Beibehaltung der Bahn-card im Kartenformat, Transparenz beim Schufa-Score oder Wahlfreiheit im Zahlungsver-kehr. Es gebe viel zu tun, drängte Astrid Mannes (CDU). Der Verbraucherschutz dürfe nicht wie ein „ungeliebtes Stiefkind“ behandelt werden. Koalitionsabgeordnete wiesen die Kritik zurück: Wichtige Gesetze habe die Ampel auf den Weg gebracht, so etwa den Digital Services Act. Aber es gebe weitere Heraus-forderungen, vor allem beim digitalen Ver-braucherschutz, räumte Armand Zorn (SPD) ein. Auch Linda Heitmann (Grüne) gestand der Union zu, einen Punkt zu ha-ben mit ihrem Petition für analoge Dienst-leistungen. Allerdings habe sie in ihrer Re-gierungszeit wenig dafür getan: Die Zahl der Postfilialen sei zwischen 2005 und 2019 von 5.671 auf 917 geschrumpft. Muhanad Al-Halak (FDP) warf der Union Widersprüchlichkeiten vor. Etliche ihrer Forderungen liefen auf das hinaus, was sie eigentlich nicht wollen könne – mehr Bü-rokratie und finanzielle Belastungen für Unternehmen. Union und Ampel gleicher-maßen griff Jürgen Braun (AfD) an: Beide vernachlässigten den „Schutz vor einem übergriffigen Staat“.

sas ||



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2025

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2025 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentari-scher Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 8. Juli 2024
Teilnahmebedingungen unter
<http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



E-Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630



Räumung einer Villa in Berlin-Neukölln: Ein „follow-the-money“-Ansatz soll künftig auch zu mehr Ermittlungserfolgen im Kampf gegen Clankriminalität führen. © picture-alliance/dpa/Jens Kalaene

Es gibt Ranglisten, die will man nicht anführen. Dazu gehört das globale Ranking des Basel AML Index. Länder, die hier ganz oben stehen, gelten als besonders anfällig für Finanzkriminalität und weisen ein hohes Risiko für Geldwäsche und Terrorfinanzierung auf. Trauriger Spitzenreiter des jüngsten 2023er Rankings ist Haiti. Die gute Nachricht: Deutschland ist von Zuständen wie in dem Karibik-Land weit entfernt und steht auf Rang 120 der 152 gelisteten Staaten. Die schlechte Nachricht: In der Europäischen Union weist Deutschland ein vergleichsweise hohes Risiko auf, dass es hierzulande zu Geldwäsche oder Terrorfinanzierung kommt. Nur Ungarn, Rumänien, Zypern, Kroatien, Italien und Polen liegen in dem Ranking vor der Bundesrepublik. Die Slowakei, die Niederlande und Belgien folgen Deutschland. Das geringste Risiko weisen Estland, Finnland und Island auf.

Stockendes Gesetz Das heißt: Deutschland hat ein Problem mit Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Die Ampel-Koalition will das Thema angehen. Doch wegen Streits innerhalb der Koalition kommt ein im Ausschuss bereits beschlossener Gesetzentwurf für einen neuen Ansatz im Kampf gegen Geldwäsche nicht voran. Die Opposition hält den Kurs der Regierung ohnehin für falsch.

Bereits im Finanzausschuss beschlossen ist seit Ende Juni das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz (20/9648). Zentrales Element: Zum 1. Juni 2025 soll an den Standorten Köln und Dresden ein neues Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF) entstehen. Die Ermittlungen sol-

len bereits bei verdächtigen Finanzströmen ansetzen. Das Konzept wird „follow the money“ genannt. Wer dem Geld folgt, trifft irgendwann auf die professionellen Hintermänner und Netzwerke, die Straftaten begehen und organisieren, so die Idee. Doch der Gesetzentwurf hat vor der Sommerpause nicht mehr den Weg ins Plenum des Bundestags gefunden.

„Rückschlag“ Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (BMF) Florian Toncar (FDP) warnte folglich laut der Nachrichtenagentur dpa vor einem „Rückschlag für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität der Mafia, der verschiedenen Oligarchen oder Clans, die ihre kriminellen Erträge auch aus Deutschland heraus verschieben“. Laut Nachrichtenagentur Reuters wirft die FDP den Grünen vor, das Gesetz zu verzögern, um eine bessere Verhandlungsposition im Ringen um die Kindergrundsicherung zu erhalten, die bei der FDP mit Blick auf hohe Kosten für den Bundeshaushalt sowie bürokratischen Aufwand auf Skepsis stößt. Das weisen die Grünen zurück.

Vielmehr sei ein weiteres Gesetz nötig, machte deren Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann deutlich, das die Verschleierung von Vermögen adressiere. Hierfür findet sich auf der BMF-Internetseite bereits ein Referentenentwurf. Nur mit diesem weiteren Gesetz zusammen ergebe das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz Sinn. „Dann haben wir die Behörde und dann haben wir die Befugnisse zur Bekämpfung von Vermögensverschleierung“, erklärte Haßelmann laut tagesschau.de. Ganz andere Vorstellungen hat die Unionsfraktion. Dazu hat sie einen Antrag (20/

11966) eingebracht, der am Freitag nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe als Debattepunkt auf der Tagesordnung des Plenums und zur Überweisung in die Ausschüsse stand. Darin fordert sie, die bisher über Polizei- und Zollbehörden verstreuten polizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste im Bereich der Finanzkriminalität, des Schmuggels und der Sanktionsdurchsetzung zu einer geschlossenen und schlagkräftigen Zollpolizei im Geschäftsbereich des BMF zu bündeln.

Union für Zollpolizei Diese Zollpolizei solle „zum Aufspüren von verdächtigen Vermögensgegenständen und Vermögensgegenständen ungeklärter Herkunft“ ermächtigt werden. Auch die Kompetenz für administrative Vermögensermittlungsver-

fahren in solchen Fällen solle die Zollpolizei erhalten, selbst wenn die Schwelle eines strafrechtlichen Anfangsverdachts noch nicht erreicht sei.

Sachverständige uneins Ermittelt werden soll, wenn der fragliche Vermögenswert mehr als 50.000 Euro umfasst. Bei verdächtigen Edelmetallen, Edelsteinen, Kryptowerten, Schmuck, Uhren, Bargeld, Kunstgegenständen oder Antiquitäten soll die Schwelle 10.000 Euro betragen. Bereits im Januar hatte der Finanzausschuss eine öffentliche Anhörung zu den Konzepten der Ampel-Koalition und der Unionsfraktion durchgeführt. Darin zeigten die Sachverständigen sehr unterschiedliche Ansichten.

Klar ablehnend zu den Plänen der Bundesregierung äußerte sich Frank Buckenhofer, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). „In der Sache gibt es keine Notwendigkeit, eine neue Behörde zu schaffen“, sagte Buckenhofer, der auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion geladen war. mit Blick auf die geplante neue Bundesbehörde, das BBF.

Anders sah es Alexander Fuchs von der Staatsanwaltschaft Köln, der auf Vorschlag der Grünen geladen war. Der Gesetzentwurf setze um, was international von der Organisation zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung, der Financial Action Task Force (FATF), gefordert werde. „Deutschland erledigt damit seine Hausaufgaben.“ Der Ermittlungsfokus Geldwäsche helfe im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, insbesondere wenn in Bezug auf Geldwäsche auch ohne den Anlass von anderen Vorfällen ermittelt werden könne.

Stephan Balling ■

> STICHWORT

Kampf gegen Geldwäsche

> FIU Als Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und Teil des Zolls analysiert die Financial Intelligence Unit (FIU) derzeit Verdachtsmeldungen nach dem Geldwäschegesetz.

> BBF Künftig soll die FIU nach den Plänen der Koalition in das neue Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität integriert werden.

> EZG Im BBF soll es ein Ermittlungszentrum Geldwäsche (EZG) geben. Das EZG soll als Einheit für strafrechtliche Ermittlungen in bedeutsamen Fällen dienen.

Verzweifelter Hilferuf aus dem Ahrtal: »Sie dürfen uns nicht vergessen«

WIEDERAUFBAU Die Bürokratie bremst das Tempo bei der Schadensbeseitigung im Hochwassergebiet. Qualitätssprung bei der Infrastruktur geplant

Die Bewohner im Ahrtal pflegen von einer „neuen Zeitrechnung“ zu sprechen, die seit 2021 gilt: Die Zeit nach der Flut. Das Hochwasser war das größte Schadensereignis in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. 135 Menschen verloren ihr Leben, die gigantischen Wassermassen verwüsteten innerhalb weniger Stunden das Ahrtal. Dabei wurden rund 200 Hektar Fläche überflutet, etwa 500 Gebäude von den Wassermassen mitgerissen und circa 3.000 Gebäude beschädigt. 60 Brücken wurden zerstört, über 150 Kilometer Verkehrswege beschädigt und die Bahnlinie ruiniert.

Bilanz gezogen Drei Jahre danach befassten sich im Bundestag der Ausschuss für Tourismus und der Bauausschuss mit dem Stand des Aufbaus im Ahrtal. Nach Ansicht mehrerer Experten könnten die Maßnahmen schneller erfolgen. So erklärte Christi-

an Lindner von dem bei der Flut fast völlig zerstörten Privat-Hotel Villa Aurora im Tourismusausschuss, zwar sei der für das Ahrtal geschaffene Wiederaufbaufonds eine „großartige Geschichte“. Beim Aufbau sei allerdings die Bürokratie die allergrößte Hürde.

Vertreter der Landesregierung von Rheinland-Pfalz zogen im Bundestags-Bauausschuss eine positive Bilanz des Wiederaufbaus. 99,5 Prozent der vollständig vorgelegten Anträge zum Wiederaufbau kommunaler Infrastruktur seien inzwischen bewilligt, hieß es von Anne Vogelsberger (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz). Bis zum 24. Juni 2024 seien von 1.304 vollständig vorgelegten Anträgen im Bereich des Wiederaufbaus der kommunalen Infrastruktur 1.297 Maßnahmen mit einem Volumen von rund 860 Millionen Euro bewilligt worden.

Felix Edlich (Finanzministerium Rheinland-Pfalz) berichtete, dass bis zum 24. Juni 2024 3.735 Anträge wegen Schäden an privaten Wohngebäuden vollständig vorgelegt worden seien. Davon seien 3.566 Anträge (95,5 Prozent) mit einem Volumen von 580,2 Millionen Euro bewilligt worden.

Mit dem Wiederaufbau erfahre die öffentliche Infrastruktur einen „Qualitätssprung“, machte Vogelsberger klar. Gebäude wie Kindergärten würden nach heutigen und nach früheren Standards aufgebaut, Brücken würden in einer an das Hochwasser- und Überschwemmungsrisiko angepassten Weise gebaut.

Markus Becker (Büro für Ingenieur- und Tiefbau) nannte die Parallelität von Planung und Umsetzung, die Betreuung von Provisorien sowie die Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur eine „teure

und störanfällige Mammutaufgabe“. Er sprach sich für ein Beschleunigungsgesetz für den technischen Hochwasserschutz aus. Becker kritisierte die zu geringen personellen Ressourcen in den Verwaltungen.

Auch Martin Schell (Zukunft Mittelahr) sagte, während sich der private Aufbau in einem positiv-sichtbaren Zustand bewege, werde der kommunale Wiederaufbau gebremst. Die Tallage stelle die Kommunen vor große Herausforderungen. Daher müsse die Bauleitplanung vereinfacht werden. Die derzeitige Situation führe dazu, dass der Bau einer neuen Sportanlage außerhalb des Überschwemmungsgebietes erst 2026 beginnen könne. Dies stoße in der Bevölkerung und bei Sportvereinen auf sehr großes Unverständnis. Fast verzweifelt klang der Appell von Hotelier Lindner: „Sie dürfen uns nicht vergessen“, forderte der Unternehmer die Politik auf.

hle ■

Der Atom-Ausstieg wird wieder aufgearbeitet

AUFKLÄRUNG Energiepolitik nach Ukraine-Krieg auf Prüfstand

Auf einmal ging es ganz schnell: Wenige Stunden nach dem Einsetzungsbeschluss des Bundestages (20/12142) am Donnerstag konstituierte sich der 2. Untersuchungsausschuss in dieser Wahlperiode. Das von der Union beantragte Gremium soll die Umstände des deutschen Atomausstiegs untersuchen. In Anwesenheit von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) wählte der Ausschuss den CDU-Abgeordneten Stefan Heck zum Vorsitzenden. Der 41 Jahre alte Jurist aus Hessen gehört dem Bundestag in der zweiten Legislaturperiode an. Heck erklärte, es liege in der Natur der Sache, dass Regierung und Opposition unterschiedliche Erwartungen hätten. Er erwarte eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Gesamtbild Laut Einsetzungsbeschluss soll sich der Ausschuss ein Gesamtbild von den Entscheidungsprozessen in der Bundesregierung zur Anpassung der Energieversorgung Deutschlands vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und der gesetzlich festgelegten Abschaltung der letzten drei deutschen Atomkraftwerke zum 31. Dezember 2022 verschaffen. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte Mitte Oktober 2022 per Richtlinienkompetenz den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum 15. April 2023 durchgesetzt. Gegenstand der Untersuchung sind auch Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), der am 27. Februar 2022 eine ergebnisoffene Prüfung zu einem möglichen Weiterbetrieb der Kernkraft in Deutschland zugesagt und am 1. März 2022 eine Prüfung angekündigt habe, bei der es „keine Tabus“ geben werde. Eine besondere Rolle dürfte dabei einigen Vermerken aus dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium zukommen. Verwiesen wird von der Uni-

on auf einen Vermerk aus dem Umweltministerium vom 1. März 2022, in dem aufgezeigt werde, unter welchen Voraussetzungen ein Weiterbetrieb möglich und mit der nuklearen Sicherheit verträglich wäre.

Am 3. März 2022 sei ein Abteilungsleiter im Umweltministerium jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Verlängerung der Laufzeit der drei Kernkraftwerke über den 31. Dezember 2022 hinaus sicherheitstechnisch nicht vertretbar wäre. Mit Datum vom 7. März 2022 hätten Wirtschafts- und Umweltministerium in einen gemeinsamen „Prüfvermerk“ aus Gründen der nuklearen Sicherheit abgelehnt.

Dem Zweiten Untersuchungsausschuss gehören elf Mitglieder an. SPD: Jakob Blankenburg (Obmann), Zanda Martens, Robin Mesarosch; CDU/CSU: Stefan Heck, Anne König, Andreas Lenz (Obmann); Grüne: Lukas Benner, Konstantin von Notz (Obmann); FDP: Frank Schäffler (Obmann), AfD: Andreas Bleck (Obmann).

hle ■



Stefan Heck (CDU) leitet den Ausschuss.

Mehr Geld für die Länder

HAUSHALT Diverse Bund-Länder-Vereinbarungen umgesetzt

Mit einer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes hat der Bundestag den Weg für die finanzielle Umsetzung diverser Absprachen zwischen Bund und Ländern bereitet. Konkret geht es um die Umsatzsteuerumverteilung. Für den im Haushaltsausschuss noch geänderten Entwurf stimmten am Donnerstag die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung von Union, Linke und BSW und Gegenstimmen der AfD.

Umgesetzt wird erstmals die „Abschlagszahlung“ für flüchtlingsbezogene Kosten, auf die sich der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten im November 2023 verständigt hatten. Sie beträgt nach dem Entwurf 500 Millionen Euro im Jahr 2024.

Zweitens wird die finanzielle Entlastung der Länder im Zusammenhang mit der Erstellung

von Wärmeplänen festgeschrieben. Dazu verzichtet der Bund ab diesem Jahr bis einschließlich 2028 zugunsten der Bundesländer auf jeweils 100 Millionen Euro aus dem Umsatzsteueraufkommen.

Drittens sieht der Entwurf die Umsetzung der Finanzierungsvereinbarung für eine Säule des „Startchancen“-Programms vor. Hierfür erhalten die Länder im Jahr 2024 insgesamt 300 Millionen Euro und in den Jahren 2025 bis 2029 jeweils 600 Millionen Euro zusätzlich aus der Umsatzsteuer zu Lasten des Bundes.

Viertens sollen die Vereinbarungen aus dem „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ umgesetzt werden. Dafür erhalten die Länder im laufenden Jahr zusätzlich 600 Millionen Euro aus der Umsatzsteuer zu Lasten des Bundes.

scr ■

Skepsis zu digitalem Euro

WÄHRUNG Union und AfD scheitern mit Anträgen

Das Vorhaben einer digitalen Variante des Euro stößt in Deutschland auf Skepsis. In einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Bundesbank gibt gerade einmal die Hälfte der Befragten an, sich vorstellen zu können, mit einem digitalen Euro zu bezahlen.

Auch in der Politik kann von Begeisterung keine Rede sein. Frank Schäffler (FDP) sagte dazu im Bundestag: „Die Europäische Zentralbank hat bis heute noch nicht wirklich klargemacht, was eigentlich der Nutzen für den Verbraucher sein soll.“

Matthias Hauer (CDU) forderte angesichts der Umfrage die Bundesbank auf, „dringend die rosarote Brille bei diesem Thema abzusetzen“. Mit ihrem Antrag (20/9133) will die CDU/CSU-Fraktion, dass der digitale Euro nur eingeführt wird, wenn der

Bundestag dem zustimmt. Die AfD-Fraktion will mit ihrem Antrag sogar eine Volksabstimmung erreichen (20/9144).

Lennard Oehl (SPD) erklärte zu den Anträgen: „Wenn man sich die Anträge anschaut, dann dürfte die Debatte nicht der digitale Euro sein, sondern das große Lügen.“

Jörn König (AfD) dagegen warf der Regierung vor: „Die Ampel-Koalition will den digitalen Euro ohne parlamentarische Kontrolle einführen.“

Sabine Grützmacher (Bündnis 90/Die Grünen) gab ihre Rede zu Protokoll.

Am Ende wurden beide Anträge abgelehnt. Die Gruppe BSW enthielt sich bei dem AfD-Antrag und stimmte für den Unionsantrag. Der AfD-Antrag erhielt sonst keine weitere Zustimmung.

Stephan Balling ■



Noch fährt kein Zug: Aufbau der 2021 zerstörten Bahnlinie im Ahrtal © picture-alliance/dpa

KURZ REZENSIENT

Christian Bommarius:

Todeswalzer.
Der Sommer 1944.

dtv,
München 2024;
320 S., 22,90 €

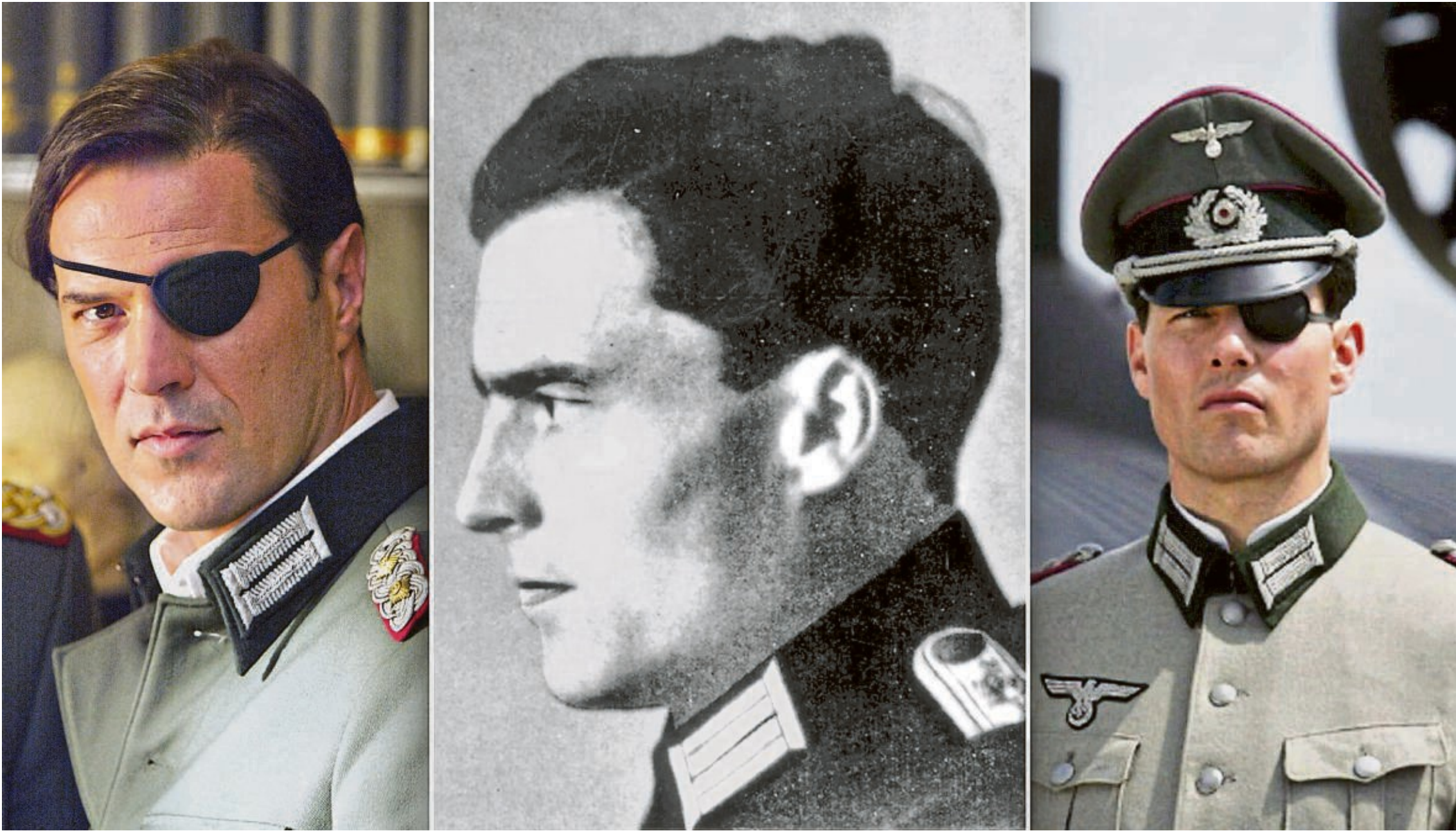
In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 1944 feiert das Schriftsteller-Paar Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre ausgelassen mit ihrem Freund Albert Camus und dessen Geliebter, der spanischen Schauspielerin Maria Cesares, in Paris. Dass sich jenseits des Englischen Kanals zeitgleich hunderttausende alliierte Soldaten zum Sturm auf das von den Deutschen besetzte Frankreich aufmachen, ahnen sie nicht. Sie werden es am nächsten Morgen aus dem Radio erfahren. Während die Alliierten in der Normandie landen, wird zeitgleich die 22-jährige Jüdin Margot Friedländer in das Konzentrationslager Theresienstadt in der besetzten Tschechoslowakei deportiert, desertiert der Wehrmachtssoldat Alfred Andersch nördlich von Rom und läuft zu den US-Truppen über, begießt weiter südlich in Bari der jüdisch-britische Soldat Martin Hauser – 1933 war er als 18-Jähriger von Berlin nach Palästina emigriert – den D-Day: „Die erste Whiskyflasche ist schon fast leer“, bemerkt er in seinem Tagebuch. Der Sommer 1944 besiegelt die Niederlage Nazi-Deutschlands endgültig. Wenige Wochen nach der Landung in der Normandie zerschlägt die Rote Armee an der Ostfront die Heeresgruppe Mitte. Und doch zieht sich der Krieg weitere zehn Monate dahin. Und in dieser Zeit werden mehr Menschen sterben als in den fünf Jahren Krieg zuvor. Den schicksalsträchtigen Kriegssommer 1944 hat der Journalist und Buchautor Christian Bommarius mit „Todeswalzer“ in eine erschütternde und zugleich fesselnde Erzählung gepackt. Seine dichte Erzählweise und die Verknüpfung der Kriegsgeschehnisse mit dutzenden von individuellen Schicksalen entfacht angesichts der Tatsache, dass die Lektüre vom Überlebenskampf von Millionen Menschen zeugt, eine schon perverse Leseleistung von der ersten bis zur letzten Seite. So, als würde man das traurige und zeitgleich befreiende Ende der Geschichte gar nicht kennen. *Alexander Weinlein* ■

Tim Prose:

Wir Kinder des 20. Juli.
Gegen das Vergessen:
Die Töchter und Söhne
des Widerstandes
gegen Hitler erzählen
ihre Geschichte.

Heyne,
München 2024;
368 S., 22,00 €

„Kinder haften für ihre Eltern“ – auch so könnte der Titel des aktuellen Buchs von Tim Prose lauten. Denn die Nationalsozialisten nahmen die Töchter und Söhne deutscher Widerstandskämpfer in Mithaftung, im NS-Sprech „Sippenhaft“ genannt. Diese Erfahrungen und Erlebnisse sollten ihren Lebensweg prägen. Noch heute treffen sich die Nachgeborenen regelmäßig, um sich gegen Diktatur und für Demokratie in Deutschland und Europa einzusetzen. Die Namen von Widerstandskämpfern wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg oder Dietrich Bonhoeffer sind vielen ein Begriff. Sie gehörten zum militärischen und zivilen Widerstand, der mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 seinen Höhepunkt fand. Mehr als 200 von ihnen opferten ihr Leben, um die NS-Diktatur und den von ihr begonnenen verbrecherischen Angriffskrieg zu beenden. Doch was wurde aus ihren Nachkommen? Wie haben sie ihre Kindheit als geächtete Abkömmlinge von „Verrätern“ erlebt und verarbeitet? Wer sich für ihre Schicksale, Lebensläufe und Ansichten interessiert, dem sei Präses Buch empfohlen, der viele der inzwischen betagten „Kinder des 20. Juli“ interviewt hat. Der Journalist recherchiert seit langem zu diesem Thema, bereits im Jahr 2016 erschien sein Buch die „Jahrhundertzeugen“. Präse betont, er habe die „Kinder des 20. Juli“ als Journalist porträtiert, nicht als Wissenschaftler. Daher sei das Buch eher aus „subjektiver“ Perspektive geschrieben. Der Widerstand gegen das NS-Regime ist längst auch sein Lebens-thema, an Schulen hält er regelmäßige Vorträge dazu. Unser Leben sei zu materiell, meint Helmut von Hagen, Tochter des am 8. August 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers Albrecht von Hagen, und warnt vor einer Wiederholung der Geschichte. Im Ukraine-Krieg verteidigten die Menschen ihre Freiheit und damit auch unsere Freiheit. Das hätten viele noch nicht verstanden. *manu* ■



Der Schauspieler Sebastian Koch (links) spielte Claus Schenk Graf von Stauffenberg (Mitte) ebenso wie Hollywood-Star Tom Cruise (rechts).

© picture-alliance/dpa/Gero Breloer/AP/EPA/United Artists Entertainment

»Ein Stachel im Fleisch«

20. JULI 1944 Ruth Hoffmanns empfehlenswertes Buch über die Rezeption des Attentats auf Hitler

Bernhard Wicki und Wolfgang Preuss spielten ihn, ebenso Brad Davis und Harald Schrott sowie Sebastian Koch und Peter Becker. Und ja, selbst Hollywood-Star Tom Cruise inszenierte sich 2008 in „Valkyrie“ als Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Seit 1955 ist das misslungene Attentat vom 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler ein gutes Dutzend Mal in Spiel- und Fernsehfilmen verarbeitet worden. Und jedes Mal bekam das Kino- und Fernsehpublikum den Wehrmachtsobster, der Hitler nicht nur töteten, sondern die gesamte NS-Diktatur beseitigen wollte, als einen deutschen Helden – wenn auch in unterschiedlichen Schattierungen und Abstufungen – präsentiert. Was könnte ein Mann, der es mit dem tödlichen NS-Machtapparat aufnahm, dabei bereitwillig sein Leben einsetzte und es schließlich verlor, auch sonst sein? Doch diese Frage ist in den vergangenen acht Jahrzehnten auf ganz unterschiedliche Art und Weise beantwortet worden. Für die Nationalsozialisten war die Sache klar: Stauffenberg gehörte zu jener „ganz kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich unvernünftiger, verbrecherisch-dummer Offiziere“, wie es Hitler selbst in seiner Rundfunkansprache einen Tag nach

dem Attentat ausdrückte, die ihren Oberbefehlshaber, dem sie wie alle Soldaten der Wehrmacht einen Eid geschworen hatten, umbringen wollten. Sie waren „Landesverräter“, die nichts als den Tod verdient hatten. Gut 200 Mitglieder des Widerstandes und Verdächtige wurden hingerichtet. Wer jedoch glaubte, dieses Urteil würde sich nach Kriegsende schnell grundlegend ändern, der sollte bitter enttäuscht werden. Es sollten viele Jahre vergehen, bis den Männern und Frauen im Umfeld des 20. Juli ein ehrendes Gedenken bereitet wurde. Einheitlich fällt das Urteil der Nachwelt bis heute nicht aus. Und ihr Andenken wird auch immer wieder für politische Zwecke instrumentalisiert und verzerrt. Diese Geschichte der Verunglimpfung, Verehrung, Verachtung und Überhöhung erzählt die Journalistin Ruth Hoffmann in ihrem empfehlenswerten Buch „Das deutsche Alibi“, für das sie zu Recht für den Deutschen Sachbuchpreis 2024 nominiert wurde. Der 20. Juli 1944 sei „immer ein schwieriges Datum“ gewesen „und ein Stachel im

Fleisch deutscher Selbstgewissheit – weil er das Märchen vom verführten Volk entlarve, das von nicht gewusst habe, und weil es zeigte, dass es möglich gewesen wäre, sich anders zu verhalten“, schreibt Hoffmann.

Nach einer Umfrage des Allensbach Instituts für Demoskopie im Sommer 1951 verurteilten 30 Prozent der Westdeutschen das Attentat auf Hitler, weitere 30 Prozent hatten dazu keine Meinung und oder wussten nach eigener Aussage darüber nichts. Demgegenüber äußerten sich nur 40 Prozent der Befragten positiv über den 20. Juli. Vor allem unter ehemaligen Berufssoldaten war die Ablehnung besonders groß. So wundert es dann auch kaum, dass der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Hedler von der Deutschen Partei, der den Holocaust öffentlich ins Lächerliche gezogen und den Widerstandskämpfern die „Schuld an unserem Elend“ gegeben hatte, vom Landgericht Kiel im Januar 1950 vom Vorwurf der Verunglimpfung „der jüdischen Rasse“ und der Widerstandskämpfer freigesprochen

wurde. Zwei der drei Richter waren ehemalige NSDAP-Mitglieder. Während die Witwen und Angehörigen von Widerstandskämpfern in diesen Jahren mit ihren Anträgen auf Entschädigungszahlungen oder Pensionsansprüche reihenweise an der Bürokratie scheiterten, weil ihre Männer ja an einem Putschversuch teilgenommen hätten und nicht an der Front gefallen seien, versorgte die junge Bundesrepublik ehemalige Soldaten, Juristen und Beamte, die dem nationalsozialistischen Regime bis zuletzt die Treue gehalten hatten, sowie deren Angehörige bestens.

Krude Vereinnahmung Einen ersten grundlegenden Wandel im Blick auf den Widerstand brachte schließlich die deutsche Wiederbewaffnung. Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) bezeichnete die „Männer des 20. Juli“ 1954 als den „christlichen Adel deutscher Nation“. Dies ging einher mit einer deutlichen Überbetonung der Bedeutung der national-konservativ gesinnten Militärs in den Reihen der Widerstandskämpfer und mit einer Verunglimpfung oder Missachtung des sozialdemokratischen und kommunistischer Widerstandes in der NS-Diktatur. „Das Bild des gut aussehenden Oberst Stauffenberg wurde zur Ikone, der 20. Juli 1944 zur Chiffre für

den Widerstand schlechthin“, analysiert Hoffmann. Mitunter nahm die Heroisierung der uniformierten Widerstandskämpfer geradezu absurde Züge an. So versuchte die „Zeit“-Journalistin Marion Gräfin Dönhoff sie zum Inbegriff preußischer und adeliger Tugendhaftigkeit zu erklären. Dass aber viele Vertreter der Militärs im Widerstand es 1933 noch ausdrücklich begrüßt hatten, dass Hitler an die Macht kam, störte Dönhoff dabei ebenso wenig wie der Umstand, dass Stauffenberg und andere Offiziere gar keine Preußen waren. Auch aktuell sind solche kruden und auch gefährlichen Vereinnahmungen zu beobachten, wenn sich Querdenker, Coronaleugner und Rechtspopulisten auf den 20. Juli 1944 berufen. *Alexander Weinlein* ■

Ruth Hoffmann:

Das deutsche Alibi.
„Mythos Stauffenberg-Attentat“ – wie
der 20. Juli 1944
verklärt wird.

Goldmann,
München 2024;
285 S. 24,50 €

Der Mann, der die Nazis stoppte

BIOGRAFIE Franziska Augstein porträtiert die Jahrhundertgestalt Winston Churchill

„Ohne ihn wäre Großbritannien vielleicht an die Nazis gefallen“, schreibt die Historikerin und Publizistin Franziska Augstein, „ohne ihn wäre der Zweite Weltkrieg anders verlaufen.“ Unter seiner Führung habe Großbritannien „beharrlicher, unbeugsamer Widerstand das Ende des Nationalsozialismus vorbereitet“. Die Rede ist von Winston Churchill, einer der schillerndsten, widersprüchlichsten und allemal interessantesten Gestalten des 20. Jahrhunderts. Der marxistische Historiker Eric Hobsbawm soll gesagt haben, alles, was Churchill in seiner politischen Karriere angestellt habe, sei schlecht gewesen – nur eines habe er ordentlich gemacht: Er habe die Nation gut durch den Zweiten Weltkrieg geführt. Das mag Augstein so nicht stehen lassen und hat es sich deshalb zur Aufgabe als Biografin gemacht, nach Churchills Stärken Ausschau zu halten. Das mildert ihren Blick auf seine Schwächen nicht, mit deren Beschreibung sie ihre 536-Seiten-Annäherung an dieses menschliche Phänomen sondergleichen beginnt. Demnach war Churchill hochmütig, aufbrausend, bei den Parlamentskollegen unbeliebt, und doch kam an seiner überragenden rhetorischen Begabung keiner vorbei. Er war großartig darin, seine Meinung zu ändern,

sprunghaft, ungeduldig, ein opportunistischer, an seinem persönlichen Vorteil interessierter Karrierist, der die Partei wechselte wie andere ihr Hemd, der fast alle Regierungssämter inne hatte, die sein Land zu vergeben hatte. Ein Mensch, der immer über seine Verhältnisse lebte, schon als Kind vom Krieg fasziniert war, zu den produktivsten und bestbezahlten Journalisten gehörte und als Schriftsteller reüssierte, gar den Literaturnobelpreis erhielt. Hobbymaler war er auch. Originell, unterhaltsam, nie langweilig.

Arbeitstier und Genießer War er ein Rassist, Kolonialist, Imperialist? Auch, sagt Augstein, fügt aber hinzu: „Das war er als Kind seiner Zeit.“ Sie beschreibt ihn als ein

Arbeitstier und einen Genießer. Ein Frauentier aber sei er nicht gewesen. Ein exzellenter Strategie, für den er sich hielt, nach Augsteins Urteil auch nicht. Und ausgerechnet dieser rabauzige politische Hallodri war es, stellt Augstein staunend fest, der als Premier im Zweiten Weltkrieg Tugenden personifizierte, die ein Durchhalten seines Landes möglich machten: Beständigkeit, Unbeirrbarkeit, Zielstrebigkeit, Entschlossenheit, „mit einem Wort: Verlässlichkeit“. So wurde er zur Personifikation des britischen Widerstands, und er ließ keinen Zweifel daran, dass dieser Widerstand gegen die Nazis erfolgreich sein werde. „Er proklamierte ein einziges Ziel: Sieg.“ Woher stammte die Kraft, mit der er die Nation trotz schneidender Kritik durch den Krieg führte, fragt Augstein gegen Ende des Buches: Konnte er nur deshalb „groß“ sein, weil er es so oft eben nicht war? War seine Kraft vielleicht untrennbar von seinen Schwächen, ja waren seine Schwächen womöglich die Quelle seiner Kraft? Franziska Augstein ist mit diesem mitreißend geschriebenen Buch etwas großartiges gelungen: Das Bild eines einzigartigen Menschen zu malen, der Welt, die ihn hervorbrachte, der Zeit, die er prägte. Ein besonderes Lesevergnügen, das auch noch schlauer macht. *Michael Schmidt* ■

Franziska Augstein:

Winston Churchill.
Biographie.

dtv,
München 2024;
624 S., 30,00 €

Die Rolle der OSZE in der Ukraine
Analysen und Maßnahmen im Kriegsjahr 2023

OSCE Insights 2023
Adapting to Change

Herausgegeben von Dr. Cornelius Friesendorf und Dr. Argyro Kartsonaki
2024, 120 S., brosch., 34,— €
ISBN 978-3-7560-1209-1
E-Book 978-3-7489-1736-6
In englischer Sprache

Nomos
nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Die OSCE Insights 2023 zeigen auf, wie die OSZE mit dem Krieg in der Ukraine und den damit verbundenen Entscheidungsblockaden in Wien umgegangen ist. In den Beiträgen werden Themen wie der Transnistrien-Konflikt, die Ukraine, Wahlbeobachtung, Klimaschutz und Menschenhandel analysiert.

Interessierte Beobachter hatten gerätelt, wie Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) aus dieser Misere herauskommen würde. Hatte sich Lauterbach 2016, damals als Abgeordneter, noch vehement dagegen gewehrt, die zwischen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pharmafirmen ausgehandelten Erstattungsbeträge für neue, patentgeschützte Arzneimittel vertraulich zu halten, ist genau diese Möglichkeit in seinem Entwurf für das Medizinforschungsgesetz (20/11561) vorgesehen. Das Vorhaben wurde von vielen Seiten heftig attackiert, sogar von der Pharmabranche selbst.

Dem deutschen Erstattungsbetrag, der bislang öffentlich zugänglich ist, wird eine „internationale Referenzwirkung“ attestiert mit Auswirkungen auf Preise in anderen Ländern. Die Vertraulichkeit soll den Pharmafirmen künftig mehr Verhandlungsspielraum bringen. Die Krankenversicherungen befürchten jedoch Preise zum Vorteil der Pharmakonzerne und zu Ungunsten der Versicherten. Ärzte wären nicht mehr im Bilde, was ihre Verordnungen kosten. Krankenversicherer rechneten vor, die Neuregelung mit „Geheimpreisen“ werde zu Mehrausgaben in Milliardenhöhe führen, und das bei der ohnehin bedenklichen Kostenentwicklung im Gesundheitswesen.

Befristete Regelung Skepsis wurde sogar in der Ampel-Koalition deutlich, als die Grünen-Abgeordnete Paula Piechotta von einem „Fremdkörper“ sprach und vorschlug, die Regelung im parlamentarischen Verfahren aus dem Entwurf wieder zu streichen. Quasi auf den letzten Drücker verständigten sich die Koalitionäre auf einen Kompromiss (20/12149), der in dieser Woche zunächst im Gesundheitsausschuss per Änderungsantrag eingeführt und am Donnerstag zusammen mit den übrigen Regelungen im Plenum beschlossen wurde, freilich gegen das Votum der gesamten Opposition.

Demnach soll die Regelung bis Ende Juni 2028 befristet werden. Bis Ende 2026 ist eine Evaluation vorgesehen. Zudem sollen nur jene Pharmafirmen zur Geheimhaltung der Preise berechtigt sein, die eine relevante Arzneimittelforschung in Deutschland nachweisen können. Wollen Pharmafirmen von der Möglichkeit geheimer Erstattungsbeträge Gebrauch machen, wird außerdem ein zusätzlicher Abschlag von neun Prozent auf den zuvor ausgehandelten Betrag fällig.

Ethik-Kommission Weiterhin änderten die Abgeordneten den Gesetzentwurf hinsichtlich der Standardvertragsklauseln und der geplanten spezialisierten Ethik-Kommission für besondere Verfahren auf Bundesebene. Um mehr Verbindlichkeit zu erreichen, soll die Bundesregierung nunmehr dazu ermächtigt werden, Standardvertragsklauseln mittels Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für klinische Prüfungen festzulegen, nicht nur Vorschläge für solche Klauseln zu veröffentlichen.

Die Änderung bei der Ethik-Kommission zielt auf die Unabhängigkeit des Gremiums vom Bund. Bei der Besetzung der Ethik-Kommission sollen nun die obersten Landesgesundheitsbehörden mit eingebunden werden.

Mit dem Medizinforschungsgesetz sollen die Rahmenbedingungen für die Entwicklung, Zulassung und Herstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten verbessert werden. Das Ziel ist, klinische Prüfungen und das Zulassungsverfahren von Arzneimitteln und Medizinprodukten zu vereinfachen, zu entbürokratisieren und zu beschleunigen.

Die Bundesregierung hatte auf eine breite Mehrheit gehofft, aber auch die Unionsfraktion stimmte gegen die Novelle. Georg Kippels (CDU) sagte, es habe ernstzuneh-



Von der Reform versprechen sich Experten mehr Innovationen im Kampf gegen Krankheiten. © picture-alliance/Zoonar/Arloslav Danylenko

mende Kritikpunkte gegeben, aber die Ampel habe „bedauerlicherweise keine positive Lernkurve“ zu verzeichnen. Die jetzige Regelung für die vertraulichen Erstattungsbeträge beinhalte „einen Wust an unbe-

> STICHWORT

Zahlen zur Pharmabranche

> Umsatz Die pharmazeutische Industrie in Deutschland hat 2022 rund 59 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet, etwa 60 Prozent davon im Ausland.

> Beschäftigte Die Pharmafirmen beschäftigten 2022 in heimischen Betrieben rund 123.500 Mitarbeiter.

> Arzneimittel Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat 2023 rund 50,17 Milliarden Euro für Arzneimittel ausgegeben.

stimmtm Rechtsbegriffen“ und ein kompliziertes, praxisfernes Instrumentarium. „Damit können wir den Forschungsstandort Deutschland nicht retten.“

Kranke Menschen Lauterbach verteidigte die Regelung, räumte aber ein, früher anderer Meinung gewesen zu sein, „denn früher war die Hoffnung die, dass alle Länder Europas die Erstattungsbeträge öffentlich machen“. Das sei nicht geschehen. „Wir haben die höchsten Arzneimittelpreise in ganz Europa, weil wir als einzige Transparenz geboten haben.“ Lauterbach verspricht sich insbesondere für schwer kranke Menschen mehr Chancen durch Pharmaforschungserfolge und neue Medikamente.

Zufrieden wirkte Paula Piechotta (Grüne), weil die Erstattungspreise nun deutlich stärker reguliert würden. Von der günstigeren Regelung profitierten künftig nur Arzneimittelfirmen, „die tatsächlich auch in Deutschland produzieren, entwickeln und forschen“. Als Fortschritt wertete sie auch

die geänderte Strahlenschutzreglung bei klinischen Studien mit Kindern durch mehr Expertenrat.

Martin Sichert (AfD) befand hingegen, das Gesetz sei praxisfern, löse keine relevanten Probleme, „sondern schafft Intransparenz, und Bürokratie und verschafft der Bundesregierung mehr Macht“. Andrew Ullmann (FDP) widersprach und betonte, mit der Novelle würden die Rahmenbedingungen für den Standort Deutschland erheblich verbessert. Dank klinischer Studien, etwa in der Krebsmedizin, könnten heute schon Therapien angeboten worden, die erst in Jahren zum Standard werden.

Heike Baehrens (SPD) fügte hinzu: „Wir entschlacken die überbordende Genehmigungsbürokratie“. Zudem werde Deutschland unabhängiger von internationalen Lieferketten. Skeptisch bleibt die Linke. Kathrin Vogler (Linke) rügte, die Regierung habe „endgültig kapituliert und sich entschieden, das sehr lukrative Geschäft mit neuen Arzneimitteln noch profitabler zu machen“.

Claus Peter Kosfeld ||

Recht im Wettbewerb

JUSTIZ Einführung von »Commercial Courts« beschlossen

Statt in Großbritannien oder den Niederlanden oder gleich vor privaten Schiedsgerichten sollen internationale Wirtschaftsstreitigkeiten künftig verstärkt vor deutschen Gerichten ausgetragen werden – und damit auch das deutsche Recht stärken. Vor den so genannten Commercial Courts sollen die Streitparteien in englischer Sprache verhandeln können und einen ähnlichen Geheimnisschutz genießen wie vor Schiedsgerichten. Das sieht der Entwurf des Justizstandort-Stärkungsgesetzes (20/8649, 20/11466) vor, den der Bundestag am Donnerstag verabschiedet hat. Das Gesetz ermöglicht es den Ländern, an ihren Oberlandesgerichten entsprechende Spruchkörper einzurichten.

Große Zustimmung Das Gesetz stieß im Bundestag auf breite Zustimmung. Neben der Koalition stimmte auch die Union dafür, die Gruppe Die Linke begrüßte die Idee grundsätzlich, enthielt sich aber der Stimme. Lediglich die AfD lehnte den Entwurf ab.

Thorsten Lieb (FDP) hob die Änderungen des Entwurfs im parlamentarischen Verfahren hervor. Die von der Koalition vorgenommene Halbierung des Streitwertes auf 500.000 Euro verdoppele die Zahl der in Betracht kommenden Fälle. So könne die Justiz schneller zu einer „klaren Rechtspraxis“ kommen. Weniger enthusiastisch, aber grundsätzlich zu-

stimmend äußerte sich Martin Plum (CDU). Das Gesetz betreffe nur ein Prozent der Senate an den Oberlandesgerichten, eine Stärkung der Justiz, wie sie der Titel verspreche, sei das nicht. Er plädierte für eine Änderung des materiellen Rechts, konkret für eine Reform der AGB-Kontrolle im unternehmerischen Rechtsverkehr. „Die Commercial Courts werden nur mit und nicht ohne eine solche Reform ein Erfolgsprojekt“, sagte Plum. Anträge der Union dazu fanden keine Mehrheit.

Till Steffen (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich für diese und andere Vorschläge der Union allerdings offen. Er wies jedoch darauf hin, dass noch Überzeugungsarbeit geleistet werden müsse.

Streitpunkt Sprache Mit Ausnahme der AfD begrüßten alle Fraktionen, dass künftig auch auf Englisch verhandelt werden kann, und versprachen sich davon einen Wettbewerbsvorteil. In der Weltwirtschaft führe kein Weg an Englisch als Verhandlungssprache vorbei, sagte etwa Macit Karaahmetoglu (SPD).

Fabian Jacob (AfD) kritisierte hingegen, dass nun auch im Kernbereich des Staates, der Justiz, der „Prozess der Verdrängung unserer Sprache“ beginne. Wenn man diese Tür nur einen Spalt öffne, werde sie bald aufstoßen. Deshalb müsse sie geschlossen bleiben. scr ||

Gewalt gegen Frauen

RECHT Gesetzentwurf der Union fordert Strafverschärfungen

Der Mord-Paragraf des Strafgesetzbuches soll um das Merkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ ergänzt werden. Für Gruppenvergewaltigungen soll der Strafrahmen erhöht werden. Messerangriffe sollen als Verbrechen geahndet werden. All das plant die Union in einem Gesetzentwurf (20/12085) mit dem Ziel, vor allem Frauen besser zu schützen.

Nötig seien die Strafverschärfungen, weil die zunehmende Verrohung der Gesellschaft Deutschland vor immer ernsteren Problemen und seine Rechtsordnung vor zusätzliche Aufgaben stelle, sagte Günter Krings (CDU) bei der ersten Lesung am Donnerstag. Tagtäglich könne man von Messerangriffen, sexuellen Übergriffen und Gewalt gegen Frauen lesen, die laut aktueller polizeilicher Kriminalstatistik und dem Lagebild „Häusliche Gewalt“ keine Einzelfälle seien.

Bei der Koalition fand der Vorstoß keine Zustimmung. Gewalt gegen Frauen müsse präventiv bekämpft werden, hieß es. Aus Sicht der AfD geht der Entwurf zwar in die richtige Richtung, komme aber viele Jahre zu spät und sei unglaubwürdig.

Carmen Wegge (SPD) sieht ein systemisches und strukturelles Problem in der Gesellschaft. „Gewalt gegen Frauen ist eine Manifestation des Patriarchats“, sagte sie.

Das müsse auch von der Union anerkannt werden.

Den präventiven Ansatz beim Thema „Häusliche Gewalt“ betonte Canan Bayram (Grüne). Zur Realität in Deutschland gehöre aber, „dass wir leider zu wenig Schutzräume, zu wenig Frauenhausplätze haben“. Außerdem müssten Polizei und Justiz geschult werden, damit den Frauen und Mädchen frühzeitig geholfen wird, forderte die Abgeordnete.

Ebenso wie Bayram war auch Katrin Helling-Plahr (FDP) der Ansicht, dass sich Taten „im Beziehungs- und Näheverhältnis“ so gut wie nicht durch Strafdrohung verhindern ließen. Kein Täter lasse sich von einer kleinen Verschiebung oder Umgestaltung des Strafrahmens abhalten. Was die Union vorschlage sei also „reine Symbolpolitik“. Prävention sei der richtige Weg, sagte die FDP-Abgeordnete.

Tobias Matthias Peterka (AfD) nannte den Entwurf der Union erfreulich, „auch wenn er 2015 besser angebracht gewesen wäre“. CDU und CSU hätten es sich aber zu lange im „links-mittigen Liegestuhl“ bequem gemacht. Nun habe die Union offenbar bei der AfD abgeschrieben. Ihr Befund zeige: „Unsere Gesellschaft kippt – zu einem schlechten Abklatsch einer beliebigen arabischen Großstadt.“ Götz Hausding ||

Wie offen ist der Diskurs an Universitäten?

HOCHSCHULEN Gegenwind für AfD-Wissenschaftsanträge

Mit drei wissenschaftspolitischen Anträgen der AfD-Fraktion hat sich der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung befasst. Dabei zeigte sich, dass die Antragsteller für ihre Forderungen auf keine Sympathie der anderen Fraktionen und Gruppen des Bundestages hoffen konnten. Nicht, weil diese nicht auch den Antisemitismus an Hochschulen bekämpfen wollen, sondern weil sie der AfD vorwarfen, das Thema Antisemitismus nur zu instrumentalisieren und den Wissenschaftsbetrieb in ihren drei Anträgen insgesamt zu verleumdern.

Im Anschluss an die Debatte wurden die Anträge zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen, sie tragen die Titel: „Einer Ideologisierung der Hochschulbildung konsequent entgegenzutreten – Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder neu ausrichten“ (20/12090); „Antisemitismus an der Wurzel bekämpfen – Die Bundesmittel für das Sonderprogramm Globaler Süden zur Aufarbeitung der postkolonialistischen Ideologie einsetzen“ (20/12091) und „Einführung eines Friedrich-Tenbruck-Stipendiums für Soziale Gerechtigkeit“ (20/12092).

Marc Jongen (AfD) begründete die Anträge damit, dass das intellektuelle Klima an deutschen Universitäten in weiten Teilen intolerant und wissenschaftsfeindlich geworden sei und somit kritischen Diskurs unterdrücke. Es gebe mittlerweile nur noch einen relevanten Rassismus und das sei der „woke Rassismus“ gegenüber weißen Menschen. „Das ist ein unhaltbarer Zustand und es sind die Regierungen in Bund und Ländern, die durch ihre Förderpolitik dafür verantwortlich sind“, sagte er.

Dem widersprach Maja Wallstein (SPD) heftig: Anscheinend hätte die AfD nicht verstanden, was der Begriff Ideologie meine. Ideologie sei ein „Leitbild sozialer Gruppen, aber Sie machen daraus einen Kampfbegriff!“ Diskurse an Universitäten zu verbieten, sei genau die Ideologisierung der Wissenschaft, die die AfD angeblich beenden wolle.

Daniela Ludwig (CSU) betonte, „wir müssen uns fragen, was wir im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit tun können, um die antisemitischen Tendenzen an Universitäten zu beenden“. Die Anträge der AfD leisteten dazu nur leider keinen Beitrag. „Der Kampf gegen Antisemitismus wird Ihnen doch nicht abgenommen, weil es nur ein Deckmantel ist“, so Ludwig.

Kulturkampf Laura Kraft (Grüne) warf Marc Jongen vor: „Sie haben es doch gerade selbst gesagt, worum es Ihnen geht: um einen Kulturkampf. Sie unterstellen hier eine vermeintliche Einflussnahme auf Förderprojekte. Das sind krudeste Verschwörungstheorien!“

Stephan Seiter (FDP) erklärte: „Hochschulen waren schon immer Orte der Diskurse. Aber es ist eben der Inhalt dieser Diskurse, der Ihnen nicht gefällt. Sie wollen mit ihren Anträgen nur das Wissenschaftssystem in Misskredit bringen.“

Nicole Gohlke (Die Linke) betonte: „Es geht der AfD darum, die Geschichte des Antisemitismus umzudefinieren, in dem sie mal wieder so tut, als sei Antisemitismus ein nach Europa importiertes Problem.“ Claudia Heine ||

Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige

PFLEGE Politiker sehen die extreme Belastung der Familien

Angesichts der immer aufwendigeren Pflegeversorgung fordern die Fraktionen neue Konzepte und eine bessere finanzielle Absicherung. In der ersten Beratung über einen Antrag (20/11761) der Unionsfraktion am Mittwoch hoben Redner von Regierung- und Oppositionsseite die herausragende Leistung pflegender Angehöriger hervor, ohne die eine umfassende Versorgung insbesondere hochaltriger Menschen nicht denkbar wäre. Die Gesundheitspolitiker machten zugleich deutlich, dass in der Zukunft mit erheblich mehr Pflegefällen zu rechnen ist und die Leistungen entsprechend ausgebaut und flexibler eingesetzt werden müssen. Als Kernproblem werden die stetig steigenden Kosten angesehen, die über Beiträge oder in Eigenleistung getragen werden müssen und viele Menschen zu überfordern drohen.

Finanzierungsfragen Simone Borchardt (CDU) sagte, die Versorgung der Pflegebedürftigen sei nicht mehr ausreichend gewährleistet. Es müsse alles getan werden, damit Menschen in Würde altern könnten. Etwa 84 Prozent der Pflegefälle würden zu Hause versorgt, darunter 64 Prozent von den eigenen Angehörigen. Diese Aufopferung verdiene größten Respekt. Pflegende Angehörige bräuchten mehr Unterstützung, beispielsweise eine bessere Absicherung in der Rente sowie Reha- und Erholungsangebote. Sie hielt der Koalition vor,

ständig Beiträge zu erhöhen, aber das System nicht zu verbessern. Kordula Schulz-Asche (Grüne) erwiderte, die Union stelle viele Forderungen, lasse jedoch die Finanzierungsfragen unbeantwortet. „Die Finanzierung ist aber eine der zentralen Herausforderungen.“ Sie fügte hinzu, Menschen, die Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige übernehmen, verdienten eine finanzielle Absicherung, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.

Claudia Moll (SPD) erinnerte an die bereits erreichten Verbesserungen zugunsten pflegender Angehöriger, etwa über das Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz (PUEG). Nötig seien flexiblere Leistungen, mehr Verantwortung der Kommunen und innovative Versorgungsformen. Sie räumte ein: „Es bleibt noch viel zu tun.“

Christina Baum (AfD) sagte, der demografische Wandel und die damit einhergehenden Herausforderungen für die Pflege könnten nur ahnungslos und damit unfähige Politiker wirklich überraschen. Für die Schwächsten der Gesellschaft sei immer weniger Geld vorhanden. Fachkräfte aus ärmeren Ländern anzuwerben, sei eine Schande, denn sie würden dort gebraucht. Besser sollten eigene Fachkräfte ausgebildet werden. Jens Teutrine (FDP) erklärte hingegen: „Wir brauchen mehr von diesen jungen Menschen, die nach Deutschland kommen, um in den Arbeitsmarkt zu gehen und Menschen zu pflegen.“ pk ||

Prävention für Kinder

FAMILIE Mehr Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern

Die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion einen Antrag (20/12089) vorgelegt, um Kinder suchtkranker Eltern oder von Eltern mit psychischen Erkrankungen besser zu unterstützen. Am Donnerstag wurde er zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

In Deutschland betreffe dies etwa jedes vierte Kind. „Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, denn Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil tragen ein drei- bis vierfach erhöhtes Risiko, selbst psychisch zu erkranken“, erläutern die Fraktionen in dem Antrag. Sie verweisen darin außerdem auf die Corona-Pandemie, die das Problem noch einmal verschärft habe.

Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung deshalb unter anderem auf, die Empfehlung Nr. 18 der interdisziplinären Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit psychisch kranken Eltern umzusetzen. „Die Empfehlung besagt, gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen und den Sozialversicherungsträgern einen Handlungsrahmen für ein kommunales Gesamtkonzept zur Entwicklung, Umsetzung, Evaluation und Verstetigung multi-

professioneller, qualitätsgesicherter und rechtskreisübergreifender Hilfesysteme zu erstellen.“ Außerdem soll das Präventionsgesetz weiterentwickelt und eine dauerhafte Erhöhung der Mittel des Fonds Frühe Hilfen geprüft werden.

Kirsten Kappert-Gonhter (Grüne) betonte: „Hier geht es nicht um Schuld! Es geht darum, Menschen zu befähigen, ihre Erkrankung zu verstehen, ihren Alltag zu bewältigen und ihren Kindern ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen.“ Bettina Margarethe Wiesmann (CDU) wies auf die Lücken im Unterstützungssystem hin. „Vor allem dann, wenn die Eltern nicht verstehen können, dass auch das Kind Hilfe braucht, stehen wenig oder kaum wirksame Instrumente zur Verfügung.“ Ulrike Bahr (SPD) mahnte, man dürfe nicht an der falschen Stelle sparen. Psychische Erkrankungen und Suchterkrankungen müssten von ihrem Stigma befreit werden. Katja Adler (FDP) lobte, mit dem Antrag gebe es nun einen konkreten Fahrplan, um den Familien zu helfen.

Martin Reichardt (AfD) bezeichnete die „menschenverachtenden Maßnahmen“ während der Pandemie als krankmachend. Kathrin Vogler (Die Linke) kritisierte, dass die Finanzierung offen bleibe, doch „schöne Worte allein lösen kein Problem.“ che ||



Die Präsidiumsmitglieder des Bundestages können in Sitzungen neben dem Schwingen der Glocke auch härtere Ordnungsmaßnahmen ergreifen. Koalition und CDU/CSU wollen sie verschärfen. © picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Größte Reform seit 1980

GESCHÄFTSORDNUNG Koalition und CDU/CSU wollen grundlegende Modernisierung des Regelwerks

Vor 44 Jahren gewann die sozialliberale Koalition mit Helmut Schmidt (SPD) als Kanzler noch einmal die Bundestagswahl, und im Parlament saßen wie schon seit 1961 nur die drei Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP. Auch wurde die bundesdeutsche Fußballnationalmannschaft der Männer 1980 Europameister und der Bundestag beschloss eine grundlegende Reform seiner Geschäftsordnung. An die beiden letztgenannten Ereignisse wurde gleich mehrfach erinnert, als der Bundestag am Mittwoch erstmals über Anträge der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP (20/12088) und der Union (20/12087) für eine neuerliche umfassende Geschäftsordnungsreform debattierte. Wie die drei Koalitionsfraktionen in ihrer Vorlage ausführen, beruht die Geschäftsordnung im Wesentlichen noch auf der Fassung von 1980. Deren Regelungen entsprächen in Teilen nicht mehr der parlamentarischen Praxis. Es sei an der Zeit, die Geschäftsordnung umfassend zu modernisieren. Ziel sei es, das Parlament als „Ort der Debatte und Gesetzgebung“ zu stärken,

»Wir wollen unsere Geschäftsordnung moderner gestalten.«
Johannes Fechner (SPD)

Verfahrensregeln zu präzisieren und das parlamentarische Ordnungsrecht „maßvoll“ zu erweitern. So wollen die drei Fraktionen einen Automatismus einführen, wonach beim dritten Ordnungsruf innerhalb von drei Sitzungswochen ein Ordnungsgeld festgesetzt wird, sofern der Abgeordnete nicht bereits des Sitzungssaals verwiesen worden ist. Schon bestehende Möglichkeiten, bereits vorher ein Ordnungsgeld zu verhängen, sollen dadurch nicht geschmälert werden. Auch soll das Ordnungsgeld von 1.000 auf 2.000 Euro erhöht werden und im Wiederholungsfall von 2.000 auf 4.000 Euro. Zudem sollen Ausschussvorsitzende nach dem Willen der Koalition bei erheblichen Störungen durch Ausschussmitglieder diese künftig mit Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit von der Beratung ausschließen können. Des Weiteren schlägt die Koalition vor, zwischen der Wahl des Bundestagspräsidenten und der Wahl der Vizepräsidenten zu differenzieren. Für letztere wollen die drei Fraktionen normieren, dass das Amt von der freien und geheimen Wahl durch den Bundestag abhängt und dieser Grundsatz dem sogenannten Grundmandat, wo-

nach jede Fraktion durch mindestens einen Vizepräsidenten im Präsidium vertreten sein soll, vorgeht. Daneben sieht der Antrag unter anderem vor, dass der Petitionsausschuss künftig empfehlen kann, die Beratung einer Petition auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen, wenn diese mehr als 100.000 Unterzeichner hat und im Ausschuss bereits eine Anhörung stattfand.

CDU/CSU-Antrag Die Union schlägt in ihrem Antrag vor, die Tagesordnung des Bundestagsplenums zu entlasten, weil die Behandlung von vieler, oftmals rein technischer Vorlagen“ die Konzentration auf das Wesentliche verhindere. Die abschließende Beratung dieser „technischen Vorlagen“ will die Fraktion den Ausschüssen vorbehalten. Wichtige Debatten müssten so platziert werden, dass sie von möglichst vielen Personen live verfolgt werden können. Bei Abgeordneten, die wiederholt die Ordnung oder die Würde des Hauses verletzen, reichen die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten auch aus Sicht der Unionsfraktion nicht aus. Dafür müsse ein Automatismus eingeführt werden. Ferner treten die Unionsabgeordneten unter anderem für eine bessere Kontrolle der Regierung durch Stärkung der Oppositionsrechte ein. So solle sich der Kanzler künftig in jedem Quartal der Regierungsbefragung im Parlament stellen statt bisher dreimal jährlich.

In der Debatte betonten Vertreter der drei Koalitionsfraktionen ebenso wie Redner der Union ihren Willen, sich auf ein gemeinsam zu beschließendes Regelwerk zu verständigen. Johannes Fechner (SPD) nannte es sinnvoll, die Geschäftsordnung „mit der größten Oppositionsfraktion und gerne auch mit den Gruppen“ gemeinsam zu verabschieden. Auch Patrick Schnieder (CDU) äußerte für die Union den Wunsch, „dass wir gemeinsam etwas auf den Weg bringen“. Zugleich mahnte er, die Attraktivität der Debatten müsse gesteigert und die parlamentarische Kontrollfunktion gestärkt werden. Auch sei über Verbesserungen bei der Familienfreundlichkeit für junge Eltern im Parlament nachzudenken. Das vermisse die Union in der Koalitionsvorlage.

Von den darin vorgesehenen Neuregelungen kritisierte Schnieder unter anderem, dass danach Petitionen im Bundestag beraten werden könnten, wenn das Quorum von 100.000 Unterschriften erreicht wird. Das sei unnötig, weil eine Fraktion heute schon eine Petition auf die Tagesordnung setzen könne, und „gefährlich, weil 100.000 Unterschriften für Aktivitäten überhaupt kein Problem darstellen“.

»Ein Frontalangriff auf die Opposition in diesem Haus.«
Stephan Brandner (AfD)

Filiz Polat (Grüne) verwies im Gegenzug darauf, dass sich laut Grundgesetz alle Menschen in Deutschland mit Bitten und Beschwerden an den Bundestag wenden könnten. Diese Anliegen sollten noch mehr Aufmerksamkeit im Parlament erhalten. Stephan Thomae (FDP) verteidigte die Koalitionsvorhaben beim Ordnungsrecht. Beleidigende Zwischenrufe hätten zu unterbleiben, und wer zu viele Ordnungsrufe kassiere, müsse auch mal ein Ordnungsgeld bezahlen. Das sei „kein Angriff auf die freie Rede“ und ändere nichts am Ermessen des Präsidiums.

Scharfe AfD-Kritik Auf entschiedene Ablehnung stieß die Koalitionsvorlage bei der AfD. Stephan Brandner (AfD) nannte sie „ein hilfloses, eigennütziges Stückwerk“ und einen „Frontalangriff auf die Opposition in diesem Haus“. So wolle die Koalition in die Geschäftsordnung schreiben, dass seine Fraktion keinen Anspruch mehr auf den Posten eines Vizepräsidenten des Parlaments haben solle, und das Ordnungsgeld verdoppele sie im Wissen, dass dies die freie Rede der AfD eingrenze. **Helmut Stoltenberg** ■

Schutz vor Belästigung

FAMILIE Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes

Die Bundesregierung will Frauen vor Schwangerschaftsberatungsstellen und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, wirksamer vor sogenannten Gehsteigbelästigungen durch Abtreibungsgegner schützen. Das zumindest ist das Ziel des Gesetzesentwurfes der Regierung für eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (20/10861;20/12151). Am Freitag (nach Redaktionsschluss) stand er zur abschließenden Beratung auf der Tagesordnung des Bundestages, in leicht geänderter Fassung. Bereits am Mittwoch hatte der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Gruppe Die Linke grünes Licht für das Projekt gegeben. Abgelehnt wurden die Pläne von der CDU/CSU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Mit der Reform sollen die Rechte der Schwangeren sowie das Beratungs- und Schutzkonzept in seiner Gesamtheit gestärkt werden, in dem auch sichergestellt werden soll, dass das Fachpersonal der Beratungsstellen seine Arbeit ungestört ausüben kann. Durch die geplanten Änderungen sollen bestimmte, nicht hinnehmbare Verhaltensweisen untersagt werden, wenn diese geeignet sind, die Inanspruchnahme der Beratung oder den Zugang zu Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrü-

che durchgeführt werden, zu beeinträchtigen. Durch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde klargestellt, dass der Beratungsprozess in seiner Gesamtheit abgesichert werden muss und es keines aktiven Gegenwirkens der Schwangeren bedarf, um von belästigendem Verhalten anderer auszugehen. Die Koalitionsfraktionen betonten in den vorangegangenen Beratungen, man nehme so die Last von den Schultern der Schwangeren und sichere das Recht der reproduktiven Selbstbestimmung ab. Es sei gut, nun eine bundesweite Regelung zu schaffen, damit der Gang zur Beratungsstelle kein Spießrutenlauf werde. Die Unionsfraktion hatte zwar gegen das Ziel des Entwurfs nichts einzuwenden, bezweifelte aber die Notwendigkeit. Es gebe keine statistisch relevanten Zahlen für die von der Koalition angeführten Gehsteigbelästigungen. Die AfD-Fraktion warf der Koalition vor, sich auf eine Legalisierung von Abtreibungen vorzubereiten. Es gebe außerdem kein Recht darauf, vor der Konfrontation mit anderen Meinungen geschützt zu werden. Die Gruppe Die Linke forderte die Abschaffung des Paragraphen 218; Beratungszwang und Kriminalisierung der Schwangeren müssten aufhören, so die Fraktion. **che** ■

Ein Grenzstreit

INNERES I CDU/CSU will stationäre Kontrollen fortführen

Die CDU/CSU-Fraktion dringt auf eine Fortführung der Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen. In einem Antrag (20/12101), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand, fordert sie die Bundesregierung auf, „die Notifizierung der Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen bis auf Weiteres über die Dauer der Fußball-Europameisterschaft hinaus zu verlängern, um der Bundespolizei so lageangepasste Grenzkontrollen zu ermöglichen“. Die offenen Grenzen in der Europäischen Union seien „eine historische Errungenschaft“, die es zu bewahren gelte, schreibt die Fraktion in der Vorlage. Offene Grenzen seien aber nicht mit ungeschützten Grenzen gleichzusetzen. In der Debatte sagte Alexander Throm (CDU), bei den Grenzkontrollen anlässlich der Europameisterschaft seien innerhalb von drei Wochen 603 offene Haftbefehle vollstreckt, 150 Schleuser festgenommen und 4.659 unerlaubte Einreisen festgestellt worden, von denen mehr als zwei Drittel zurückgewiesen worden seien. Von diesen Feststellungen sei ein Drittel an den sogenannten westlichen Grenzen etwa zu Frankreich und den Niederlanden erfolgt. Das zeige, dass an allen Landgrenzen Handlungsbedarf bestehe.

Dorothee Martin (SPD) warnte dagegen vor einem „Europa mit Schlagbäumen“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) habe schon im Mai erklärt, dass die stationären Kontrollen zu Österreich, Polen, Tschechien und der Schweiz bis November beziehungsweise Dezember verlängert werden. Stationäre Kontrollen könnten aber keine Dauerlösung sein. Würden „alle dauerhaft dichtmachen“, wäre es mit offenen Grenzen für Waren, Pendler und Touristen vorbei. Leon Eckert (Grüne) argumentierte, dass mit flexibler Polizeiarbeit in der Grenzregion besser für Sicherheit im Lande gesorgt werde als mit stationären Grenzkontrollen. Zudem erforderten diese von der Bundespolizei einen „maximalen Personalaufwand“. Konstantin Kuhle (FDP) sagte, es könne Situationen geben, in denen stationäre Grenzkontrollen erforderlich sind, während in anderen Situationen eine Schleierfahndung besser geeignet sei. „Ziel der ganzen Übung“ müsse sein, „dass die europäischen Außengrenzen vernünftig geschützt werden“. Steffen Janich (AfD) nannte die Forderung der Union „pure Heuchelei“. Dieses Bekenntnis zu Grenzkontrollen wäre gar nicht nötig, wenn im Jahr 2015 die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht die Grenzen geöffnet hätte. **sto** ■

Ruf nach Konsequenzen

INNERES II Debatte über Gewalttat von Bad Oeynhausen

Anderthalb Wochen nach dem tödlichen Angriff auf einen 20-Jährigen in Bad Oeynhausen hat der Bundestag am Mittwoch über Ursachen und Konsequenzen der Tat debattiert. In der von der Unionsfraktion beantragten Aktuelle Stunde verwies ihr Vorsitzender Friedrich Merz (CDU) darauf, dass der tatverdächtige 18-jährige Syrer im Wege des Familiennachzugs seit mehreren Jahren in Deutschland lebe. Seine Tat reihe sich ein in eine lange Reihe schwerer Übergriffe und Gewaltverbrechen, die oftmals durch junge Männer mit Migrationshintergrund begangen worden seien. Man habe es mit jugendlichen und heranwachsenden Straftätern zu tun, die immer längere Vorstrafenregister ansammelten und dann „schwere Körperverletzungsdelikte oder gar Mord und Totschlag“ begingen. Dies müsse endlich Konsequenzen haben. Werde nicht bald etwas getan, zerstöre dies die Grundlagen des gedeihlichen Zusammenlebens auch mit den Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland, die nicht in Mithaftung genommen werden dürften für solche Straftaten. Lars Castellucci (SPD) betonte, solche Taten könnten nicht geduldet werden, und die Täter müssten die „volle Härte des Rechtsstaats spüren“. Zugleich beklagte er eine insgesamt aggressiv gewordene Stim-

KURZ NOTIERT

Die Linke fordert einen Aktionsplan für Tarifbindung

Die Gruppe Die Linke fordert in einem Antrag (20/11426) einen Aktionsplan für eine stärkere Tarifbindung in den Betrieben. Dieser solle unter anderem festlegen, dass die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen nach Paragraph 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) erleichtert wird. Öffentliche Aufträge sollen an die Zahlung der ortsüblich maßgeblichen Tarifföhne durch den Auftragnehmer und mögliche Nachunternehmer gekoppelt werden, um Lohndumping-Wettbewerb auszuschließen. Der Antrag wurde am Donnerstag zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. **che** ■

Kammern sollen virtuell und hybrid tagen können

Die regionalen Notar- und Rechtsanwaltskammern, die Bundesnotarkammer, die Bundesrechtsanwaltskammer, die Patentanwaltskammer und die Bundessteuerberaterkammer sollen künftig ihre Sitzungen in hybrider oder virtueller Form abhalten können. Einem entsprechenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung (20/8674) stimmte der Bundestag in der Nacht zum Freitag in geänderter Fassung zu. Gegenüber dem Regierungsentwurf nahm der Ausschuss verschiedene Änderungen vor. Diese betreffen unter anderem den Umgang mit Doppelmitgliedschaften in Kammern. **scr** ■

Ein Jahr nach den Special Olympics World Games

Vom 17. bis 25. Juni 2023 fanden in Berlin die Special Olympics World Games statt. Ein Jahr danach fordert die Union die Bundesregierung in einem Antrag (20/11432) auf, darzulegen, ob und inwieweit die Veranstaltung tatsächlich ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Situation von Sportlern mit intellektuellen Beeinträchtigungen und mehrfacher Behinderung war. Der Bundestag befasste sich am Donnerstag mit dem Antrag, der anschließend an die Ausschüsse überwiesen wurde. **mis** ■

AfD will Corona-Urteile per Gesetz aufheben

Strafurteile und Bußgelder wegen Verstößen gegen die Corona-Regeln sollen nach dem Willen der AfD-Fraktion aufgehoben werden. Die Betroffenen sollen entschädigt werden. Dies sieht ein Gesetzesentwurf (20/12034) vor, den der Bundestag am Freitag nach Redaktionsschluss in erster Lesung an die Ausschüsse überwies. Die Fraktion begründet ihren Vorstoß mit der aus ihrer Sicht mangelnden gerichtlichen Kontrolle der Pandemieregelungen.

Andrea Lindholz kontrolliert die Geheimdienste mit

Andrea Lindholz (CSU) sitzt künftig im Parlamentarischen Kontrollgremium für die Geheimdienste. Bei der Wahl am Donnerstag erhielt sie im Gegensatz zum AfD-Kandidaten Mike Monckse die erforderliche Mehrheit. Auch bei der Wahl zum Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gingen die AfD-Kandidaten leer aus. Gewählt wurden dagegen die Kandidaten der Koalition und der Union. **scr** ■

AUFGEKEHRT

Für Handspiel gibt es rot

Wie der Name dieses schönen Sports unschwer erkennen lässt, wird der Ball mit Füßen getreten. Kommt im Strafraum hingegen die Hand ins Spiel, dann droht ein Elfmeter. Ausnahmen für diese simple Regel gelten nur für den Torhüter sowie Diego Maradonna und seine „Hand Gottes“. Deswegen heißt es Fußball und nicht Handball. OK, der Kopf darf auch eingesetzt werden. Aber damit tun sich Fußballspieler mitunter ja eher schwer. Vor allem nach erzielten Toren rennt so mancher Kicker reichlich kopflös gestikulierend über den Platz. Zuletzt war dieses Phänomen beim türkischen Fußballnationalspieler Merih Demiral zu beobachten, der beim Sieg im EM-Achtelfinale gegen Österreich mit beiden Händen den sogenannten „Wolfsgruß“ zeigte. Dieses Handzeichen gilt als Symbol der türkischen rechtsextremen und ultranationalistischen Organisation „Graue Wölfe“. Demiral selbst begründete seine Geste mit seiner „türkischen Identität“, es stecke keine versteckte Botschaft dahinter. Das ist wohl wahr: Versteckt war die Botschaft nicht, jeder konnte sie sehen. Nicht nur sehen, sondern auch hören konnte man die Botschaft beim albanischen Spieler Mirllind Daku, dessen Hände nach der Partie gegen Kroatien zu einem Megafon griffen, um nationalistische Gesänge anzustimmen. Da wirkten die Handgreiflichkeiten des englischen Spielers Jude Bellingham, der nach seinem Siegtreffer gegen die Slowakei signalisierte, dass er die berüchtigte „Wir brauchen Eier“-Forderung von Oliver Kahn wohl deutlich überzuerfüllen glaubt, zwar infantil, aber vergleichsweise sympathisch. Aber wie gesagt: Fußball wird nicht mit den Händen gespielt. Und den Kopf, den darf man getrost auch benutzen. Dann bleibt der Fußball ein schöner Sport. *Alexander Weinlein* ■

VOR 40 JAHREN...

Keine Kontrolle

13. Juli 1984: Deutsch-französisches Grenzabkommen unterzeichnet. Rund 30 europäischen Staaten gehören heute zum sogenannten Schengen-Raum, in dem es praktisch keine Kontrollen an den einzelnen Binnengrenzen gibt. „Schengen“ gilt als eine der wichtigsten



Deutsch-Französische Grenze im Saarland: Ab 1984 ging es hier ohne Kontrollen ins jeweilige Nachbarland.

Errungenschaften der europäischen Einigung. 1995 schafften die ersten europäischen Staaten ihre Kontrollen ab. Bereits 1985 unterzeichneten Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten im luxemburgischen Dorf Schengen ein erstes zwischenstaatliches Übereinkommen. Und schon 1984 waren Deutschland und Frankreich vorgeprescht: Am 13. Juli schlossen die Nachbarstaaten das sogenannte Saarbrücker Abkommen über den Abbau von Grenzkontrollen und forderten die anderen EG-Staaten auf, ähnliche Regelungen zu treffen. Einige Wochen zuvor hatten Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und der französische Staatspräsident François Mitterand bei einem Treffen in Saarbrücken versichert: „Wir werden die Grenzen zwischen unseren Ländern abschaffen.“ Schließlich unterzeichneten Kanzleramtsminister Waldemar Schreckenberg und Frankreichs Außenminister Roland Dumas bei einem weiteren Treffen am Grenzübergang Saarbrücken-Forbach das Abkommen, das das Ende stationärer Kontrollen an der gemeinsamen Grenze besiegelte. Es sollte den Reiseverkehr erleichtern: Paris und Bonn verständigten sich darauf, sich auf Sichtkontrollen bei fließendem Verkehr zu beschränken und nur in Einzelfällen und bei Stichproben Fahrzeuge zu kontrollieren. Eine grüne Plakette mit einem großen „E“, die an den Fahrzeugen angebracht werden konnte, sollte den Grenzbeamten signalisieren, dass keine zollpflichtigen Waren transportiert wurden. *Benjamin Stahl* ■

ORTSTERMIN: EM-FAN ZONE VOR DEM REICHSTAGSGEBÄUDE



Eine zerstörte Tribüne aus einem Stadion in Charkiw macht Fußballbegeisterte in Berlin auf die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine aufmerksam – die mit Fotos und VR-Brille erlebbar werden. Bild unten rechts: Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev. © DBT/photothek/Kira Hofmann

»Fußball ist nicht immun gegen Krieg«

Am frühen Nachmittag herrscht noch Ruhe in der Fan Zone der Fußball-EM vor dem Berliner Reichstagsgebäude. Leise läuft Musik, während vereinzelt Besucher die 21 kaputten blauen und gelben Sessel einer Fußballstadion-Tribüne betrachten, die mittendrin in dieser Partykulisse steht. Einige halten inne, berühren die zerstörten Plastiksessel und sind für einen Moment weit weg von der Feierstimmung, die der Ort ausstrahlt. Der Tribünenteil stammt aus dem Sonjatschnyj-Stadion im ostukrainischen Charkiw, der Trainingsstätte der ukrainischen Fußballnationalmannschaft – bis das Stadion im Mai 2022 durch russische Raketenangriffe zerstört wurde. Vor zwölf Jahren saßen hier noch Fußballfans aus der ganzen Welt zusammen; Charkiw war eine der vier ukrainischen Austragungsstädte der Fußball-EM 2012, die das Land gemeinsam mit Polen ausrichtete. Es ist ein Schicksal, dass das Sonjatschnyj-Stadion mit vielen ukrainischen Sportstätten teilt: Bis heute wurden nach

Angaben des Ukrainischen Fußballverbands 500 Sportstätten durch russische Bomben- und Raketenangriffe beschädigt oder zerstört, darunter 77 Fußballstadion. Jetzt reisen die Überreste der Tribüne als Mahnmal durch Europa. Zuletzt war sie während der Spieltage der ukrainischen Fußballnationalmannschaft auf dem Wittelsbacherplatz in München und in Düsseldorf vor dem Rathaus zu sehen. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) und der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev eröffneten die Installation am Dienstag vor dem Reichstagsgebäude. Bas erinnerte daran, dass auch die deutsche Mannschaft für die EM 2012 im Sonjatschnyj-Stadion trainiert habe und sagte mit Blick auf die laufende Europameisterschaft, die Installation zeige, wie nah Leid und Freude beieinander lägen. „Bei der EM feiern wir europäische Werte und wissen: Die Ukraine gehört zu Europa“, betonte sie. „Mit dieser Tribüne wollen wir zeigen, dass Fußball nicht immun ist gegen Krieg“, erklärte Botschafter Makeiev.

ev. Während in Deutschland Fußball geschaut werde, gebe es in Charkiw immer wieder Luftalarm – allein im Juni an 19 Tagen, so Makeiev. Begleitet wird die Tribüne von einer Installation zur Geschichte des Stadions. Mit Hilfe virtueller Realität können Besucher in einer 360-Grad-Ansicht Aufnahme des Stadions aus dem letzten Monat sehen. Daneben zeigt eine Sliideshow, wie Sportstätten in Zeiten des Krieges aussehen: zerstörte Außenmauern von Stadien, vertrocknete Spielfelder mit Kratern übersät, zerrissene Tornetze. Im Stadion der Stadt Tschernihiw im Nordosten des Landes ragt sogar eine Rakete aus dem Spielfeld. *Lisa Brübler* ■

Die Installation in der Fan Zone Reichstag ist täglich zwischen 14 und 24 Uhr zugänglich. Sie wird noch bis zum 7. Juli in Berlin gezeigt – eventuell auch bis zum Finalspiel am 14. Juli.

PERSONALIA

>Karl-Hans Laermann † Bundestagsabgeordneter 1974-1998, FDP
Am 26. Juni starb Karl-Hans Laermann im Alter von 94 Jahren. Der Bauingenieur und Hochschullehrer für Baustatik aus Mönchengladbach trat 1968 der FDP bei und gehörte von 1980 bis 1990 dem Bundesvorstand an. Der langjährige forschungspolitische Sprecher seiner Fraktion und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie von 1976 bis 1994 war von Februar bis November 1994 in der Nachfolge Rainer Ortlebs Bundesbildungsminister. Er hatte sich gegen den späteren FDP-Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt knapp durchgesetzt.

>Susanne Jaffke-Witt Bundestagsabgeordnete 1990-2009, CDU
Susanne Jaffke-Witt wird am 12. Juli 75 Jahre alt. Die Tierärztin aus Medow bei Anklam in

Mecklenburg-Vorpommern trat 1984 der CDU in der DDR bei und war von 2003 bis 2007 Kreisvorsitzende in Uecker-Randow. Von 1994 bis 2011 gehörte sie dem Kreistag Ostvorpommern an. 1990 war Jaffke-Witt Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Im Bundestag wirkte sie im Haushalts- sowie im Rechnungsprüfungsausschuss mit.

>Werner Siemann Bundestagsabgeordneter 1998-2002, CDU
Am 12. Juli begeht Werner Siemann seinen 75. Geburtstag. Der Rechtsanwalt und Notar aus Nienburg/Weser in Niedersachsen schloss sich 1972 der CDU an, war von 1981 bis 1999 Mitglied des dortigen Stadtrats sowie von 1981 bis 2002 Kreistagsabgeordneter. Von 1991 bis 2002 amtierte er als Landrat des Kreises Nienburg. Siemann war im Bundestag Mitglied des Verteidigungsausschusses.

>Matthias Ginsberg Bundestagsabgeordneter 1982-1983, FDP
Am 13. Juli wird Matthias Ginsberg 75 Jahre alt. Der Medienberater und zeitweilige Geschäftsführer des „Spiegel“ trat 1968 der FDP bei. Von 1975 bis 1980 war er Ratsherr in Herford. Ginsberg rückte Anfang Dezember 1982 für Ingrid Matthäus-Maier in den Bundestag nach.

>Klaus Dieter Reichardt Bundestagsabgeordneter 1994-1998, CDU
Am 14. Juli wird Klaus Dieter Reichardt 70 Jahre alt. Der Angestellte aus Mannheim, CDU-Mitglied seit 1972, war von 1984 bis 1987 Bezirksvorsitzender der Jungen Union Nordbaden und 2007/08 Vorsitzender des Mannheimer CDU-Kreisverbands. Von 2001 bis 2011 gehörte er dem Landtag von Baden-Württemberg an. Im Bundestag betätigte er sich im Verteidigungsausschuss.

>Harald Terpe Bundestagsabgeordneter 2005-2017, Bündnis 90/Die Grünen
Harald Terpe wird am 17. Juli 70 Jahre alt. Der Arzt aus Rostock schloss sich 1989 dem dortigen „Neuen Forum“ an und war 1989/90 dessen Bezirkssprecher. Von 1990 bis 1994 sowie von 1999 bis 2015 gehörte er der Bürgerschaft Rostocks an. Im Bundestag engagierte sich Terpe im Gesundheitsausschuss. Seit 2021 ist er Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern und amtierte bis 2024 als Fraktionsvorsitzender.

>Horst Günther Bundestagsabgeordneter 1980-1998, 1999-2002, CDU
Horst Günther begeht am 17. Juli seinen 85. Geburtstag. Der Industriekaufmann und Gewerkschaftssekretär aus Duisburg trat 1962 der CDU bei und amtierte von 1991 bis 1998 als dortiger Kreisvorsitzender. Darüber hinaus engagierte er sich in der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Günther, der sich vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung betätigte, war von 1991 bis 1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

>Adolf Ostertag Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD
Adolf Ostertag vollendet am 22. Juli sein 85. Lebensjahr. Der Gewerkschaftssekretär und Diplom-Sozialwirt aus Sprockhövel/Enneppe-Ruhr-Kreis schloss sich 1968 der SPD an. Von 1998 bis 2000 war er sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstands. Ostertag wirkte stets im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. *bmh* ■

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 20. Juli.

Angela Merkel wird 70 Jahre alt

ALTKANZLERIN Am 17. Juli vollendet die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr 70. Lebensjahr. Die 1954 in Hamburg geborene und in der DDR aufgewachsene Physikerin hat als Kanzlerin die deutsche und europäische Politik 16 Jahre lang geprägt. Nach dem Fall der Mauer bis zur Wahl in den Bundestag im Dezember 1990, dem sie bis 2021 angehörte, und der Ernennung zur Ministerin für Frauen und Jugend Anfang 1991, war es nur ein kurzer Weg. Sie stieg danach rasch zur bekanntesten Politikerin aus der früheren DDR auf. Merkel, die 1990 in die CDU eintritt und von 1991 bis 1998 stellvertretende Bundesvorsitzende ihrer Partei war, wurde 1998 zunächst CDU-Generalsekretärin und von 2000 bis 2018 dann Bundesvorsitzende der CDU. Ende 2005 wurde Merkel zur Bundeskanzlerin gewählt und behielt das Amt bis Ende 2021. Nur Helmut Kohl war einige Tage länger Kanzler. Ihr Regierungsstil war sachlich und pragmatisch, ihr öffentlicher Auftritt unaufgeregt und ihre Regierungszeit skandalfrei. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern trug sie Machtbewusstsein nie zutage und gab sich uneitel. Vergleichbar Helmut Schmidt, verfügte sie über einen großen Wissensschatz, und wie er galt sie als sehr akten- und themensicher. Zu ihren wichtigsten Arbeitsgeräten gehörte das Mobiltelefon, dies brachte ihr zuweilen die Bezeichnung SMS-Kanzlerin ein. Eines ihrer sehr früh genutzten Geräte steht heute im Haus der Geschichte. Mit dem schnellen Zugriff auf das Kanzleramt gegen selbsternannte Hoffnungsträger hatte sie 2005 ihre Machtposition in der CDU unversehens gefestigt. Dabei verfügte sie noch nicht einmal über eine



Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wird am 22. November 2005 im Bundestag durch Bundestagspräsident Norbert Lammert vereidigt. © picture-alliance dpa/dpaweb | BPA Guido Bergmann

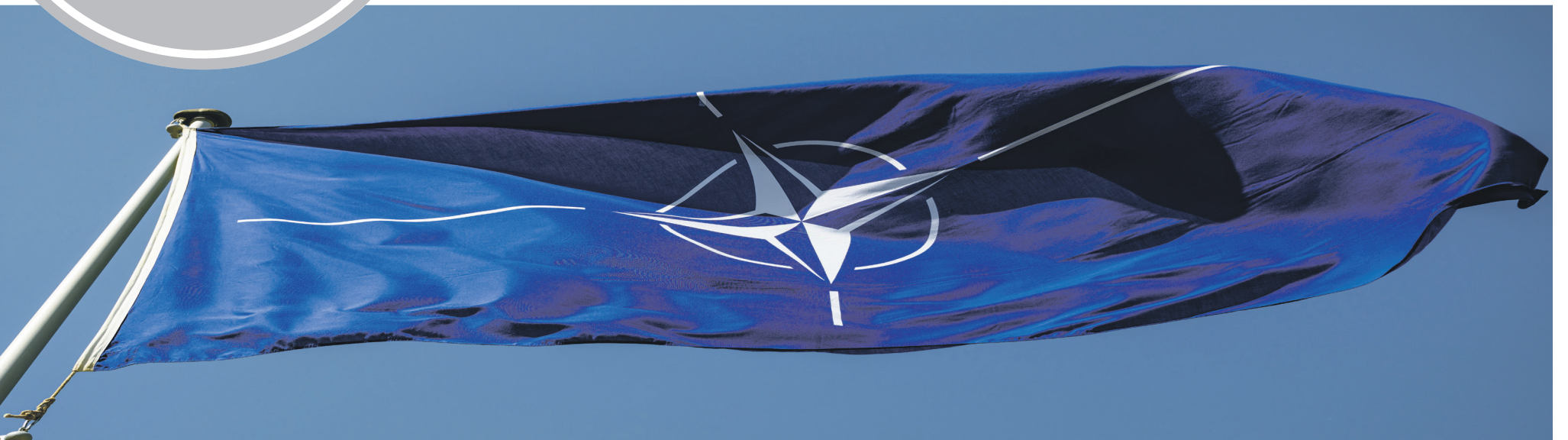
„Hausmacht“, ließ sich nicht auf einen Parteiflügel festlegen und regierte trotzdem fast unumschränkt. Lange profitierte sie davon, dass sie unterschätzt wurde. Dass sie die Partei modernisiert, für neue Wähler geöffnet und als Kanzlerin das Land erfolgreich durch Großkrisen gesteuert habe, hatte ihr auch Wolfgang Schäuble in seinen Erinnerungen positiv angerechnet. In der Presse hieß es gelegentlich, sie sei aber eine Kanzlerin gewesen, die eher reagiert als gestaltet habe. Entscheidungen etikettierte sie wiederholt als alternativlos und entzog das mit Kritikern den Boden. Merkmals 18-jährige Amtszeit an der CDU-Spitze war von einem programmatischen Richtungswechsel gekennzeichnet. Dieser führte bei der Bundestagswahl 2013 dazu, dass die Union mit 311 von damals 631 Sitzen beinahe die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag errang. Dass sie die Union nach „links“ rückte und Themen der SPD und der Grünen aufgriff, habe aber auch der Beliebtheit und der Austauschbarkeit den Weg gewiesen, lautet eine oft vorgebrachte Kritik. Nach 2018 überschatteten die Folgen der Auseinandersetzung um die Asylpolitik und der damit verbundene Aufstieg der AfD das Gesamtbild ihrer Ära. Im Oktober 2018 entschied Angela Merkel nach schweren Verlusten für die CDU bei der Landtagswahl in Hessen, nicht erneut als CDU-Bundesvorsitzende und zur Bundestagswahl 2021 auch nicht erneut als Kanzlerin zu kandidieren. Als Regierungschefin war sie aber auch danach noch gefordert, vor allem die Corona-Pandemie liefen das Land noch einmal auf Merkmals Führungsstärke und Krisenkompetenz schauen. Gustav Seibt nannte sie dabei in der „Süddeutschen Zeitung“ 2021 eine „Aufhalterin“ möglicher Katastrophen. Eine ihrer bemerkenswertesten Reden hielt sie ganz am Ende ihrer Kanzlerschaft, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2021 in Halle. Sie sprach darin unbequemen Wahrheiten an, die der Westen Deutschlands seit 1990 kaum zur Kenntnis genommen habe, nämlich die Umbrüche in den Biografien ihrer Landsleute. Für die alte Bundesrepublik habe sich damals nichts, für die ehemalige DDR aber alles verändert. Auch sie habe darunter gelitten, dass sie jahrelang als keine geborene, sondern als eine angelernte Bundesdeutsche bezeichnet wurde. *Bernd Haunfelder* ■





Die NATO wird 75 Jahre alt

Sicherheit für die Mitglieder



Worum geht es?

Im Bundes-Tag ging es diese Woche auch darum:

Die NATO wird 75 Jahre alt.

In diesem Text werden folgende Fragen beantwortet:

- Was ist die NATO?
- Warum gibt es die NATO?
- Wie ist die Geschichte der NATO?
- Welche wichtigen Themen gibt es heute?
- Welche Meinungen gibt es zur NATO?



Was ist die NATO?

Die NATO ist eine Gruppe von Ländern.

Die Länder arbeiten bei wichtigen Themen zusammen.

Vor allem bei diesem Thema: Sicherheit.

Die Mitglieds-Länder sind auf der Welt dort:

In Europa und Nord-Amerika.

Im Moment sind 32 Länder Mitglied in der NATO.



Dazu gehören zum Beispiel: Deutsch-Land, die USA und Frank-Reich.

Und seit kurzer Zeit auch: Schweden und Finn-Land.

Warum gibt es die NATO?

Die Länder der NATO haben sich zusammengetan.

Sie wollen gemeinsam Ziele erreichen.

Das wichtigste Ziel der NATO ist: Sie will die Sicherheit ihrer Mitglieder beschützen.

Außerdem will sie verschiedene Dinge in der Welt fördern.

Diese Dinge sind vor allem:

- Frieden
- Freiheit
- Gerechtigkeit
- Demokratie

Demokratie ist ein Fach-Wort.

Es beschreibt eine bestimmte Art, wie ein Land funktioniert.

In einer Demokratie bestimmen alle Bürger, was im Land passieren soll.

Das machen sie zum Beispiel durch Wahlen.



Die Geschichte der NATO

Die NATO wurde im Jahr 1949 gegründet.

Deshalb wird sie in diesem Jahr 75 Jahre alt.

Darum wurde die NATO gegründet:

Im Jahr 1939 hat Deutsch-Land andere Länder angegriffen und so den 2. Welt-Krieg angefangen.

Das war ein großer Krieg mit vielen Toten und vielen Verletzten.

Der Krieg ging bis zum Jahr 1945.

Viele Länder auf der Welt haben gegeneinander gekämpft.

Zusammen mit Deutsch-Land kämpften zum Beispiel diese Länder: Italien und Japan.

Gegen Deutsch-Land kämpften diese Länder:

Frank-Reich, Groß-Britannien, die USA, die Sowjet-Union.

Die Sowjet-Union gibt es nicht mehr.

Sie hat sich in mehrere Länder aufgeteilt.

Das größte der Länder ist dieses: Russ-Land.

Auch die Ukraine gehörte damals zur Sowjet-Union.



Zwei Gruppen nach dem Krieg

Deutsch-Land wurde besiegt.

Als der Krieg vorbei war, bildeten sich zwei neue Gruppen.

Die Gruppen stritten darüber, wie die Menschen auf der Welt leben sollen.

In der einen Gruppe waren die USA und viele Länder in West-Europa.

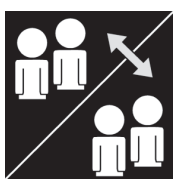
In der anderen Gruppe waren die Sowjet-Union und viele Länder in Ost-Europa.

Der Streit der beiden Gruppen wurde immer schlimmer.

Der Name für den Streit war: Kalter Krieg.

Ein richtiger Krieg war der Kalte Krieg aber nicht.

Wegen des Streits wurde Deutsch-Land in zwei Teile geteilt:



• Ost-Deutsch-Land gehörte zur Gruppe mit der Sowjet-Union.

• West-Deutsch-Land gehörte zur Gruppe mit der USA.

Ost-Deutsch-Land nannte man auch so: DDR.

Seit 1990 gibt es aber nur noch ein Deutsch-Land.

Auch die Mauer gibt es seitdem nicht mehr.

Angst vor einem neuen Krieg

Die Länder in West-Europa hatten diese Sorge:

Die Sowjet-Union beginnt einen neuen Krieg gegen uns.

Deswegen machten sie einen Vertrag mit den USA.

Sie beschlossen, zusammenzuhalten und sich gegenseitig zu beschützen.

Darum gründeten sie im Jahr 1949 die NATO.

Die NATO hatte 12 Gründungs-Länder.

West-Deutsch-Land war damals noch nicht dabei.

Es wurde im Jahr 1955 Mitglied der NATO.

Seitdem kamen noch mehr Länder dazu.

Heute hat die NATO 32 Mitglieder.



Was macht die NATO?

Um ihre Ziele zu erreichen, macht die NATO verschiedene Dinge.

Zum Beispiel hat sie gemeinsame Soldaten.

Das ist der Grund:

Zusammen sind die Soldaten aus den 32 Ländern viel stärker als alleine.

Und es gibt eine wichtige Regel.

Wenn ein NATO-Land angegriffen wird, dann passiert das:

Alle zusammen wehren sich gegen den Angreifer.

Das macht die NATO noch:

• Anderen Ländern helfen, die nicht zur NATO gehören.





- Streit zwischen Mitglieds-Ländern lösen.
 - In Arbeits-Gruppen über gemeinsame Entscheidungen reden.
- 2 Mal im Jahr treffen sich die Außen-Minister der Mitglieds-Länder.
- Außen-Minister sind wichtige Politiker für den Kontakt zu anderen Ländern.

Dann bereden sie wichtige aktuelle Themen in der NATO.

Alle 2 Jahre treffen sich die Regierungs-Chefs von allen Mitglieds-Ländern.

Zum Beispiel:
Bundeskanzler Olaf Scholz.

Das passiert auch nächste Woche wieder.

Welche wichtigen Themen gibt es für die NATO heute?

Auch heute ist die NATO weiter sehr wichtig.

Das ist ein Grund dafür:
Der Krieg von Russ-Land gegen die Ukraine.

Die Sorge ist fast die gleiche wie im Kalten Krieg:
Vielleicht greift Russ-Land auch ein NATO-Mitglied an.

Jetzt schon helfen die Mitglieder der Ukraine zum Beispiel damit:

Sie geben den Soldaten Waffen.

Die NATO will der Ukraine aber noch mehr helfen.

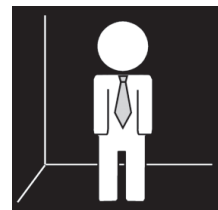
Sie verhandelt mit der Ukraine darüber:
Darf das Land Mitglied in der NATO werden?

Die Hoffnung ist:
Russ-Land hört mit dem Krieg auf, wenn die Ukraine starke Freunde hat.

Darüber wird nächste Woche beim Treffen der NATO gesprochen.

Es dauert aber noch lange, bis die Ukraine wirklich ein NATO-Mitglied werden kann.

Das ist der Grund:
Es gibt viele Regeln für Mitglieder in der NATO.



Und die Ukraine hält noch nicht alle diese Regeln ein.

Aber Russ-Land soll sehen:
Vielleicht ist die Ukraine bald ein NATO-Mitglied.

Und dann würden sich alle anderen Länder in der NATO gegen den Angriff wehren.

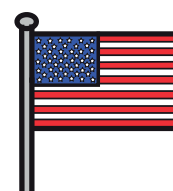
Diese Themen sind bei diesem NATO-Treffen auch noch wichtig:

- Der neue NATO-Chef Mark Rutte wird vorgestellt.
- Bestimmte Regeln für die Zusammen-Arbeit in der NATO sollen vielleicht verändert werden.
- Es soll darüber gesprochen werden: Welche Waffen soll die NATO benutzen?

Wahlen in den USA

Außerdem soll bei dem NATO-Treffen über die USA gesprochen werden.

Sie ist das wichtigste Mitglied in der NATO.



Im November wird in den USA gewählt.

Vielleicht wird dann ein Mann mit diesem Namen Präsident:
Donald Trump.

Das spricht man etwa so:
Donneld Tramp.

Er hat gesagt, dass er die NATO nicht wichtig findet.

Vielleicht will er sogar, dass die USA austritt.

Die NATO will also nächste Woche auch darüber sprechen:

Wie können wir gut weiter zusammenarbeiten, auch wenn Donald Trump Präsident wird?

Welche Meinungen gibt es denn zur NATO?

Viele Menschen finden die NATO sehr wichtig.

Das ist der Grund:
Für die Mitglieds-Länder gibt es mehr Sicherheit.

Andere sagen aber auch:
Es ist nicht gut, dass die NATO immer größer wird.
Denn das kann dazu führen:
Russ-Land will sich gegen eine immer stärkere NATO wehren.
Dann kann es vielleicht einen neuen Krieg geben, obwohl die NATO eigentlich Krieg verhindern will.
Manche sagen auch über die NATO:
Sie löst Probleme immer nur mit Waffen.



Denn die Idee der NATO ist:
Wenn wir viele Waffen haben, haben die anderen Angst vor uns.
Viele finden es nicht gut, dass mit Waffen Kriege verhindert werden sollen.
Denn das kann passieren:
Wenn es doch Krieg gibt, werden all diese Waffen vielleicht auch benutzt.
Dann könnte alles noch viel schlimmer werden.
Bislang ist das aber nicht passiert.
Die NATO war seit dem 2. Welt-Krieg ein guter Schutz für den Frieden.

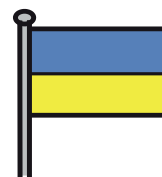


Kurz zusammengefasst

Die NATO ist eine Gruppe von 32 Ländern.
Das ist das Ziel:
Frieden in den Mitglieds-Ländern.
Dafür arbeiten die Soldaten aus den Ländern zusammen.



Wenn ein Land ein NATO-Mitglied angreift, dann passiert das:
Alle NATO-Mitglieder wehren sich gegen den Angriff.
Die NATO wird in diesem Jahr schon 75 Jahre alt.
Alle 2 Jahre treffen sich die Regierungs-Chefs der Mitglieds-Länder.
Das passiert auch nächste Woche wieder.
Auch der neue NATO-Chef wird dann vorgestellt.



Außerdem wird über derzeit wichtige Themen gesprochen.
Zum Beispiel darüber:
Der Krieg von Russ-Land gegen die Ukraine.
Russ-Land ist kein Mitglied in der NATO.
Die Ukraine ist auch kein Mitglied.
Das ändert sich aber vielleicht irgendwann.
Die meisten finden die Arbeit von der NATO gut und wichtig.
Das ist der Grund:
Die NATO verhindert Kriege.
Manche sagen aber auch:
Mit der NATO steigt die Gefahr für Kriege sogar.
Über die Arbeit der NATO wurde diese Woche im Bundes-Tag gesprochen.

Weitere Informationen
in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom
NachrichtenWerk
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de
Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh,
Daniel Krenzer, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance/dpa / Robert Michael. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 28-29/2024
Die nächste Ausgabe erscheint am 20. Juli 2024.